

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Abonnenten: 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelne Nummer in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgrößte Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 35 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 7. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Vorwärts ins rote Haus!

Am 8. November, also morgen, hat die Arbeiterklasse Berlins darüber zu entscheiden, wer in sechzehn kommunal-Wahlbezirken der III. Abteilung als Stadterordneter ins „rote Haus“ gewählt werden soll. In acht Bezirken hat die Sozialdemokratie ihren Besitzstand zu verteidigen; acht Bezirke sind neu zu erobern.

Die bürgerliche Presse aller Parteien fordert ihre Mannen auf zusammenzuhalten gegen die Sozialdemokratie. Die „Kreuz-Zeitung“ wie die „Germania“, „Bosische Zeitung“ und „Post“, „Freie Deutsche Presse“ und „Staatsbürger-Zeitung“: Alle wollen treu zueinander stehen, um das Rathaus vor der roten Flutwelle zu schützen.

Für die Sozialdemokratie ist es gut so; allein auf die eigene Kraft angewiesen, kämpft es sich am besten; die Agitation wird um so lebendiger, je stärker der Gegner ist; der Kampfspreis um so wertvoller, je schwieriger der Sieg zu erringen ist.

In dem diesmaligen kommunal-Wahlkampf in Berlin gibt es nur ein Hüben und ein Drüben. Hier die in der Sozialdemokratie politisch und in den Gewerkschaften wirtschaftlich organisierte Arbeiterklasse, die für eine vernünftige, gerechte, die Bedürfnisse der breiten Massen berücksichtigende soziale Gemeindeverwaltung kämpft — dort die Klasse der Besitzenden, die um die Erhaltung ihrer Herrschaft im Rathaus, um die Befestigung ihrer Privilegien ringt.

An dem Wahltag der III. Wählerklasse wird der bürgerliche Block an dem granitenen Felsen der Sozialdemokratie zerklüften — dem glauben wir sicher sein zu können, wenn alle Parteigenossen ihre Schuldigkeit in vollem Umfange tun.

Mögen die Privilegierten, die Wähler von Geldsackgnaden, in den Schlupfwinkeln der II. und I. Wählerabteilung die Unwesen noch eine Zeitlang weiter treiben. Da wo die Arbeiterwähler marschieren, in der dritten Abteilung, da heißt es „Hände weg“. Die Hände der politischen entsetzten Wählerklasse in Berlin werden nur noch aus sozialdemokratischem Holz gezimmert — das wird, wie wir zuversichtlich hoffen, der morgende Tag beweisen.

Der Stimmenzuwachs, die Vermehrung der Mandate, die wir mit Sicherheit erwarten, soll den herrschenden Gewalten zugleich auch als ein stammender Protest in die Ohren gellen, gegen die Niedertracht des Klassen-Wahlsystems, das die alle Werte schaffende Arbeiterklasse politisch entmündigt und unter das Joch der erbt durch die ökonomische Ausbeutung der breiten Volksmassen steuerfähig und dadurch zu privilegierten Wählern gewordenen Geldproben zwingt.

Mit der Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten fordern die Arbeiter zugleich die Beseitigung dieses elenden Wahl-systems.

Was die russischen Arbeiter sich auf den Schlachtfeldern der glorreichen und bewundernswerten Revolution zu erobern ansahen, das, wofür die österreichischen Brüder jetzt auf den Straßen demonstrieren — das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht — das muß auch in Preußen für Staat und Gemeinde durch die Sozialdemokratie erobert werden — die Berliner Gemeindeverwaltung reif zu machen für diese Forderung des Proletariats, ist Aufgabe der sozialdemokratischen Stadterordneten, die umso erfolgreicher erfüllt wird, je schneller alle Mandate der III. Abteilung von den Arbeitern erobert werden.

Über nicht um das Wahlrecht — das ja durch die Gemeindevertretung nicht geändert werden kann — dreht es sich in dem heutigen Kampfe um die Mandate für das „rote Haus“. Morgen handelt es sich um die Entscheidung darüber, ob die Macht des Liberalismus, ob die Herrschaft des Freisinn ungestört in Berlin den materiellen Interessen ihrer Klasse weiter frönen — oder ob den sozialdemokratischen Bestrebungen um Verbesserung der Verhältnisse auf allen Gebieten städtischen Lebens und deren Ausgestaltung in sozialem Sinne ein größerer Spielraum geschaffen werden soll.

Die Volksschule, heute das Stiefkind der freisinnigen Majorität im Rathaus, bedarf dringend eingreifender Maßregeln, um zu voll genügenden Leistungen zu gelangen.

Herabsetzung der Klassenfrequenz — Unentgeltlichkeit der Lernmittel — Befreiung der fliegenden Klassen und der aus schlechten, vielfach gesundheitsgefährlichen Lokalitäten bestehenden Mietshäuser — Vermehrung der Schularzte — Verpflegung bedürftiger Kinder in der Schule — Erhöhung der Lehrergehälter — das sind nur einige der Aufgaben, die noch immer ihrer Lösung harren.

Wenn die Vertreter der Freisinnsmajorität sich immer mit den Millionen drüben, die für die Gemeindefschulen ausgegeben werden, so sei daran erinnert, daß der Zuschuß, den die Stadt für einen Schüler der höheren Lehranstalten zahlt, das Mehrfache des Tages beträgt, den der Gemeindefschüler dem Stadtsäckel kostet; also bei der Fütterung ihrer Klassengenossen aus der Stadtkasse sind die freisinnigen Kommunalmachthaber nicht blöde.

Von den Aufgaben auf den Gebieten der Armen-, Waisen-, Krankenpflege sowie von der Förderung der Volkshygiene soll hier in einzelnen nicht gesprochen werden, nur darauf wollen wir verweisen, daß der im Rathaus dominierende Freisinn diesen wichtigen, die vitalsten Interessen der Bevölkerung betreffenden Verwaltungszweigen nur dasjenige Maß von Aufmerksamkeit und Besriedigung zuwendet, welches

die staatliche Gesetzgebung den Gemeinden zwangsweise auferlegt. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangen dagegen, daß die Pflege dieser Aufgaben als eine soziale Pflicht der Stadtverwaltung betrachtet wird, die in brüderlicher, nicht almosenhafter Weise, und ohne Beeinträchtigung der kommunal-politischen Rechte geübt werden muß — umso mehr als die der öffentlichen Fürsorge Anheimfallenden, vielfach ja meist Opfer der kapitalistischen Gesellschaft sind, die an ihrem Wirtschaftsverfall keine Schuld tragen.

Die soziale Fürsorge für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist gänzlich ungenügend. Die kleinsten Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter müssen dem Freisinn in hartem Kampfe abgerungen werden. In steter Rücksichtnahme und ängstlicher Wahrung der Interessen der Privatindustrie verhindert der Freisinn soziale Fortschritte im Rathaus und lehnt Forderungen der Arbeiter ab, deren Erfüllung eine unbedingte Notwendigkeit für die Hebung der Gesundheit und der Lebenslage der städtischen Arbeiter ist. Eine nur einigermaßen sozial führende Verwaltung würde es sich als dringendste Pflicht angelegen sein lassen, der Privatindustrie führend auf diesem Gebiet voranzugehen — statt dessen sehen wir, daß die freisinnig-manchesterliche Mehrheit im Rathaus nur gezwungen und widerwillig sozialen Verbesserungen der Privatbetriebe nachhinkt.

Wohnungs- und Verkehrsweisen — die nahezu wichtigsten Aufgaben des Gemeinwohls — werden von dem Freisinn und Kapitalistenklüngel der im Rathaus herrschenden privilegierten Klasse nur im materiellen Interesse der bestehenden Klasse verwaltet. Statt die mit enormen Kosten aus städtischen Mitteln hergestellten und erhaltenen Straßen und Plätze durch Errichtung und Betrieb von Verkehrsanlagen für die Stadt nutzbar zu machen, statt Elektrizitätswerke für Beleuchtung und Krafterzeugung durch die Stadt bauen und betreiben zu lassen, liefern die Berliner Kommunalherrscher nach wie vor das städtische Eigentum dem Privatkapital nahezu auf ein Jahrhundert zur Ausbeutung aus. Begünstigt von den staatlichen Aufsichtsbehörden, schmilzt die Macht des über Hunderte von Millionen verfügenden Privatkapitals immer stärker an, immer fester umklammert der Kapitalring die städtische Verwaltung, immer dichter zieht sich das Netz der Großbanken über der Stadt zusammen — und der Berliner Kommunalherrscher hat weder die Kraft noch den ernsthaften Willen, den kapitalistischen Spekulationen auf das städtische Eigentum gründlich zu Leibe zu gehen.

Für dieses geradezu unbegreifliche Treiben der Freisinnsmajorität gibt es nur einen Grund, der in der Wahrnehmung der materiellen Interessen der Besitzenden wurzelt. Dieselbe soziale Schicht der Bevölkerung, in deren Besitz sich die Straßenbahn- und Elektrizitätsaktien befinden, ist es, die als Gewählte der II. und I. Abteilung die Macht auf dem Rathaus ausüben. Die kommunalen Gesetzgeber, die sich aus der ersten und zweiten Wählerklasse rekrutieren, liefern dem Privatkapital die städtischen Ausbeutungsobjekte, schenken dem Großkapital Millionen und aber Millionen zu.

Natürlich sind den Aktionären der Großbanken, der Verkehrs- und Elektrizitätsgesellschaften zehn und mehr Prozent Aktiendividende lieber als dreißigprozentiger Zinsgewinn aus Stadtoptionen, und um dieses materiellen Interessen willen dürfen die Ketten, mit denen die Stadt an das Privatkapital gefesselt ist, nicht zerprengt, nicht einmal gelockert werden.

Während eine vernünftige, gerechte städtische Steuerpolitik zur Bestreitung der über die Einnahmen notwendig werdenden Ausgaben entsprechende Zuschläge zur Einkommensteuer einzuführen würde, ohne sich an einen festen Satz zu binden, klammern sich die bürgerlichen Kommunalpolitiker ängstlich an einen 100prozentigen Zuschlag, den sie um keinen Preis überschreiten wollen. Angeblich damit der Minister keinen Einfluß auf den Stadthaushalts-Etat bekommt. Lächerliche Ausrede; schon heute kann die Aufsichtsbehörde eine ihr notwendig erscheinende Ausgabe zwangsweise in den städtischen Etat einsetzen lassen. Also die Sorge dafür ist nicht. Nein! Der Wüßhühler, etwas tiefer in die eigene Tasche zu greifen, ist es, der die freisinnige Mehrheit auf die Steuersuche gehen und frühwinkeltartige Steuerquellen erschließen läßt.

Ruf durch die Eroberung aller Bezirke der III. Abteilung durch die Sozialdemokratie in kommunalwirtschaftlicher Beziehung möglichst Wandel geschaffen werden, so ebenso in kommunalpolitischer Hinsicht. Der Berliner Rathausfreisinn rühmt sich als Hüter und Schlichter der Selbstverwaltung. Von Selbstverwaltung ist in Berlin keine Rede — dafür sorgen schon die Aufsichtsbehörde und noch höhere Stellen genügend. Ach wenn der Freisinn wenigstens noch „Selbstachtung“ hätte, dann könnte schon manches in der Berliner Stadterverwaltung besser sein. Das Verhalten des Rathausfreisinn spiegelt sich wieder in dem Sage:

„Nach unten brutal! Nach oben servil“. Und das bürgerliche Wort von dem „Männerstolz vor Königssternen“ hat schon lange im Liberalismus keinen Kurs mehr.

Würdelosigkeit und Kegeriecherei, Nachgiebigkeit und Zurückweichen, Leisterelei und höfische Unterwürfigkeit, das sind die Eigenschaften, die immer mehr und mehr auch in dem sich liberal nennenden Teil des Bürgertums unsichgreifen und damit jede Regung stolzen und starken Ringens nach wirklicher Selbstverwaltung im Keime ersticken.

Da gilt es am Tage der Wahl, Abrechnung zu halten mit dem verlotterten und versumpten Freisinn. Noch gelingt es nicht, in die durch das Klassenwahlgesetz geschützten Bastionen des Geldsacks einzudringen — aber die Bezirke der dritten Abteilung sind unser — wenn wir wollen!

Und daß wir wollen, das zu zeigen und zu beweisen ist die Pflicht der Parteigenossen. Morgen wird es sich entscheiden, ob in dem „roten Hause“ noch freisinnige Vertreter der dritten Wählerklasse geduldet werden.

Genossen! Das Schlachtfeld ist abgesteckt! Auf zum Kampfe — vorwärts zum Siegel!

Der „Verfassungsstaat“ der Mordbuben.

Bulgin geht — Trepow bleibt.

Nach dem Bankrott der zarischen Geheimkonstitution ist es natürlich, daß der Vater der famosen „Reichsduma“ seinem Rinde ins Reich der Schatten folgt. Bulgin's Abschied bedeutet den Abschied des Verfassungsschwindsels. Als Herr der Situation bleibt tatsächlich Trepow, das heißt die offene Sabelherrschaft, die Judenmegeleien und die Massenmorde auf dem Platze.

Petersburg, 4. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Durch einen kaiserlichen Ukas ist das Gesuch des Ministers des Innern Bulgin um Enthebung von seinem Posten angenommen worden.

An Stelle Bulgin's tritt vorläufig sein bisheriger Gehülfe Durnowo.

Petersburg, 5. November. Die Stadtduma beschäftigte sich gestern den ganzen Tag damit, Mittel ausfindig zu machen, um bei der heutigen Veleichenseier Blutvergießen zu verhindern. Die Duma wandte sich an Witte, dieser erklärte, die Kundgebung zu gestatten, und über die Truppen zu verfügen. Hierauf beschloß die Duma, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, und entsandte eine Abordnung an Trepow.

Ein vereiteltes Blutbad.

Am 5. November sollte in Petersburg aus Anlaß des Begräbnisses der Opfer der Jarenscheren eine Massendemonstration der Arbeiter stattfinden. Trepow bereitete sich offenbar vor, die Gelegenheit zu einem Blutbad, zu einer Generalschlacht mit der revolutionären Arbeiterklasse der Hauptstadt zu benutzen. Die Arbeiterführer beschloßen jedoch, in richtiger Erkenntnis der Absichten des Zarismus, die entscheidende Schlacht in einem für die Arbeiterschaft günstigen Augenblick zu liefern, wenn die Bewaffnung der proletarischen Volksmilizen eine vollständigere sein wird.

Petersburg, 4. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Rat der Arbeitervertretungen hat, um nicht das Leben der Bevölkerung Gefahren auszufahren, die sich Sonntag in Petersburg geplant gewesene Kundgebung abge sagt und sich vorbehalten, dieselbe zu dem Zeitpunkt, an dem es ihm angezeigt scheint, ins Werk zu setzen.

Die Konterrevolution mobilisiert die reaktionären Elemente.

Petersburg, 6. November. Ein Regierungskommuniké empfiehlt den Urhebern der Unruhen Mäßigung und ruft die lokalen Untertanen zur Mitwirkung bei der Verhütung des Landes auf. Die Regierung wünscht sich bei der Durchführung der Reformen auf die friedlich gestimmte besonnene Majorität der Bevölkerung zu stützen, welcher die künftige Entwicklung Russlands auf der Grundlage der bürgerlichen Freiheit und der territorialen Integrität teuer sei. Besonders rechnet die Regierung auf die Unterstützung der Presse, welche begreifen müsse, daß in der gegenwärtigen Lage die Einigung der geistigen Kraft des ganzen Volkes notwendig sei.

Moskau, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mehrere Studenten, die von einer Menge Reaktionärer verfolgt wurden, flüchteten sich in eine Schule für Ingenieure und schossen von hier aus auf ihre Angreifer, welche die Fenster der Schule mit Steinen einwarfen. Es wurden Kosaken herbeigerufen, die das Gebäude umzingelten.

Warschau, 5. November. Von „nationaldemokratischen“ und „loyalen“ Elementen der Bourgeoisie, des Adels und des Kleinbürgertums ist hier heute eine große Demonstration unter der Forderung der „Einigkeit des Volkes“ und der Feindschaft gegen die sozialdemokratische „Volksverhetzung“ veranstaltet worden.

Die Konterrevolution mobilisiert die Pfaffen.

Petersburg, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Synod schrieb der orthodoxen Geistlichkeit vor, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem in einen Bürgerkrieg ausartenden Kampfe der Bevölkerung entgegenzutreten. — Der Generalgouverneur in Warschau ist telegraphisch benachrichtigt worden, es sei wünschenswert, daß die auf Anordnung der Zivilbehörden wegen religiöser Vergehen ins Kloster gebracht katholischen Geistlichen unverzüglich in Freiheit gesetzt werden.

Die Konterrevolution organisiert Brandstiftung und Mord.

Vaku, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Als konervative russische und muslimische Arbeiter (auf deutsch: Polizeigeiseln) mit nationalen Fahnen und Wäldern des Kaisers eine Kundgebung veranstalteten, wurde auf sie aus den Häusern der Armenier geschossen und mit Bomben geworfen. Die Erregten „Arbeiter“ steckten hierauf das Haus eines Armeniers in Brand; das Feuer pflanzte sich auf zwanzig andere fort.

Die „Manifestanten“ plünderten vier Kauf-Läden. Während der Vorgänge wurden etwa zwanzig Personen getötet oder verletzt und mehrere Plünderer verhaftet.

Tiflis, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Als heute eine Anzahl Reaktionäre mit Wäldern des Kaisers durch die Stadt zogen, wurden auf sie Revolvergeschosse abgegeben und mit Bomben geworfen. Truppen, die den Zug begleiteten, beantworteten das Schießen, töteten zehn Personen und verwundeten etwa dreißig.

Tiflis, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern kam es in Wladikawkas gelegentlich reaktionärer und revolutionärer Kundgebungen zu einem Zusammenstoß zwischen den Parteien. Es wurden auf beiden Seiten Schüsse abgegeben, wodurch 4 Personen getötet und 17 verletzt wurden.

Iwanowo-Wosnessenk, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute begannen hier gegen die Juden gerichtete Unruhen. Mehrere Häuser und Läden derselben wurden geplündert; auch wurden Juden getötet und verwundet.

Warschau, 5. November. Hier wurden einige Subjekte, die eine Judenhetze hervorrufen wollten, von der Arbeiterschaft zu Tode geprügelt.

Warschau, 6. November. Hier eingetroffene Personen berichten, daß die Schreckenszener in Kiew fortbauern. Tag und Nacht wird gemordet und geplündert, der Böbel beherrscht die Straße, ohne daß Militär und Polizei einschreiten.

Moskau, 6. November. Wie der „Ruskoje Slowo“ aus Odeffa meldet, dauerten gestern in der ganzen Stadt die Plünderungen fort. Verbrecherbanden durchzogen die Straßen und verübten allerlei Greuelthaten. Kinder wurden von den Müttern weggerissen und in Städte geschickt. Aerzte, Krankenwärter und Priester wurden in Anwesenheit von verkleideten Polizeiagenten getötet; alles wurde ausgeplündert und beraubt. Man nimmt an, daß die Unruhen von Polizeispionen organisiert wurden.

Der Generalfreik dauert fort!

Brest, 5. November. Delegierte der Arsenalarbeiter stimmten im Prinzip für den Generalstreik.

Lodz, 4. November. Auf Verfügung der hiesigen Behörde sind 49 Sträflinge aus der Haft entlassen worden. Der Ausstand dauert fort.

Moskau, 4. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Alle Restaurants und Speisewirtschaften sind infolge des Ausstandes des Dienstpersonals geschlossen.

Die Arbeiterpartei in Finnland beherrscht die Lage!

Helsingfors, 5. November. Nach Verhandlungen zwischen der bürgerlich-konstitutionellen und der Arbeiterpartei hat letztere heute ein Ultimatum veröffentlicht, in dem sie mitteilt, daß sie eine provisorische Regierung wählen und der konstitutionellen Partei zwei Sitze in dieser anbieten wolle. Die konstitutionellen haben es indessen abgelehnt, an einer solchen Regierung teilzunehmen.

Die proletarische „Diktatur“.

Sosnowice, 5. November. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Hier im Dombrowaer Bezirk hat sich die Sozialdemokratie zu einer Art „provisorischer Regierung“ konstituiert. Auf das Bureau, das sie aufgeschlagen hat, kommen unaufrichtig bürgerliche Vertreter aus allen Schichten, um die Erlaubnis zu Meetings einzuholen, nach Weisungen und Nachrichten zu fragen, Proklamationen zu empfangen. Die Arbeiterpartei veranstaltet unaufrichtig Niesenmeetings.

Der Aufbruch unter Matrosen und Soldaten.

Der offizielle Telegraph meldet:
Tiflis, 4. November. Die Teilnehmer an einer patriotischen (das heißt vom Polizeigeiseln organisierten) Kundgebung, welche die Straßen von Vaku mit dem Wäld des Kaisers durchzogen, wurden von 20 mit Karabinern bewaffneten Matrosen der kaspischen Flotte überfallen. Die Matrosen wurden von den Truppen, welche die Demonstranten begleiteten, entwaffnet und verhaftet. Von Armeniern bewohnte Häuser, aus welchen auf russische und tatarische Manifestanten geschossen worden war, wurden mit Kanonen beschossen.

Kronstadt, 5. November. Eine Menge Matrosen, Soldaten und Arbeiter plünderten heute abend mehrere Häuser (wahrscheinlich öffentliche Häuser. Die Red.) Militär, das entsandt wurde, um die Aufrührer zu unterdrücken, gab mehrere Schüsse ab und sperrte eine Anzahl Straßen ab.

Der „Berliner Zeitung“ wird aus Paris telegraphiert:
Wie der „Matin“ meldet, ist in Liban ein ganzes Regiment Infanterie zu den Revolutionären übergegangen. Eine Abteilung Kosaken, welche gegen die Menge einschreiten wollte, wurde von den Reiterern in die Flucht geschlagen.

Teilweise Wiedereröffnung des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 5. November. Die Eisenbahndirektion Bromberg teilt mit: Güter für Profilen zur Beförderung nach Ostland, aber nur nach den Stationen für die Südwestbahnen, ausgenommen Odeffa und Kiew, können wieder angenommen werden.

Warschau, 6. November. Gestern ist der erste Zug aus Petersburg eingetroffen, weitere sollen heute folgen, gerüchelt wird, daß den Polen bedeutende Konzessionen zugesandt sein sollen. (Die Regierung will offenbar die „gutgeleiteten Elemente“ gewinnen, um sie gegen die Arbeiterschaft in Polen gebrauchen zu können.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November.

Historische Warnungen!

Alfons XIII. ist heute in Berlin eingetroffen und mit dem üblichen höfischen Pomp den eine von oben „gewünschte“

Straßenaus schmückung auf städtische Unkosten erhöhte, empfangen worden. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, gelangt dadurch „die hohe Wertschätzung vom Ausdruck, die man in Deutschland dem Oberhaupt des spanischen Königshauses entgegenbringt.“ Da der spanische König 19 Jahre zählt und schon deshalb trotz aller bekannten Frühreife gekrönter Häupter weder im Guten noch im Bösen irgendwelche Rolle spielen konnte, ist seine Person dem deutschen Volke absolut gleichgültig.

Das politische Interesse des Besuches liegt auf der Höhe des persönlichen Interesses für den jugendlichen Bourbonen. Spanien spielt zurzeit unter den Mächten keinerlei Rolle. Als Bundesgenosse für weltpolitische Rivalitäten und Intrigen, z. B. bei der Marokko-Affäre, kommt es nicht in Frage. Daß die Marokko-Konferenz gerade unter spanischem Vorsitz stattfindet, ist nur ein Beweis dafür, daß man Spanien als Machtfaktor nicht ansieht. Spanien ist denn auch einsichtig genug, Frankreich und Deutschland zugleich seiner Freundschaft zu versichern.

Das deutsche Volk braucht also von dem spanischen Besuch weiter keine Notiz zu nehmen, wohl aber könnte es nichts schaden, wenn sich die deutsche Regierung das Schicksal Spaniens als warnende Lehre dienen ließe. Auch Spanien war vor 300 Jahren eine Großmacht, die erste Weltmacht Europas, blühend durch sein Gewerbe und seinen Handel. Aber gerade die großwahnsinnige Weltmachtspolitik war es, die Spanien jah von der Höhe herabstieß und trostlosem Verfall preisgab. Weder die spanische Landmacht, die aus den kriegserprobtesten Soldaten der damaligen Zeit bestand, noch seine riesige Seemacht vermochte es vor dem Verlust seiner Besitzungen und Kolonien zu bewahren. Dennoch hätte das Land die äußeren Schicksalschläge wahrscheinlich ertragen, wäre nicht durch die koloniale Deutepolitik, durch einen im Blute watenden Absolutismus und durch ein beispiellos eintätiges Zusammengehen von „Thron und Altar“ die fürchterliche Korruption im Innern erzeugt worden. Wie jetzt der russische Zusammenbruch, so lehrte schon der spanische Zusammenbruch, daß die nationale Existenz und das Gedeihen eines Volkes nicht durch äußere Machtmittel, sondern einzig durch gesunde soziale Zustände und bürgerliche Freiheit gesichert werden können. Die Volksfreiheit erzeugt politische Riesenkräfte — das bewies der siegreiche Widerstand des revolutionären Frankreich gegen die waffenstarrende Koalition der gesamten europäischen Reaktionsmächte; weltpolitischer Größenwahn und autokratisches Regiment aber führen unabwendbar zu Katastrophen, das beweist das Schicksal Spaniens und Russlands. Mögen diejenigen, die es angeht, diese historischen Lehren beherzigen!

Akademische Schmach.

Man schreibt uns aus Jena:
„Von einer Gruppe hiesiger Studenten deutscher Abstammung wird seit Beginn des Wintersemesters gegen die Ausländer, namentlich gegen die Studierenden russisch-jüdischer Abstammung, in scharfer Weise mobil gemacht. Als Grund wird neben dem starken Anwachsen der Zahl der Ausländer an der hiesigen Hochschule auch deren angeblich unbescheidenes Auftreten und sittlich anstößiges Verhalten angegeben. In Prätorium und Senat ist eine Eingabe mit folgenden Forderungen gerichtet worden:

Ausländer sollen als Hörer nicht zugelassen, immatrikuliert aber nur dann werden, wenn sie eine ebensolche Vorbildung nachweisen können, wie sie von dem deutschen Studenten verlangt wird. Vor der Aufnahme soll der Ausländer geprüft werden, ob seine Kenntnis der deutschen Sprache zum Verständnis eines wissenschaftlichen Vortrages ausreicht. Deutschen Studenten soll beim Belegen von Plätzen, besonders in den Instituten, der Vorrang gelassen werden; Ausländer sollen erst 14 Tage nach Beginn der Vorlesungen belegen können, da sie meistens in den Ferien in Jena bleiben und daher bei Beginn des Semesters als die ersten anwesenden Studierenden sich oft die besten Plätze sichern. Ferner wird eruchtet, den Ausländer mindestens ein so hohes Studiengeld bezahlen zu lassen, daß er dem Staate keine Kosten verursacht. Korporativer Zusammenschluß der Ausländer möge verboten werden. Ferner möge ihnen ein sittlich einwandfreies, eines Studenten würdiger Lebenswandel zur Pflicht gemacht werden.
Auf Deutsche fremder Staatsangehörigkeit sollen diese Bestimmungen keine Anwendung finden.

Eine am 3. November abgehaltene deutsche Studentenversammlung hat sich mit dieser Eingabe vollaus einverstanden erklärt.

In Verichten, die von der deutschen Studentenschaft der Presse zugestellt wurden, heißt es u. a.:

Wenn ein Verbot von Verbindungen ausländischer Studenten gefordert wird, so ist das u. a. damit zu begründen, daß in derartigen Ausländerverbindungen Politik getrieben wird, ohne daß es der Polizei möglich wäre, solche Versammlungen politischen Charakters zu überwachen, ganz abgesehen davon, daß die jüdisch-russischen Studierenden das Gastrecht schmähdlich mißbraucht und z. B. auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokratie in Jena bei der Aussprache über den Fall Kasprzak einen solchen Lärm vollführten, daß beinahe die Polizei einschreiten mußte.“

Dies Vorgehen deutscher Studenten enthält geradezu erschreckend die völlige Verflüchtigung jedes idealen Geistes in breiten Kreisen unserer Studentenschaft. Daß die Forderungen der Studenten nicht im Interesse der vorgeschützten Wissenschaft erhoben werden, geht daraus deutlich genug hervor, daß sie die akademische Sperre nur gegen Ausländer fremder Nationalität verhängt sehen wollen. Deutsch-Russen sollen ja einer wissenschaftlichen Prüfung nicht unterworfen werden. Die Eingabe atmet also den Geist des öbsten Chauvinismus.

Aber auch die jämmerliche Knechtseligkeit des deutschen Studententums zeigt sich in dem ganzen Vorgehen in abstoßendster Nachtheit. Zu einer Zeit, wo Väterchen wie ein Tamelran seine Schergen unter seinen „treuen Untertanen“ würgen läßt, zu einer Zeit, wo alles im Zarenreiche, was auf Bildung und Menschenwürde Anspruch erhebt, in heldenmütigen Kampfe für die Befreiung der Nation von der entsetzlichen Mut- und Korruptionsherrschaft des Zarenismus steht, erlassen die patentierten Vertreter der deutschen Intelligenz giftige Denunziationen gegen politisierende russische Studenten, die — welche ein Verbrecher! — durch eine Demonstration einen russischen Freiheitskämpfer ehren! Und welche Rudellosigkeit, daß sich diese russischen Studenten zum Sozialismus bekennen! Meldet doch die „Post“ in ihrer Sonntagsnummer aus Petersburg, daß sich jetzt auch die gemäßigten bürgerlichen Elemente an die Sozialisten wenden, weil diese die einzige Macht seien, „Bildung und Besitz gegen die Schrecken von oben zu verteidigen.“

Nichtswürdigste Heuchelei spricht ferner aus der Entzündung über die angeblich sittlich anstößige Lebensführung der russischen Studenten. Man braucht sich nur daran zu erinnern, wie feinerzeit die deutschen Studenten ihre Bismarck-Wallfahrt mit Hamburger Bordellfreunden zu würdigen verstanden, um namenlosen Ekel vor solcher Tartüfferie zu empfinden! —

Deutsches Reich.

Die Reichs-Erbhöfsteuer erweist sich immer mehr als bloßes Kompott, das man lediglich dem Stengelschen Steuermentu deshalb zugefügt hat, um das gepfeiferte Nagout, das dem Reichstag vorgelegt werden soll, etwas erträglicher zu machen. Wie die „Berl. Polit. Nachrichten“ zu melden wissen, sollen die Erbhöfsteuer, die Ehegatten und Nachkommen in direkter Linie zuzahlen, steuerfrei bleiben. Es wird also, da außerdem aus dem Steuerertrag vorläufig auch noch die Einzelstaaten, die schon bisher die Landes-Erbhöfsteuer eingeführt hatten, entsprechend entschädigt werden sollen, für den Reichsfiskus recht wenig übrig bleiben. Desto schärfer wird die Tabak- und Biersteuer erhalten müssen. Ferner sollen, wie der „Lokal-Anzeiger“ wissen will, neben der Quittungssteuer noch verschiedene andere Stempelsteuern eingeführt werden. —

Irresinnige beim Militär.

Lhorn, 5. November. Die Schießaffäre des Musketiers Hermann Lorenz von der 6. Kompanie des 61. Inf.-Regts. (aus Eberfeld) am 12. März d. J. im Wachtlokal des Forts „Albrecht“ fand gestern vor dem Kriegsgericht ihren gerichtlichen Abschluß. Lorenz war wegen versuchten Mordes, tötlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, Widersehung, Ungehorsams, Beharren im Ungehorsam und andern drücklicher Gehorsamsverweigerung angeklagt. Am 11. und 12. März befand sich derselbe im Fort „Albrecht“ auf Wache unter dem Wachthabenden Gefreiten Barth. Als er nachts auf Posten stand, erfolgte seine Ablösung unwillkürlich. Lorenz war der Meinung, der Gefreite Barth lasse ihn absichtlich zu lange schuldern. Auch am Vormittag des 12. März wurde er um 11 Uhr anscheinend zu spät abgelöst. Wütend betrat er das Wachtlokal, und als man ihn noch anscheinend höhnte, nach dem Wetter fragte, da legte Lorenz das Gewehr an und feuerte auf den Gefreiten Barth einen Schuß ab, der dessen rechte Schulter durchbohrte.

In der Voruntersuchung behauptete Lorenz, daß er in der Kompanie fortgesetzte Hänfereien, schlechte Behandlung und Mißhandlungen habe erdulden müssen, so daß er am Leben verzweifelte. Dadurch sei er zu der Tat hingetrieben worden. Als er einige Wochen in Untersuchungshaft gesessen, machte er eines Abends in der Zelle des Arresthauses einen Selbstmordversuch, indem er sich mit den Hofenträgern aufhängte. Glücklicherweise erfolgte zeitig genug eine Revision der Zelle durch den Wachthabenden, der ihn ab schnitt. Lorenz wurde nun im Garnison-Lazarett und später noch in der Irrenanstalt zu Konradstein auf seinen Geisteszustand beobachtet. Auch zog man Erkundigungen über sein Vorleben in Eberfeld ein. Dabei ergab sich, daß er dort bereits einen Pistolenschuß auf sich abgefeuert und sein Vater an Epilepsie gelitten hat, er also jedenfalls erblich belastet ist. Die Gutachten der Irrenärzte gingen denn auch dahin, daß Lorenz bei Begehung der Tat sich in einem geistigen Zustande befunden hat, welcher die freie Willensbestimmung ausschließt. Während der Vertreter der Anklage nur wegen Widersehung und tötlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten sieben Monate Gefängnis, im übrigen auf Grund des ärztlichen Gutachtens Freisprechung beantragte, erkannte der Gerichtshof auf völlige Freisprechung. Aus der Beweisaufnahme ist noch ersahenwert, daß der Hauptmann den Angeklagten bald nach seiner Einstellung als dienstantausgelassen und seine Entlassung beantragt hat. Lorenz wurde darauf zwar untersucht und beobachtet, dem Antrage auf Entlassung aber nicht stattgegeben.

Die Fälle, daß man geistig minderwertige für militärdiensttauglich befindet, mehren sich in bedenklicher Weise. Im vorliegenden Falle ist die Affäre für beide Teile noch ausnahmsweise günstig abgelaufen. In den meisten Fällen aber werden derartige Unglückliche durch Mißhandlungen und Schikanen nicht zu einer Gewalttat gegen Vorgesetzte — sondern in völlige geistige Unmachtung oder den Tod getrieben! Die Heeren Militärärzte hätten also die dringende Pflicht, dem Gesundheitszustand der Militärfähigen größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Im Falle Lorenz, wo selbst der Hauptmann den physischen Defekt binnen kurzem merkte, hätte bei der nötigen Sorgfalt der Beobachtung und bei den gebotenen Nachforschungen über das Vorleben und die Familie unbedingt die Dienstentlassung des geistig minderwertigen erfolgen müssen!

Die Hostenvorlage soll bereits dem Bundesrat zugegangen sein. Die eventuellen Verschönerungsarbeiten des Bundesrats werden kaum so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß die Vorlage nicht sofort dem zusammengetretenen Reichstage vorgelegt werden könnte. Dann kann der hitzige Wetlauf der Parteien beginnen. —

Krankheitsfall im „Berliner Tageblatt“.

In der Sonntagsnummer des „Berliner Tageblattes“ zeigen sich, nachdem schon die letzten Nummern auf eine pathologische Ueberreizung schließen ließen, deutlich die Symptome der Neurasthenia frontalis, und leider hat, wie das Moskische Blatt selbst feststellt, zu diesem bedauerlichen Unglücksfall der „Vorwärts“ nicht unwesentlich beigetragen. Kürzlich brachte nämlich die „Post“ die Mitteilung, daß Herr Mosse Besitzer eines Gutes sei, das dem Reich-Ring angehöre, den das „Tageblatt“ mit den schönsten Grünten belämpft habe. Diese Mitteilung hatten wir und die „Freie Deutsche Presse“ übernommen. Solche Verurteilung hat die Redaktion des liberalen Moskischen Blattes derart aufgebraut, daß sie sich zum Sonntag unter dem gekürzten Titel „Tres facium collegium“ (drei machen ein Kollegium) einen komischen Entrüstungsartikel gegen die Verdächtigungen des „Tageblattes“, das unter Nichtachtung der Respektabilität des Herrn Mosse sich erfrect, dessen Tätigkeit auf dem Gebiete der Mißproduktion anzusprechen. Daß Herr Mosse Gut dem Reich-Ring angegeschlossen war, vermag zwar das „Berl. Tageblatt“ nicht zu leugnen; es hißt sich jedoch mit der Versicherung, daß kein Verleger „seine Geschäftsinteressen“ nicht mit denen seines Blattes verwechsle — eine unverständliche Behauptung, denn die Interessen eines Blattes sind doch wohl zugleich auch (wenigstens zum größten Teil) die seines Verlegers. Allem Ansehen will die Redaktion sagen, daß sie sich in ihrer Stellungnahme beeinflussen läßt. Dabei merkt das Blatt in seiner Raivität gar nicht, wie es dadurch, daß es die Moskische Mißwirtschaftsangelegenheit zu seiner eigenen macht und sie zum Gegenstand eines Artikels wählt, selbst einen Gegenbeweis liefert.

Wir sprechen der Redaktion unser aufrichtiges Beileid aus. Vielleicht versteht Herr Mosse sich dazu, die Verfasser zur Stärkung ihrer Nerven in seinen Mißbetrieb einzustellen. Sie würden dort sicherlich Besseres leisten, denn Logik ist zur Mißproduktion kaum erforderlich. —

Herr Erzberger über die Zentrumspolitik.

In einer Berliner Kommunalwähler-Versammlung nahm gestern der Zentrumsabgeordnete Erzberger Veranlassung, sich darüber auszusprechen, welche Stellung er demnachst im Reichstage namens des Zentrums der Regierung gegenüber einzunehmen gedenke. Die deutsche Kolonialpolitik, so fährt er aus, habe seit 20 Jahren 750 Millionen Mark gekostet und als Gegenleistung eine Gesamtausfuhr von 300 Millionen ergeben. Das sei das Ergebnis von zwei Jahrzehnten. Nach der Schweiz allein führe Deutschland in einem Jahre für 320 Millionen Mark aus. Hingzu kämen die Opfer an Menschenleben für die Kolonien, in denen insgesamt mit Beamten und Soldaten nur 5400 Weiße wohnten. Nach alledem müsse vom Zusammenbruch der deutschen

Kolonialpolitik gesprochen werden. Er, Redner, werde das im Reichstage ebenso unumwunden aussprechen, wie im Augenblick. Ueber den Aufstand in Südwestafrika meinte der Redner, er werde bezüglich Frankreich, wenn die Kosten nicht mehr als 400 Millionen Mark betragen. Ueber seine Polemik mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Sachen des Kameruner Eisenbahngesetzes erklärte Erzberger, daß er die notwendigen Akten zum Beweise seiner Behauptung in seinem Zimmer habe. Das weitere behalte er sich für den Reichstag vor. Ueber die Flottenvorlage äußerte sich der Zentrumsvorredner recht vorsichtig. Er betonte die schwierige Lage der Reichsfinanzen, erklärte, daß die neuen Steuern auf keinen Fall die unbemittelten Klassen treffen würden, vermied aber, selbst andere Steuerquellen in Vorschlag zu bringen. Offenbar sollte das Weitergehen die Kolonialpolitik nur dem Zwecke dienen, die Stellung des Zentrums zur Flottenvorlage und zur Steuerpolitik zu klären. Zudem hatte Herr Erzberger ja auch nur erklärt, daß er im Reichstage so unumwunden über die Kolonialpolitik sprechen werde. Die Partei des Herrn Erzberger wird vermutlich auch in diesem Punkte eine andere Stellung einnehmen! —

Die Wahl in Pr. Holland-Nohringen.

Das amtliche Wahlergebnis ist: Es wurden insgesamt 9902 Stimmen abgegeben. Davon erhielten H. D. Götter-Vergehnen (L.) 8932, Schneidemühlensberger Hermenau-Allenstein (freil.) 740, Kandidat Braun-Königsberg i. Pr. (Soz.) 406, Königl. Amtsgerichtsrat Viehstadt (Z.) 64 Stimmen. 8 Stimmen waren zerstreut. Götter ist somit gewählt.

Die von aus Königsberg geschrieben wird, wurde zwar im Wahlkreis von mehreren Genossen nach Kräften agitiert, doch machte der Mangel an jeglicher Organisation (im ganzen Kreis wurden vier Exemplare der „Königsberger Volksztg.“ und sechs „Lauboten“ gelesen) ein günstigeres Resultat unmöglich. In den drei kleinen Städten des Kreises wurde zwar ein kleiner Stimmenzuwachs erzielt, doch hatten auf dem Lande die plumpen Verkündigungen der Gegner leider Erfolg. Man erzählte den Leuten, die Sozialdemokraten, die Aufstand in eine Revolution gestürzt hätten, wollten nun auch in Deutschland die Revolution anzetteln! Bekämpfe die Sozialdemokratie die Macht, werde auch in Deutschland alles geplündert und niedergebrannt werden. Die Landproleten stimmten deshalb zum Teil für den Freisinnigen, zumal dieser recht radikal auftrat. Auf die Dauer werden die Ammenmärchen der Gegner auch hier nicht verfangen! —

Die deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen sind am Sonnabend in Washington formell veröffentlicht worden. Der deutsche Vorkaufspräsident sprach beim Staatsdepartement vor und überreichte dem Staatssekretär Root die bereits kürzlich vom Fürsten Sälow angekauften Vorschläge der deutschen Regierung. —

Deutsch-chinesischer Handelsvertrag. Die Verhandlungen, die der deutsche Generalkonsul Dr. Knappe vor einiger Zeit mit dem chinesischen Bevollmächtigten eingeleitet hat, sind in erster Lesung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Unterhändler werden jetzt zunächst an ihre Regierungen über das Verhandlungsergebnis berichten und dann nach dem Eintreffen zustimmender Antworten die Unterhandlungen wieder aufnehmen.

Pour le mérite. Trotha hat den Orden pour le mérite erhalten und wird, wie offiziell gemeldet wird, am 18. November abberufen werden, um dem an diesem Tage in Südwestafrika eintrittenden neuen Gouverneur v. Lindequist das Feld zu räumen.

Trothas kulturgeschichtliche Anwartschaft auf die Unsterblichkeit haben wir oft genug gewürdigt. Seine militärischen Erfolge bestehen zur Hauptsache darin, die bis dahin treu ergebenen Hottentottensämme durch seine Ausrottungsstrategie ebenfalls in den Aufstand getrieben zu haben. Diesen Aufstand niederzukämpfen wird die Aufgabe seines militärischen Nachfolgers sein!

Trotha teilt die Ehre der Ordensverleihung mit General Stöbel, dem Kapitulant von Fort Arthur. —

Agrarische Stammtisch-Anekdote. Das agrarische Junferblatt erzählt — im politischen Teil! — nach der „Hildburghausener Dorfztg.“ eine geistreiche Anekdote über „die Lehre vom Teilen“. Ein sozialdemokratischer Flugblattverteiler habe für seine Arbeit 1,50 Mark erhalten und dies Kapital stolz drei anderen „Genossen“ gezeigt. Diese nun hätten „teilen“ wollen und den Flugblattverteiler, der dafür nicht zu haben gewesen sei, jämmerlich verprügelt.

Schöner als durch dies Geschichtchen könnte selbst Herr Eugen Richter nicht die sozialdemokratischen „Irrelehren“ theoretisch verurteilen!

Wir wissen nicht, was Wahres an der rührenden Geschichte ist. Doch möchten wir vermuten, daß die drei begehrliehen Prügelhelden keine „roten“, sondern bündlerische „Genossen“ waren! —

Lehrernot. Auch in Schleswig-Holstein macht sich der Lehrermangel empfindlich bemerkbar. In einem Orte, in Klostertopp, mußte die Schule in Ermangelung eines Lehrers einfach geschlossen werden.

Man sollte endlich ein Radikalmittel gegen die Lehrernot im Lande ergreifen und den ausgedienten Interoffizieren an Stelle der 1000 Mark-Prämie einfach ein Lehrertatzen erteilen. Freilich müßte man, um den Stellvertretern Gottes die Sache einigermassen schmackhaft zu machen, gleichzeitig die Gehälter aufbessern! —

Ausland.

Schweden.

Verurteilung wegen „Anforderung zur Meuterei“. Daß der norwegische Stortingbeschluss vom 7. Juni über die Aufhebung der Union und Absetzung des Königs nicht zu einem Kriege geführt hat, ist bekanntlich vor allem der entschlossenen Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu verdanken, besonders der schwedischen, die bereit war, falls die Kriegshetze der Konservativen Erfolg hätten, durch Generalstreik und Mobilisierungstreik die Erhaltung des Friedens zu erzwingen. Mit diesen Maßnahmen erklärte sich auch der zu jener Zeit tagende Kongress des Sozialdemokratischen Jugendverbandes einverstanden und beschloß die Massenverbreitung eines „Nieder mit den Waffen“ betitelten und mit den Worten: „Friede mit Norwegen!“ endenden Flugblattes. Der Beschluss wurde durch das Schwedische Telegrammbureau der Presse übermitteln. Die meisten größeren Zeitungen druckten das Flugblatt ganz oder teilweise ab, und es wurde dann im ganzen Lande verbreitet, ohne daß der damalige Justizminister Berger etwas Strafbares darin erblickte. Als aber das Koalitionsministerium Lundeberg ans Ruder kam, wurde sofort Anklage wegen „lügenhafter Angaben und verkehrter Darstellungen“ und wegen „Anforderung zur Meuterei“ gegen den Verfasser, Kandidaten Söglund, erhoben, und nun hat die Jury am Montag ihr Urteil über die Schuldfrage gesprochen und die Schrift hinsichtlich der Anklage wegen Aufforderung zu Meuterei für straffällig erklärt, den ersten Anklagepunkt jedoch nicht für zutreffend erachtet. Die Konsequenz des Gesetzes würde es erfordern, daß nun alle, die die Schrift verbreitet haben oder verbreiten ließen, verurteilt werden, darunter zahlreiche Redaktionen der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen Presse, das Telegrammbureau und sogar — das königliche Telegraphenamt! —

Welche Strafe den Verfasser treffen soll, darüber wird innerhalb acht Tagen das Gericht entscheiden. —

Amerika.

Der Achtstundentag in der Diamant-Industrie soll vom Montag an in Amerika eingeführt werden, wie eine beim Sekretär des „Weltverbandes der Diamant-Organisation“, J. F. Grozier zu Antwerpen, telegraphisch eingegangene Meldung berichtet.

Zweifellos wird diese Einführung der achtstündigen Arbeitswoche ihren Einfluß auf die europäische Diamant-Industrie nicht verfehlen und hoffentlich wird man in absehbarer Zeit einer gleichen Maßregel zu Amsterdam, Antwerpen usw. entgegensehen dürfen. —

Soziales.

Gewerbegericht Berlin.

Ist neben dem Tarifschiedsgericht das Gewerbegericht zuständig? Wegen Mafkulaturdrucks sollten dem Maschinenmeister H. von der Buchdruckerei Sittenfeld, Inhaberin Frau Dr. Löwenstein, 10 M. vom Lohn abgezogen werden. Er lehnte die Annahme des gesamten Lohnes deshalb ab und klagte beim Schiedsgericht Berlin des Tarifschiedsgerichtes der deutschen Buchdrucker und beim Gewerbegericht. Das Tarifschiedsgericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung der 10 M., weil Aufrechnung nicht zulässig ist. Andererseits aber verurteilte es den Maschinenmeister auf eine Wiberklage der Firma zur Zahlung von 23 M. Schadenersatz, wobei es die entsprechenden Bestimmungen des deutschen Buchdruckerartikels beachtete, der Firma aber empfahl, Miße wälzen zu lassen. — Die 10 M. erhielt H. von dem Restlohn, den H. seinerzeit nicht angenommen hatte, verblieb aber immer noch ein Teil in Händen der Firma. Vom Gewerbegericht, vor dessen Kammer 8 die hier angeführte Klage am 4. November zur Entscheidung stand, beantragte Kläger, Verurteilung zur Zahlung des Restlohnes. Im Laufe der Verhandlung gab der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schöden seinem Ersuchen darüber Ausdruck, daß der Kläger neben dem Tarifschiedsgericht auch noch das Gewerbegericht anrufen hatte.

Das Gewerbegericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Das Vertragsverhältnis der Parteien ist unstrittig auf Grund des Spezialarbeitsvertrages des deutschen Buchdruckerartikels zustande gekommen. Zum mindesten gebe das daraus hervor, daß Kläger selbst das Tarifschiedsgericht anrufen und so den Tarifvertrag als bindend anerkannt habe. Nach dem Vertrage hätten die Mitglieder der Tarifschiedsgericht in den für das Schiedsgericht zuständigen Fällen die tariflichen Instanzen anzurufen und es sollten danach die Entscheidungen der betreffenden Instanzen für die Mitglieder verbindlich sein. Wenn nun Kläger diese Verbindlichkeit bestrichte, so müßte das Gewerbegericht trotz jener Tarifbestimmung auf seinen Anspruch eingehen, auch wenn es diese Moral des Klägers nicht billige. Denn nach dem § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes komme jener im Tarifvertrag ausgesprochenen Bindung an die tariflichen Instanzen und ihre Entscheidung keine Rechtswirksamkeit zu. Nach § 6 des Gesetzes wäre sie nur rechtswirksam, wenn weder ein Arbeitgeber noch ein Arbeitnehmer in den tariflichen Instanzen den Vorstoß hätte. Diese Voraussetzung fehle bei dem Tarifschiedsgericht der Buchdrucker, da hierzu nur Gewerbe-Angehörige gehörten. Vorliegend könne aber dem inneren Rechtssinn zum Siege verholfen werden, weil der Anspruch des Klägers beim Gewerbegericht mit wesentlichen Mängeln behaftet sei. Kläger habe in demselben Moment, wo er hier klagte, zugleich die Entscheidung des Schiedsgerichts angegriffen. Er habe letzteres mittelbar anerkannt und sich dabei sicher gesagt: „Siege ich da, dann gut, dann mache ich mir es zunutze; verliere ich aber, dann bleibt mir noch das Gewerbegericht, vielleicht siege ich hier.“ Wer so handele, der handele dolos. Klägers Anspruch beim Gewerbegericht sei darum ein ganz doloser, ihn brauche das Gericht deshalb nicht anerkennen. —

Die Auffassung des Gewerbegerichts über das Verhältnis zwischen dem § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes und dem Tarifvertrag ist zweifellos zutreffend. Aber so wenig auch das Verhalten des Klägers zu billigen sein dürfte, so ist doch die Debatte mit dem Gesetz nicht vereinbar, Kläger handele dolos, wenn er ein Schiedsgericht nicht anerkenne, dessen Spruch als Urteilspruch nach der zwingenden Schutzvorschrift des § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes den Rechtsweg nicht ausschließt. Bei Schaffung des § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes hatte man kein zweites Schiedsgericht wie das der Buchdrucker zunächst im Auge. Man wollte die Fälle treffen, in denen, insbesondere in Sachen Fabrikanten ihre Werkmeister und so weiter als Vorstehende bestimmt hatten. Bei der Fassung des § 6 wurde es aber unmöglich, eine Form zu finden, die z. B. Schiedsgerichte in der Form der Buchdrucker-Schiedsgerichte ausnehme, ohne Umgehungen der Absicht des § 6 Tür und Tor zu öffnen. Hat also der Gesetzgeber solche Fälle mitreffen wollen, so ist der Einwand der Arglist nicht berechtigt. Hätte Kläger das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht angegriffen, so würde ja auch der Einwand der Arglist in der wiedergegebenen Form unmöglich sein. Aus einem anderen Grunde könnte vielleicht die Klageabweisung, ohne auf den materiellen Inhalt der Klage einzugehen, berechtigt sein. Durch Anerkennung des Buchdruckerartikels ist das in diesem vorgesehene Schiedsgericht, damit aber auch festgelegt, daß in allen Streitfällen der von dieser Stelle als gültig anerkannte Sach als vertraglich vereinbart gelten solle. Auch solcher Abweisungsgrund läuft etwas auf Stützen. Eine materielle Entscheidung des Gewerbegerichts erscheint uns das Zutreffendste; laum je würde sie von der des Schiedsgerichts der Buchdrucker abweichen.

Vom Kaufmannsgericht.

Jedenfalls keine beneidenswerte Stellung haben die Filialleiterinnen von Groß-Bäckereien, Spirituosen-Geschäften usw. Das Gericht beschästigt jetzt permanent Klagen von solchen armen Verkäuferinnen, denen Manfagelder von ihrer Kaution abgezogen worden sind. Es ist fast immer das gleiche Lied. Töchter ehrbarer Eltern mit leiblicher Schulbildung haben sich mit Mühe und Not ein paar Mark zusammengespart. Nun sucht eine der oben bezeichneten Großfirmen eine „Filialleiterin“ gegen Stellung von Kaution. Das arme Mädchen bewirbt sich, in der Hoffnung, eine sogenannte „bessere“ Stellung antreten zu können. Sie geht mit ihrem Sparfassenbuch ausgerüstet zur Firma und wird auch engagiert. Freudestrahlend tritt sie ihre Stellung in einer Filiale an, bis sie dann nach einiger Zeit zu ihrer unangenehmen Ueberaschung merkt, daß sie am Monatslohn oder bei der Inventuraufnahme ein mehr oder minder großes Manfo in der Kasse hat, dessen Herkunft sie sich gar nicht erklären kann. Kleine Manfos deckt sie gewöhnlich noch von ihrem geringen Gehalt, das meistens so ungefähr 60 M. beträgt. Bei größeren Manfos kommt es dann gewöhnlich zum Bruch mit der Firma, weil diese sich rüchichtslos an dem Sparfassenbuche resp. der Kaution der Verkäuferin schadlos hält. So ging es auch wieder einer Verkäuferin in einer Filiale der Groß-Bäckerei von Plottner. Die Klägerin beantragte die Rückerstattung des ihr gemachten Abzugs, weil sie annahm, das Manfo sei durch unrichtige Warenlieferung vom Hauptgeschäft entstanden. Zählen habe sie die Ware nur ganz selten können, weil es ihr an Zeit dazu mangelte. Reifens komme es so, daß beim Zählen Kunden ersähenen; dann müßten diese bedient werden, und das Zählen unterbleibe dann schon, weil auch die Käufer keine Zeit zu längerem Warten hätten. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb sie dies denn nicht beim Hauptgeschäft moniert habe, entgegnete die Klägerin, sie habe Monias in dieser Hinsicht unterlassen aus Besorgnis, sich dadurch bei der Geschäftsleitung mißliebig zu machen und dann womöglich ihre Stellung zu verlieren. Auf Grund der kontraktlichen Abmachungen zwischen der Klägerin und der Firma wurde dem Manfo-Antrage allerdings nicht stattgegeben. Es erfolgte Abweisung der Klage. Der Vorsitzende unterließ es jedoch nicht, den Vertreter der Beklagten darauf hinzuweisen, daß doch dieses unerfreuliche Kautions- und Lieferungs-system endlich geändert werden möge, denn die Klagen dieser Art

häufigen sich in geradezu auffällender Weise. — Unseres Erachtens würde ein erheblicher Teil der Manfageld-Klagen aufhören, wenn in Verfolg der Grundfrage, die neulich in dem Urteil über die Klage des Genossen Küter betätigt sind, das Gericht in allen Fällen den strikten Nachweis eines Verschuldens des Angeklagten verlangt. Auch wenn vertraglich entgegenstehende Abreden über die Beweislast getroffen sind, ist von Fall zu Fall zu erwägen, ob eine solche Vereinbarung gegen die guten Sitten verstößt. In den meisten Fällen wird diese Abwälzung der Beweislast auf den wirtschaftlich schwächeren Teil als solcher Verstoß zu erachten sein.

Zu den Darlegungen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umg. G. M. v. S. in der Nummer 260 sendet uns Genosse Küter folgende Entgegnung:

„Voransätze will ich, daß ich mich bis jetzt zu der Sache noch nicht geäußert habe und so lange zurückhalten werde, bis das Erkenntnis des Kaufmannsgerichts sich in meinen Händen befindet. Um nicht Unrichtigkeiten in die Welt hinausgehen zu lassen, erwidere ich:

1. Mein Klageantrag, zu dem ich von der Verwaltung gezwungen war, ging dahin: den Betrag, der von meinem Gehalt abgezogen wurde zur Stellung der fraglichen Kaution, wiederum zurückzahlen. Das Gericht erkannte demgemäß. Jedoch sei eine Summe von 61 Mark für ein vorjähriges Manfo in Abzug zu bringen, wenn von dem Geschäftsführer Menzel, als Vertreter der Beklagten, der Eid geleistet wird, daß ich mich bereit erklärt hätte, obigen Betrag zu beden. Eine derartige Äußerung geht zu haben, ist mir nicht bewußt. Wird der Eid nicht geleistet, dann ist auch der Restbetrag auszuführen.

Gehalt hatte ich beim Monatslohn in Abzug gebracht, sonst wäre mir schließlich so gegangen wie später einem anderen Kollegen und habe ich hier keinen Antrag gestellt.

2. Ich hatte für einige Genossen in der von der Genossenschaft errichteten Sparkasse auf meinen Namen Gelder eingezahlt, diese wurden mit Beschlag belegt. Das Urteil sagt: das K. G. kann die Genossenschaft nicht zwingen zur Freigabe dieser Gelder, weil sie nicht in die Angelegenheit hinterlegt sind. Dies solle beim ordentlichen Gericht beantragt werden. Wenn das keine moralische Verurteilung ist, dann weiß ich es nicht. Ein schönes Bild von Treu und Glauben.

3. Ich habe nicht gesagt, daß jetzt schon wieder ein größeres Manfo vorhanden sei als bei mir war, sondern ich sagte: Auch jetzt sei wiederum ein höheres Manfo zu verzeichnen, das wohl auf die Ungültigkeit des gewöhnlichen Manfosages mit zurückzuführen sei.

4. Wie wenig Verständnis mancher Mensch doch von der Ausübung von Ehrenämtern besitzt, zeigt der Vorwurf der Unwahrheit, den man mir zu machen gedenkt. Ich glaube nicht sehr zu gehen, wenn ich diesen auf die Ehrenblättern einer ränkefüchtigen Person zurückführe. Die Stadtverordnetenversammlungen finden wöchentlich einmal des Abends von 6 Uhr ab statt. In Deputationen bin ich nicht vertreten und sonstige Sitzungen finden nur abends statt. In der Krankenkasse war ich meistens gegen 1/2 Uhr abends, also nach Geschäftsschluß. Sonstige Arbeiten erledigte ich während der Mittagspause. So sieht die unnahe Behauptung aus, Genossen, die die Tatsachen näher kennen, werden dies bestätigen.

5. Nicht nur jetzt, sondern seit Jahren ist von mir sowohl als von allen Lagerhaltern auf die Ungültigkeit des Prozenttages, soweit es einen gab, hingewiesen worden. Das muß doch der Einsender wissen, als er den 15 Lagerhaltern die Kündigung nebst einem Vertragsentwurf, zur Unterschrift oder: hinaus aufs Pflaster, ins Haus sandte. Weiß man denn gar nicht, daß man den Rigdorfer Lagerhaltern 1 1/2 Prozent Manfo gewähren mußte und trotzdem schlecht abgeschrieben wurde? Es scheint vergessen worden zu sein, daß die Verwaltung erst mußte gezungen werden überhaupt 1 1/2 Prozent Manfovergütung zu gewähren. Und jetzt brüsst man sich damit, die Lagerhalter schneiden mit 1/2 Prozent ab. Ja auf Kosten der Käufer sind sie dazu gezwungen, sonst ist bei jeder Gegenüberstellung so viel zuzuzahlen. Dieses Damoclesschwert fürchten die Lagerhalter und mit Recht. Kennt und bestimmt sich doch die große Menge zu wenig um die Lage ihrer Angeestellten. Nur soviel, ein jeder Lagerhalter wäre zufrieden, läme er mit einigermaßen Anstand aus dieser Haut heraus.

Wenn ferner der Vertreter der Genossenschaft glaubt seinen sozialen Standpunkt darin leuchten zu lassen, daß er meint, die Sache sei noch nicht zu Ende, dann zu, sein Geld kostet es ja nicht; ob die Genossenschaft es vertritt, darüber sind die Aufsichtsratsmitglieder verantwortlich. Soviel sei mitgeteilt: Das Urteil des Kaufmannsgerichts ist grundlegend für alle Instanzen, nach den Ausführungen des Vorstehenden.

Ich bedaure, daß ich gezwungen wurde, aus meiner Reserve herauszugehen und die Spalten des „Vorwärts“ in dieser Sache zu benutzen. Jedoch schließe ich mich der redaktionellen Bemerkung in jeder Hinsicht an.“

Die Regelung der Manfofrage ist für die Konsumgenossenschaften von außerordentlich erheblicher Bedeutung. Nicht minder wichtig ist die Betonung, daß die Konsumgenossenschaften unter keinen Umständen aus der ehrenamtlichen Betätigung eines ihrer Angestellten Einwände gegen diesen ableiten dürfen. Da beide Fragen in dem Prozeß berührt waren, so haben wir die Anmerkungen der Parteien unbedürftig wiedergegeben, lehnen es aber ab, weitere Neuierungen über die gegenseitigen Behauptungen zu bringen. Unsere Leser finden in dem vorstehenden Gerichtsbericht abermals eine die Manfofrage betreffende Verhandlung.

Welcher Krankenkasse gehört das kaufmännische Personal eines Innungsmitgliedes an? Der Hofschlössermeister Großhans in Berlin hatte sein kaufmännisches Personal bei der Innungs-Krankenkasse angemeldet. Auf Einpruch der kaufmännischen Krankenkasse, die die Bureauangestellten für sich reklamirte, entschied der Oberpräsident, daß die Kaufleute der Ortskrankenkasse zuzurechnen seien. Auf den hiergegen erhobenen Einspruch hat der Minister nun endgültig bestimmt, daß weder die Kasse der Kaufleute, noch die Ortskrankenkasse, sondern nur die Innungs-Krankenkasse zuständig sei. Die Erledigung solcher Kompetenzstreitigkeiten erfordert eine Unsumme Zeit und Arbeit. Eine Zentralisierung aller Kassen würde auch diesen organisatorischen Streitereien ein Ende bereiten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Amgegend.

Die ausgesperrten Lederarbeiter, Weißgerber, Lederfärber und Hülfarbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung ab, zu der auch die Mitglieder der Filiale II (Lohgerber) geladen waren. Die diversen Redner forderten die Aussperrten auf, sich durch nichts beirren zu lassen und ruhig abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Man setze das Vertrauen in die Solidarität der Arbeiter-Schaft Deutschlands, daß sie eine gute stets opferbereite Organisation nach Kräften unterstützen werde. Auf keinen Fall könne man einen Tarifvertrag, der die Aufhebung des Koalitionsrechtes bedeute, eingehen. Baumann (Lohgerber) drückt die Sympathie seiner Kollegen aus und ist überzeugt, daß die Lederarbeiter Berlins auch in dieser schwierigen Situation zu handeln wüßten, wie es organisierten Arbeitern zuläme. Eine Resolution, in welcher der Kommission das Vertrauen ausgedrückt wird und die dieselbe auffordert, auch fernerhin das Interesse der Aussperrten wahrzunehmen, gelangte einstimmig zur Annahme. Der Kampf geht also weiter, nicht, weil die Arbeiter keinen Frieden wollen, sondern weil sie einen solchen unter den angebotenen Bedingungen nicht annehmen können. Zu einem ehrlichen Frieden werden sie stets die Hand reichen.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter. Die Brauereiarbeiter hielten am Sonntag im Gewerkschaftshause eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung ab. Die der Referent Biering mitteilte, soll von einem mehrjährigen Tarifvertrage mit dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend vorläufig abgesehen werden und für das Jahr 1906 ein Tarifprovisorium abgeschlossen werden. Vom 1. Januar 1907 soll dann für alle in Brauereien

befähigten Arbeiter ein gemeinsamer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß die von dem Vertreter der Brauereien vorgeschlagenen Löhne bis auf 27.— bezw. 24.— M. heruntergehen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft und wurde von allen Rednern verlangt, daß an dem Einheitslohn von 32 bezw. 30 M. festgehalten werden soll. Es wurde namentlich betont, daß alle Handwerker in den Brauereien dieselben Arbeitsverhältnisse haben. In einer Resolution wurden die Vertreter der Organisation aufgefordert, dahin zu wirken, daß der Tarif am 1. Januar 1906 in Kraft treten kann.

Der Streik der Handwerker und Packer der Firma Berliner Buchbinderei W. H. u. Co. Wilhelmstraße, ist beendet. Der Firma waren auf Wunsch des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands Minimallohne, die bei dessen Tarifvereinbarungen gelten, zugestanden worden. Die Firma hat sich nunmehr durch ein Schreiben erklärt, diese Grundlöhne zu zahlen. Die Vergütung der Ueberstunden soll jedoch so bemessen sein, daß bei einer Umrechnung des Wochenlohns in Stundenlohn 5 Pfg. pro Stunde für die ersten zwei Stunden und 10 Pfg. pro Stunde für weitere Stunden mehr bezahlt werden, wie der normale Stundenlohn.

Die Zigarettenfabrik Josetti ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung.
Der Verein deutscher Zigarettenfabrikanten zu Berlin hat den Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den diesem Vereine angehörenden Betrieben beschäftigt sind, durch Plakate mitgeteilt, daß wir die von uns kürzlich unseren Arbeitern und Arbeiterinnen bewilligte zehnprozentige Lohnerhöhung nur aus Sucht nach „billiger“ Reklame haben eintreten lassen und weil wir in Posen billiger und in Dresden mit Maschinen arbeiten.

Hierauf erklären wir, daß wir die Lohnerhöhung bereitwilligst zugestanden haben, weil wir von der Berechtigung derselben auf Grund der jetzt herrschenden hohen Fleischpreise usw. überzeugt sind. Außerdem aber auch deswegen, weil wir unsere Löhne in Dresden vor einigen Monaten ebenfalls erhöht haben.

Unsere Zweigfabrik in Posen haben wir am 4. November geschlossen und werden dafür in Berlin mehr Arbeiter einstellen. In Dresden lassen wir mit Maschinen nur 1 Pf.-Zigaretten herstellen, wie dies allgemein üblich ist. Unsere 2 Pf.-Zigaretten und teurere sind sämtlich Handarbeit.

Zigarettenfabrik Josetti G. m. b. H.
Inh. Meier u. Peters.

Die Firma Steffen u. Köhle ersucht uns um die Mitteilung, daß sie ihren Rantour in Regensburg angewiesen habe, sofort den verlangten Stundenlohn von 40 Pfg. zu zahlen. Im übrigen sei der Lohn von 35 Pfg. nur einem einzigen Arbeiter gezahlt worden; die übrigen Löhne wären höher gewesen.

In der Wäscheindustrie herrschen jetzt im großen und ganzen getrigelte Verhältnisse. Am Freitag hielt die Schlichtungskommission eine Sitzung ab, wo die Differenzen, welche in einzelnen Betrieben nach dem Streik entstanden sind, besprochen wurden. Die Fabrikanten erklärten, daß die Richtfeststellung von Arbeitskräften unmittelbar nach dem Streik keine Maßregelung gewesen, sondern nur darauf zurückzuführen sei, daß nicht sogleich so viel zugeschnitten werden konnte, um alle Arbeiterinnen zu beschäftigen. Inzwischen sind fast sämtliche Streikende wieder eingestellt worden; die wenigen, die noch außer Arbeit sind, werden voraussichtlich im Laufe der Woche untergebracht werden. Nur in der Fabrik von Gebrüder Rittler bestehen die Differenzen noch fort. Sie haben ihre Ursache bekanntlich darin, daß die Firma ihre Zusatzen nicht wieder einstellte und auch jetzt noch Ersatzkräfte für dieselben aus anderen Betrieben (Sattler, Buchbinder) sucht. Die Schlichtungskommission hat die Regelung dieser Angelegenheit übernommen, doch ist es nicht sicher, ob es ihr gelingen wird, den Fabrikanten zur Befolgung des Schiedsprüchs zu bewegen. Sollten die Bemühungen der Schlichtungskommission keinen Erfolg haben, dann dürfte es bei Gebr. Rittler wieder zur Arbeitsniederlegung kommen.

Deutsches Reich.

Bernünftige Streifjustiz. Vom Meier Schöffengericht wurde ein Tischler, der während des Streiks vor einem arbeitswilligen Berufs-Kollegen ausgespuckt und ihm dabei zugerufen hatte: „Pfu, Du Streikbrecher!“ mit Rücksicht auf die bei solchen Gelegenheiten herrschende Erbitterung mit 3 M. bestraft. Eine vollständig genügende Sühne für solche „Vergehen“, die leider von weniger kaltblütigen Richtern häufig mit ganz exorbitanten Gefängnisstrafen geahndet werden.

Die Buchdruckerbetriebe in Bonn a. Rhein reichten am Sonnabend in einer Anzahl Geschäfte die Kündigung ein, weil die Anerkennung des Tarifs auf friedlichem Wege verweigert wird. An der Spitze der Tarifverweigerer steht die „Deutsche Reichszeitung“, das bekannte Bonner Zentrumsblatt.

Die Antwort der Weber.

Eine schnelle und deutliche Antwort erteilten die Meeraner ausgesperrten Weber und Weberinnen den ausgesperrungsmittigen Unternehmern auf deren neuesten Wad. Nach diesem sollte die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden, und, falls sich bis zum 11. November nicht genügend Arbeitswillige für Gera-Greiz gefunden, an diesem Tage die Aussperrung zu erneuern. Die Meeraner ausgesperrten aber beschloffen am Sonntag, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die angeordnete Erneuerung der Aussperrung bestimmt unterbleibt. Die Meeraner Arbeiter haben mit diesem Beschlusse gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, sich der Unternehmervillkür weiter zu fügen. Werden diese Arbeiter aus der Aussperrung zum Angriffskampfe gedrängt, dann können die Schlotbarone etwas erleben, dessen sie sich nicht versehen haben. Die Stimmung unter den Meeraner ausgesperrten ist gegenwärtig eine derartige, daß sie bereit sind, den Kampf mit aller Energie aufzunehmen und zu Ende zu führen, um sich und ihren Klassen-genossen die Erfolge zu sichern.

Ein Privattelegramm meldet uns:

Gera (Neuh), 6. November. Heute sind im ganzen Bezirk die Betriebe geöffnet. Nur wenige Arbeitswillige haben sich gefunden. In Gera sind es 240 von circa 3000 Webern. Im übrigen Bezirk ist das Verhältnis ein ähnliches. Auch in Glaucha-Weerane, wo keine Forderungen gestellt sind, aber die Arbeiter ausgesperrt wurden, haben diese die Arbeit verweigert.

Die Forderungskontinuität macht bekannt:

Wenn sich bis Sonnabend, den 11. November, nicht genügend Arbeitswillige für die Weberereien gefunden haben, werden auch die Forderungsbetriebe geschlossen.

Zusammen können nach einer Ausdehnung des Kampfes in dieser Richtung hin 30 000 Personen in Betracht!

Im Markenspäthler Kürschnerstreik haben nunmehr auch die Streikenden selbst die Einigungs-vorschläge des Bürgermeisters Ott einstimmig in geheimer Abstimmung verworfen. Die Aenderung der Tarifverträge sei Sache sämtlicher Juristerei-besitzer und Gehülften, auch könne in eine Beratung darüber erst dann eingetreten werden, wenn die Firma G. Walters Nachf. die Arbeitswilligen entlassen und sämtliche alten Arbeiter wieder eingestellt habe. Der Vorschlag des Bürgermeisters wurde als der letzte Ausweg bezeichnet, den zu beschreiten die Ausführenden noch lange keine Veranlassung haben. Trotz der Ablehnung jener Einigungs-vorschläge haben die Streikenden aber dem Bürgermeister mitgeteilt, daß sie zu weiteren Verhandlungen jederzeit bereit sind.

Die Zehnjährigenbewegung der Leipziger Textilarbeiter ist vorläufig beendet. Nachdem die Firma Stöhr u. Co. die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit vom 1. Januar und der zehnstündigen vom 1. Juli 1906 sowie die Einsetzung eines Arbeiterausschusses mit

gestanden hatte, war die Verhandlung beauftragt worden, wegen sofortiger Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit, wie diese in den übrigen Leipziger Betrieben bereits bestche, bei der Fabrikleitung vorstellig zu werden. Da die Firma sich jedoch nicht hierzu verstehen will, so erklärten die Arbeiter und Arbeiterinnen sich mit den bisherigen Zuständen bis auf weiteres einverstanden.

Die städtischen Straßenreiner Leipzigs haben ihren Arbeiterausschuß beauftragt, Forderungen zur Besserung der Lohnverhältnisse ausgearbeitet und dem Räte der Stadt zu unterbreiten. An Stelle des bisher meist üblichen Tages- und Stundenlohnes soll ein Wochenlohn treten, der im Anfang 22 M. zu betragen und um jährlich 1 M. bis auf 25 M. zu steigen hat. Die Straßenreiner protestieren auch gegen die Behauptung des Stadtrats Franze in der letzten Stadtverordneten-sitzung, daß nur minderwertige Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohne von der Stadt beschäftigt würden. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die größere Zahl der städtischen Arbeiter, sogar Vorarbeiter, weniger als den ortsüblichen Tagelohn erhalten.

Ein Versuch am untauglichen Objekt.

München, 5. November. (Fig. Ver.) Wegen eines Vergehens gegen den § 153 der Reichs-Gewerbeordnung erhielten die Steinarbeiter Georg Scheuermann und Ferdinand Fabriki auf dem Mandatswege je fünf Tage Gefängnis, weil sie nach einer Schutzmannsangeize „am 28. Juni während der allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung im Hauptbahnhofe mehrere italienische Waldarbeiter, die sie irrtümlicherweise für Steinarbeiter hielten, zur Teilnahme am „Streik“ zu bestimmen versucht haben“. Also ein Versuch am untauglichen Objekt, wie es in der Juristensprache heißt und ein derartiger Versuch ist nach der Doktrin und Rechtsprechung straflos. Obwohl schon der Anwalt durch eine Randbemerkung auf die Anzeige seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gab, daß der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung nicht gegeben sei, erhielten die Arbeiter dennoch fünf Tage Gefängnis ins Haus geschickt. In der Einspruchsverhandlung erklärten die beiden Arbeiter, daß sie keinen Augenblick im Zweifel waren, daß die betreffenden Italiener keine Steinarbeiter gewesen seien. Dadurch, daß sie lange Sägen mit sich führten, glaubten sie, daß es Zimmerleute gewesen sein könnten und da damals die Zimmerer ebenfalls ausgesperrt waren, wollten sie die Italiener von der Aussperrung in Kenntnis setzen. Der Anwalt, der, wie oben schon bemerkt, von Anfang an auf dem Standpunkt stand, daß der Tatbestand des § 153 nicht gegeben sei, beantragte dennoch Verurteilung des Einspruchs, „weil die Angeklagten nicht im eigenen, sondern im Interesse der Zimmerer handelten“, sollte das Gericht diesen Standpunkt aber nicht teilen, so liege zum mindesten — — grober Unfug vor. Der Verteidiger Dr. Bernheim verwahrte sich ganz entschieden dagegen, daß, wenn andere Bestimmungen des Gesetzes versagen, das „juristische Mädchen für alles“, der grobe Unfug hereingezogen werde. Das was die Angeklagten getan haben, sei ein Versuch am untauglichen Objekt und das sei straflos. Er forderte Freisprechung unter Uebernahme sämtlicher Kosten, einschließlich der Verteidigung auf die Staatskasse. Das Schöffengericht erkannte denn auch auf Freisprechung, weil der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung nicht gegeben sei. Auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, bestand für das Gericht kein Anlaß. Wegen dieses Urteils wird, da die Kosten der Verteidigung nicht auf die Staatskasse übernommen wurden, vom Verteidiger Berufung eingelegt.

In den Wäschebetrieben in Bielefeld haben die Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 Pfg. gefordert. Eine Firma hat die Forderungen bewilligt. Bei zwei anderen Firmen, die nicht bewilligt haben, befinden sich 75 Arbeiterinnen im Auslande. Einigungs-Verhandlungen fanden bereits statt, sie hatten aber keinen Erfolg. Die Fabrikanten haben neuerdings wieder Einigungs-Verhandlungen beantragt.

Die Tarifbewegung im Leipziger Lithographengewerbe nimmt nach dem erfolgreich zu Ende geführten Streik bei Dr. Krenker & Co. ihren Fortgang. Durch eine Resolution haben die Mitglieder des Bundes der Bundes ihre Organisationsleitung beauftragt, mit aller Energie den Kampf gegen die Ueberzeit- und Heimarbeit und die sonstigen Mißstände in den Privatlithographien aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß Ueberzeitarbeit nur auf die ganz dringenden Fälle beschränkt, Heimarbeit aber ganz abgeschafft werde. Von den Privatlithographien, in denen organisierte Gehülften beschäftigt sind, soll die Einhaltung dieser Forderungen unbedingt verlangt werden, andererseits soll ihnen die Ausführung des Druckes ihrer Arbeiten durch die Stein-drucker verweigert werden. Außerdem hat die Leipziger Organisationsleitung mit Rücksicht auf die erfolgte Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Lithographen an anderen Orten, die dortige Prinzipalität ersucht, ihr bis zum 18. November mitzutheilen, ob sie bereit sei, mit dem Verbands wegen Einführung des Achtstundentages vom 1. Januar an in Unterhandlungen zu treten.

Berurteilungen wegen „Streikvergehen“ sind in Leipzig zurzeit an der Tagesordnung. So waren auch vor einigen Tagen wieder drei Metallarbeiter vor dem dortigen Schöffengericht erschienen, um sich wegen angeklagter Beleidigung von Arbeitswilligen zu verantworten. Es handelte sich um eine Aussperrung bei Gebr. Sommer in Leipzig-Kleinziethen. Von den drei Angeklagten, die vor der Fabrik Streikposten standen, rauchte der eine bei Ausübung seiner Pflicht eine Pfeife; als er nun einmal, wie das beim Pfeiferauchen so geht, ansputzen mußte, bezogen das zufällig vorübergehende Arbeitswillige auf sich, sie fühlten sich beleidigt, und vom Schöffengericht erhielt der Pfeiferaucher 10 M. Geldstrafe subsidiär. Die anderen beiden Angeklagten sollen ebenfalls Arbeitswillige und zwar durch die Ausdrücke Streikbrecher, ferner Lumpen, Vagabunden und Verräter beleidigt haben. Obgleich beide entschieden die Ausdrücke gebraucht zu haben, erhielt der eine acht, der andere vierzehn Tage Zuchthaus. Und damit war wieder einmal die ramponierte Ehre von ein paar Staatsstößen repariert.

Autland.

Der Premierminister und die Arbeitslosen.

London, 2. November. (Fig. Ver.) Nächsten Montag wird der Premierminister Mr. Balfour eine Deputation der Londoner Arbeiterorganisationen empfangen, um mit ihr die Lage der Arbeitslosen zu besprechen. Die Deputation wird bestehen aus Mitgliedern des Londoner Gewerkschafts-Kartells, der Arbeiter von Poplar (E.S.-London) und des Labour Representation Committee. Der Leiter der Deputation ist Genosse Quetch, der Redakteur der „Justice“. Auch Genosse Keir Hardie wurde eingeladen, sich der Deputation anzuschließen.

Heute erhielt das Londoner Gewerkschaftskartell einen Aufruf an die Arbeiterfrauen, sich zu einer Kundendemonstration vorzubereiten, die am Montag in Whitehall (in der Nähe der Ministerialgebäude) stattfinden wird.

Die Aussperrung der Bauarbeiter Amsterdams ist seit Sonnabend aufgehoben. Nachdem jene beiden Unternehmer, bei denen der Solidaritätsstreik ausgebrochen war, durch den Beschluß der Christlichen wieder Arbeitskräfte erhielten, haben die übrigen Unternehmer, ihrem Organisationsbeschlusse entsprechend die ausgesperrten formell Arbeit vorhanden war, wieder eingestellt. Es ist dabei, wie „Het Volk“ berichtet, ohne Wahregelungen vorgegangen worden. Die Zahl der Arbeitslosen ist jedoch sehr groß und wird, da der Streik der Heizer fortbauert, mit jedem Tage wieder größer werden.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Charlottenburg.

am heutigen Tage ergaben folgendes Resultat:

1. Bezirk: Baake und Flemming (Soz.) 726 (673), Callam und Hollmann (Liberal) 683 (226), Hahn und Pein (Mittelstandspartei) 332. Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Liberalen.
2. Bezirk: Alid (Soz.) 1235 (760), Rotholz (Liberal) 1138 (190), Mittelstandspartei 230. Stichwahl zwischen Alid und Rotholz.
3. Bezirk: Alid (Soz.) 1059 (744), Rühl (Liberal) 321 (177), Richter (Mittelstandspartei) 234. Gewählt: Alid.
4. Bezirk: Borchardt (Soz.) 1013 (729), Knöfel (Liberal) 448, Vieling (Mittelstandspartei) 278. Gewählt: Borchardt.
5. Bezirk: Bartisch (Soz.) 982 (857), Wegner zusammen 616 (447). Gewählt: Bartisch.
6. Bezirk: Vogel (Soz.) 672 (552), Wegner zusammen 747 (548). Stichwahl zwischen Sozialdemokrat und Liberal.
7. Bezirk: Hirsch (Soz.) 532 (411), Jollenberg (Liberal) 490 (464), Reiner (Mittelstandspartei) 125. Stichwahl zwischen Hirsch und Jollenberg.
8. Bezirk: Hirsch und Eckert (Soz.) 940 (226), Blah und Otto (Liberal) 623 (464), Mittelstandspartei 88. Gewählt: Blah und Otto.

Die in Klammern befindlichen Zahlen sind die bei der Wahl im Jahre 1908 abgegebenen Stimmen. Ausgelassen sind die Zahlen, welche die Inpolitischen, die diesmal eigene Kandidaten nicht aufstellten, vor zwei Jahren erhalten haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Tafelreden.

Berlin, 6. November. Bei der heutigen Galafest im Königl. Schlosse wurden längere Reden gehalten. Aus der Wilhelm II. ist erwahrendwert, daß er seinen Gasts, den 19 Jahre alten König Alfonso XIII. von Spanien als den obersten Kriegsherrn seines Landes feiert. Wörtlich wird in der Depesche des B. L. B. nach gesagt: „Ew. Majestät dürfen versichert sein, daß aus den Herzen unserer Untertanen sowohl wie meines Hauses und aus meinem stets Gebete zum Himmel aufsteigen werden für das Wohl Ew. Majestät, des spanischen Volkes und Ew. Majestät erlauchter Königshaus. Auf dieses Gebet und auf diesen Wunsch leere ich Wein Glas.“

Der Spanier gab die übliche Antwort. Der 19jährige König scheint ein hervorragender Stratege zu sein, da er bei der Tafel in der Uniform eines preussischen Generals der Infanterie erschien. — Auch an zahlreichen Anzeigungen fehlte es nicht.

Gewalt gegen Volkswillen.

Prag, 6. November. (B. S.) Ein heute mittag erschienenen Regierungskommunique droht mit Anwendung der äußersten Mittel, falls die Ausschreitungen fortbauern.

Die Bewegung in Böhmen.

Prag, 6. November. (B. L. B.) Die Leitung der sozialdemokratischen Partei beschloß, sofort mit allen Arbeiterorganisationen im ganzen Reiche in Unterhandlungen zu treten und ein einheitliches taktisches Vorgehen im ganzen Reiche festzusetzen, eventuell den Generalkrieg zu organisieren und zu proklamieren. Bis zur Beendigung der Unterhandlungen soll die Arbeiterschaft weitere Demonstrationen auf der Straße unterlassen und sich insbesondere von Provokationen fernhalten und vor bedenklichen Elementen in acht nehmen. Derzeit sollen sich die Sozialdemokraten mit der Obstruktion der Eisenbahnangelegenheiten begnügen, deren Rendantenferenz in Prag heute beschloß, die Obstruktion auf alle Bahnen in Böhmen und alle Staatsbahnen in Oesterreich auszudehnen.

Solidaritäts-Kundgebungen.

Toulon, 5. November. Eine Versammlung von 3000 Arsenalarbeitern beschloß, sich mit den Arbeitern von Crest und Orient solidarisch zu erklären und das Recht des freien Wortes in Versammlungen in Anspruch zu nehmen sowie die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter zu fordern. Sämtlich entließ sich die Versammlung dafür, alle Mittel anzuwenden und selbst einen Generalkrieg einzutreten zu lassen, um eine Erfüllung ihrer Wünsche zu erlangen.

Arbeitslosendemonstration in England.

London, 6. November. (B. L. B.) Eine ungeheure Volksmenge war heute am Tamesquai versammelt, um Jungs des Juges der Arbeitslosendeputation zu Walfour zu sein. Der Zug bestand aus mehreren Tausend Personen; viele trugen ihre Kinder; voran schritt ein Russifors, das die Marschlied spielte; auf den Barrern, die die Arbeitslosen mit sich führten, standen die Worte: Arbeit für die Männer, Brot für die Kinder. Bei Walfour wurde eine Adresse verlesen, in welcher die Einberufung des Parlaments zu einer besonderen Session dringend gefordert wird, um über die Arbeitslosenfrage zu verhandeln. Mehrere Frauen wiesen Walfour darauf hin, was hungriige, verzweifelte Leute zu tun imstande seien, wenn ihre Wünsche nicht befriedigt würden. Walfour entgegnete hierauf, die Regierung erkenne und belege die Leiden, die durch die Arbeitslosigkeit verursacht würden, betrachte aber den Vorschlag einer besonderen Session des Parlaments als inopportun. Er sei überzeugt, daß die in der letzten Session genehmigte Arbeitslosenfrage zu der Mildertung der Kollage beitragen werde. Die Antwort Walfours befriedigte die Deputierten nicht.

Wien, 5. November. (B. L. B.) Infolge der Vorgänge in der hiesigen Universität am letzten Sonnabend hat der „Hochschulkorrespondenz“ zufolge der Universitätsrat in einer heute abgehaltenen Sitzung die Schließung der Universität bis auf weiteres beschlossen.

Jarenmanifeste.

Petersburg, 6. November. (B. L. B.) Das kaiserliche Manifest für Finnland besagt: Kraft des Gesetzes über den finnlandischen Landtag vom 24. April 1869 beschließen wir, am 20. Dezember 1905 in Helsingfors einen außerordentlichen Landtag zu eröffnen, der folgende Frage bezalet soll: erstens Anträge über Ausgaben in den Jahren 1906 und 1907, zeitweilige Steuern und eine Anleihe zum Zweck des Baues einer Eisenbahn; zweitens den Entwurf eines neuen Grundgesetzes für die Volksvertretung Finnlands auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und unter Einführung der Verantwortlichkeit der lokalen Behörden gegenüber den Vertretern der Nation; drittens den Entwurf von Grundgesetzen über die Freiheit der Presse, der Versammlungen und Vereine. Wir erwarten von allen die genaue Ausführung unseres Willens.

Ein weiteres kaiserliches Manifest führt aus: Nachdem wir die Petition vom 13. Januar 1904 geprüft haben, haben wir beschloßen, daß Pläne für die Reform der Grundzüge ausgearbeitet werden, um den Vertretern der Nation vorgelegt zu werden.

Wir beschloßen, daß der Senat unverzüglich die Revision der anderen in der Petition aufgezählten Verordnungen in Angriff nehme. Wir ordnen ferner die sofortige Aufhebung der Präventivzensur. Der Senat hat Gesetzesentwürfe vorzubereiten betreffend die Freiheit der Presse, des Wortes und des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie begünstigt einer Nationalversammlung, gegründet auf dem allgemeinen Stimmrecht und auf der allgemeinen Verantwortlichkeit der örtlichen Behörden und zwar so bald als möglich, damit der auf den 20. Dezember einberufene Landtag diese Gesetzesentwürfe beraten kann.

Berlin, den 4. Nov., 6,55 nachm.

An die Redaktion des „Vorwärts“!

Die Unterzeichneten ersuchen Sie um Aufnahme folgender Zuschrift:

Im Auftrage der Genossen Büttner, Gradnauer, Kaliski, Schröder und Weyler.

Kurt Eisner.

Wir beabsichtigen nicht, uns mehr wie absolut notwendig unter die Fuchtel der jetzigen Redaktionsmoral des „Vorwärts“ zu stellen. Wir haben in unserer Antwort auf die Denkschrift, deren erster Teil nach langer Verzögerung endlich zum Abdruck gebracht ist, gesagt, was wir zu sagen hatten. Was wir sonst auf die „Antwort“ des Genossen Webel — er verlangt ja Namensnennung — auszuführen haben, wird am anderen Orte geschehen. Wir werden uns also der peinlichen Aufgabe, den „Vorwärts“ in Anspruch nehmen zu müssen, nur insoweit unterziehen, als wir knappe tatsächliche Berichtigungen und Feststellungen zugeben haben, und auch hier nur in größter Beschränkung.

Auf die „Antwort“ und ihre Begleitnotizen in Nr. 259 begnügen wir uns mit folgenden Korrekturen:

1. Wir wissen wohl die Schwierigkeiten zu würdigen, unter denen Parteivorstand und Preßkommission zu arbeiten haben. Wir haben daher auch nicht verlangt, daß die Antwort auf unseren Rechenschaftsbericht sofort gegeben würde, die sofortige Veröffentlichung unserer Auslassungen aber — wir sind doch die Angegriffenen und Unterdrückten — war das Gebot des primitivsten Anstandes.

2. Der „Vorwärts“ teilt einen Brief vom 1. November mit, er unterschlägt aber die Tatsache, daß diesem Brief zwei Postarten vorangegangen sind:

Einmal die Mitteilung der „edlen Sechse“, daß sie auf das selbstverständliche Recht, an derselben Stelle zu kommen, wo die Denkschrift erschienen, im Interesse der Würdigung der russischen Vorgänge in Rußland verzichten würden und in diesem Fall nur die Spitze der ersten Beilage beanspruchten. Sodann die Karte Heinrich Cunow's mit der Postkarte: „Darüber, an welcher Stelle sie (die Einwendung) publiziert werden soll, verfügen wir, nicht irgend ein Mitglied der früheren Redaktion.“

3. Die „Antwort“ verlangt von uns für die Behauptung des persönlichen Regiments Tatsachen und Namen; läßt wir dies nicht, so würde man diese Anschuldigungen und Verdächtigungen als Verleumdungen bezeichnen. Die eine große allgemein bekannte Tatsache sind gewisse Erscheinungen in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit den letzten Reichstagswahlen. Der Name ist: August Webel.

Daß Webel monatelang von der Parteileitung entfernt ist und dann plötzlich, nach seinen Gefühlen und Stimmungen, oft auf Grund ungenügender oder auch entstellender Informationen, Parteialtionen inszeniert, dürfte selbst Webel bekannt und bewußt sein. Auch in dem jetzigen unerhörten Skandal ist Webel die treibende und verwirrende Kraft, gegen dessen Aktionen sich die wichtigsten Mitglieder des Vorstandes und andere alte verdiente Parteigenossen vergeblich aufgelehnt haben.

4. Die „Antwort“ verdächtigt uns in sehr andeutender Weise, daß wir die Blamage Ströbel's in die Berliner Volkszeitung lanciert hätten. Wir wissen, daß mit solchen Andeutungen bis zur äußersten Distanz des Deutschen Reiches gegen uns Stimmung gemacht worden ist. Mit derselben Verdächtigung arbeitete unlängst Kantsch in einer Sitzung des Vereins „Arbeiterpresse“, wollte aber, als die Verdächtigten Aug' in Aug' direkte Beschuldigungen verlangten, nichts gesagt haben. Wenn man uns schon die Inzornie jutraut, daß wir irgend etwas getan haben, um den ökonomisch-historischen Zusammenbruch in der Jenaer Kommission zur Kenntnis der bürgerlichen Presse zu bringen, so sollte man uns doch nicht für so ausgemachte Blöden halten, daß wir Mittel anwenden würden, von denen wir ganz genau wissen, wie verberlich sie für uns selbst sein müssen. Im Gegenteil: der Artikel der „Berliner Volkszeitung“, sofern er sich nicht auf ganz harmlose Weise erklärt — in Jena wurde der spähhafte Vorfall an jedem Aneignisch laut erzählt —, könnte von einem gegen uns intrigierenden Parteigenossen in das bürgerliche Blatt gebracht worden sein, der uns ein Wein zu stellen suchte und die Wirkung der Ströbel'schen Blamage zu durchkreuzen beabsichtigte.

5. Wir haben nicht gesagt, daß die Denkschrift mit dem Streitfall nichts zu tun habe, sondern nur die „prinzipielle“ Einleitung. In dem ganzen Konflikt steht lediglich das Verfahren des Parteivorstandes vor Gericht.

6. Die „Antwort“ führt es auf eine „unzerzeihliche“ Schwäche zurück, daß der Vorstand nicht gleich die Hauptschuldigen hinausgeworfen habe. Wir müssen gegen diese Selbstbezüglichung den Strategen des Felzuges in Schuß nehmen. Die unzerzeihliche Schwäche war vielmehr in Wahrheit eine ganz gewöhnliche kapitalistische Stärke!

7. Webel deutet in seiner Antwort an, daß die politische Redaktion des „Vorwärts“ mit den Berlinern gegen den Parteivorstand zu konspirieren versucht habe. Diese Wahnvorstellung scheint endlich den Schlüssel zu der ganzen geheimnisvollen unerhörten Aktion zu geben. Wir haben keinen Anlaß, die Berliner gegen diese Anklage zu verteidigen. Aber sie beweist in erschreckender Deutlichkeit, wo alles zur Frage persönlicher Machtstellung erniedrigt wird und wo teilsches Vermögen der Partei zu dienen, verleumdet wird.

8. Der Abdruck der ganzen Erklärung vom 11. Januar 1905 zeigt noch klarer als unser Auszug, daß Vorstand und Preßkommission vor zehn Monaten genau das Gegenteil der jetzigen Kundgebung unterschrieben haben.

9. Vom 11. Januar bis zum 17. Juni ist gegen uns seitens der Aufsichtsinstanzen keine prinzipielle oder tatsächliche Beschwerde erhoben worden, außer kurz vor dem 17. Juni die Beschuldigung, daß wir nicht „gefallen“ genug den Berliner Gewerkschaftslogen verlobelt hätten; aber unteren schwersten Bedenken wegen gewisser Äußerungen und Beschlüsse des Kongresses, insonderheit hinsichtlich der Stellung zur Kaiserfeier, hatte die Mehrheit keine Zweifel gelassen, sondern sie in aller Schärfe im „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht; nur verlangten manche Leute noch mehr, vermutlich Leipziger und Friedenauer Satz. Wir interpretierten diese Beschwerden damals unter uns scherzhaft dahin, daß man Viehsatz von uns verlange; unter dem Eindruck dieser Empörung über unsere Satzlosigkeit hielt dann Webel auch die große Anklage vom 17. Juni — so steht es um die ewigen Gegenstände und Beschwerden.

10. Daß wir den Zeitartikel des verbliebenen Redakteurs John über den Elektrizitätsstreik nicht unter unsere Kontrolle stellten, wird man begreifen, wenn man erfährt, daß dieser Redakteur bei der Preßkommission einige Zeit vorher Schuß gegen seine angebliche Unterdrückung durch die Mehrheit und Mitglieder des Parteivorstandes nachgesucht und erhalten hatte. Außerdem hat der Kollege nicht einmal daran gedacht, einen Kollegen der Mehrheit zu Rate zu ziehen!

11. Genosse Webel's „Antwort“ richtet die Frage an uns, wenn es Personen in der Parteileitung gibt, deren unheilvolles Wirken seit Jahren all die von den Sechsen in den schwarzesten Farben dargestellten Gefahren für die Partei hat, warum haben die tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten Sechsen nicht schon längst die Rücksichten fallen lassen und sind als Ankläger aufgetreten, um die Partei von diesen Schandbuben zu befreien!

Wir sind aber viel zu gute Anhänger des Geschichtsmaterialismus, um diese Umwertung unserer Feststellung eines persönlichen Regiments — „etwisch“ entrüstrt — in eine Schärferlei zuzulassen. Jeder Kenner der inneren Parteiverhältnisse weiß, daß Webel in einigen Nähe an der Reizung zum persönlichen Regiment leidet. Das ist

der Fehler seiner Tugend. Deshalb wird ihn jedoch niemand für einen Schandbuben halten. Unsere und die allgemeine Auffassung ist vielmehr, daß Webel — und nach seinen historischen Verdiensten nicht ohne Grund — die Partei so vollständig mit seiner Person identifiziert, daß er seine individuellen Anschauungen und Stimmungen nicht mehr genügend von der Sache der Partei zu trennen vermag. Uebrigens machen wir aus den unheilvollen Wirkungen dieses Systems auch weniger Webel einen Vorwurf als vielmehr denjenigen, die sich diesem Einfluß auch dort, wo er verberlich ist, gegen ihre innere Ueberzeugung, vielleicht aus mißverstandenen Parteinteressen fügen. Eine niederträchtige Verleumdung aber ist es, daß die „Antwort“ uns vorwirft, wir hätten den Kampf erst ausgenommen, seitdem wir aus der Redaktion des „Vorwärts“ ausgeschieden wären.

Früher hätten wir seige — wie reimt sich das mit dem berühmten Selbstbewußtsein? — geschwiegen! Das waagt der Mann zu unterschreiben, der genau weiß, daß die ausgeschiedenen politischen Redakteure des „Vorwärts“ seit den letzten Reichstagswahlen, bei jeder Gelegenheit, gegen seine Mißgriffe öffentlich und in seiner Gegenwart in internen Zirkeln aufs schärfste aufgetreten sind! Hat Webel denn vergessen, daß er vor Dresden sich sogar in die Öffentlichkeit der „Leipziger Volkszeitung“ schütten mußte, weil ihn einer der tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten Sechsen angeblich im „Vorwärts“ mundtot gemacht hatte!?

Noch kurz vor Jena gab es derlei heftige Auseinandersetzungen mit Webel. Wir beschwerten uns ja auch gerade darüber, daß man uns in Jena und seitdem bis zu dieser Stunde hinterlistig verberdelt hat, uns mit Webel auseinandersetzen. Und jetzt wirft uns Genosse Webel vor, daß wir früher nicht den Mut gehabt hätten, der Majestät zu trotzen — ganz wie ein Kapitalist, der einem entlassenen Hausdiener, der sich im „Vorwärts“ über Mißstände beschwert, statt einer Widerlegung, nachsagt, er handle um „Nachgefühl zu befriedigen“!

In der vorstehenden Zuschrift von Eisner und Genossen werden u. a. folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Auch in dem jetzigen unerhörten Skandal ist Webel die treibende und verwirrende Kraft, gegen dessen Aktionen sich die wichtigsten Mitglieder des Vorstandes und andere alte verdiente Parteigenossen vergeblich aufgelehnt haben.

2. Uebrigens machen wir aus den unheilvollen Wirkungen dieses Systems auch weniger Webel einen Vorwurf, als vielmehr denjenigen, die sich diesem Einfluß auch dort, wo er verberlich ist, gegen ihre innere Ueberzeugung, vielleicht aus mißverstandenen Parteinteressen fügen.

Die Unterzeichneten haben zu den beiden angezogenen Behauptungen folgendes zu bemerken:

Bei den Beschlüssen in der „Vorwärts“-Affäre haben sämtliche Mitglieder des Vorstandes außer dem Genossen Ebert, der seine Tätigkeit im Vorstande noch nicht ausgenommen hat, mitgewirkt. Daß jedes Mitglied nur nach eigener Ueberzeugung und aus sachlichen Gründen gestimmt hat, ist ebenso selbstverständlich, wie es selbstverständlich ist, daß sämtliche Mitglieder für alle gefassten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen des Parteivorstandes solidarisch die Verantwortung tragen.

Berlin, 6. November 1905.
J. Auer, W. Eberhard, A. Gerisch, G. Rollenhuth,
W. Pfannkuch, P. Singer, R. Wengels.

Meine Antwort.

Die Taktik der Sechse geht für jeden, der ihre Elaborate aufmerksam gelesen hat, sichtbar dahin, auf der einen Seite die Vertretung der Berliner Genossen (speziell die Preßkommission) vom Parteivorstande zu trennen und einen Gegensatz zwischen ihnen hervorzuheben; andererseits den Parteivorstand selbst zu spalten, indem man ihn in Gegensatz zu mir zu bringen sucht und mich als den Urheber allen Übels darstellt.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Preßkommission als ein unselbständiges Organ erscheinen, das dem offenen oder verberckten Druck des Parteivorstandes folgt, der selbst wieder mein Werkzeug ist.

Gegen die unwürdige Rolle, die durch diese perfide mit den Tatsachen im Widerspruch stehende Taktik, wie in unserer ersten Denkschrift nachgewiesen ist, diesen beiden Parteiorganen zugewiesen wird, werden diese sich zu wehren wissen.

Der böse Dämon also, der alles seinem diktatorischen Geleiste unterwirft und dem gegenüber sich alles duckt und nach dessen Pfeife tanzt, bin ich. Wäre ich der ehrgeizige auf die Befriedigung seiner persönlichen Eitelkeit bedachte Mensch, als welchen mich meine bürgerlichen Gegner schon lange darstellen, nunmehr aber auch in der eigenen Partei behauptet wird, — nicht mit dürren Worten, aber es ist deutlich zwischen den Zeilen der „Anklage“ zu lesen — so wäre dieses allerdings eine Rolle, die den größten Ehrgeiz und die maßloseste Eitelkeit befriedigen könnte.

Aber für eine solche Person wäre in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands kein Platz.

Doch die Ankläger unternehmen es selbst, ihre Anklage zu zertrümmern, wie denn jeder, der ihre Elaborate denkend liest, zu der Ueberzeugung kommen muß, daß sie voller Widersprüche sind.

Die Ankläger führen nämlich selbst an, daß ich vor dem Dresdener Parteitag, um die Veröffentlichung einer persönlichen Erklärung zu ermöglichen, in die Spalten der „Leipziger Volkszeitung“ schütten mußte, weil die Eisner und Genossen die Aufnahme jener meiner Erklärung im „Vorwärts“ verweigerten. Das war also die Macht, die ich ihnen gegenüber besah.

Eine kläglichere Ohrfeige konnten sich die Eisner und Genossen wirklich nicht verdienen.

Ich möchte hier zunächst über meine persönliche Stellung zum „Vorwärts“ folgendes bemerken: Es sind Jahr für Jahr nicht nur Wochen, sondern oft Monate vergangen, ehe ich mich einmal auf der Redaktion blicken ließ, nicht aus feindseliger Gesinnung gegen die Sechse, sondern in Rücksicht auf ihre Arbeitszeit und weil meine eigene Zeit sehr knapp ist. Ihre Arbeit begann um 4 Uhr oder gegen 4 Uhr nachmittags und währte 6 bis 7 Stunden; erschien ich in dieser Zeit, wo man allein die Redakteure sicher traf, so führte ich. War es dennoch notwendig für mich, Eisner oder andere oder mehrere zu sprechen, so beschränkte ich mich auf das Unvermeidliche in der Zeit. Die Sechse werden mir wider Willen bestreiten müssen, daß ich ihnen niemals lästig fiel, gar manchmal aber die Unterhaltung abbrach in Rücksicht auf ihre Arbeitszeit.

Ich habe ferner in der ganzen Zeit, die ich als Vorstandsmittglied Aufsichtsorgan des „Vorwärts“ war, nie den geringsten Versuch gemacht, die Aufnahme eines Artikels oder einer Notiz zu erzwingen oder deren Aufnahme zu verhindern oder die Haltung des „Vorwärts“ in einer Frage zu beeinflussen, es sei denn in durchaus legaler Weise in den zu diesem Zweck einberufenen gemeinsamen Sitzungen. Aber auch in diesen habe ich nur in den mir zustehenden Grenzen von dem Recht, meine Meinung zu äußern und auf die Meinung der Anwesenden Einfluß zu üben, Gebrauch gemacht. So war bisher die Rolle meines Selbstherrschers im „Vorwärts“.

Es ist also eine grobe, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit, wenn die Sechse jetzt behaupten, es sei in Sitzungen der Redaktion mit dem Parteivorstand und anderen Parteiorganen darüber zu besonders erregten Verhandlungen gekommen, daß ich in denselben meinen Einfluß in der von ihnen charakterisierten Weise zum maßgebenden zu machen versuchte.

Es lag also bei dieser Auseinandersetzung nicht der geringste Grund für mich vor, mit der damaligen Redaktionsmehrheit in der von ihr charakterisierten Weise in Streit zu geraten. Ich bleibe also dabei, ihre Darstellung der Vorgänge beruht auf Fälschung. Habe ich, wie ich glaube mit dem besten Gewissen behaupten zu dürfen, allezeit die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit der Redaktion gewissenhaft respektiert und nur dort von der Selbstbestimmung meiner von ihr abweichenden Anschauungen Gebrauch gemacht, wo ich sozusagen „amtlich“ das Recht und die Pflicht dazu hatte, so habe ich das zweifellos mit dem Temperament und der Entschiedenheit getan, die Eigenschaften meines Wesens sind, und von denen ich wünsche, daß sie mir ungehemmt zu Gebote stehen, solange ich in der Partei wirke.

Ich habe bisher angenommen, daß jeder, der in Verhandlungen das Wort ergreift, dieses tut, um seiner Meinung Geltung zu verschaffen, und weil er die Verwirklichung seiner Meinung als im Parteinteresse gelegen ansieht. Daß nicht jeder das mit demselben Temperament und vielleicht auch nicht mit dem Geschick zu tun vermag wie ich, das werden mir doch die Sechse nicht auch noch als Verbrechen anrechnen wollen. Die „Anklagen“ der Sechse betreffen aber den Charakter meiner Kampfweise als eine aufdrängerische, meine Person allzu sehr in den Vordergrund schiebende darzustellen. Zwischen den Zeilen der Ergüsse der Sechse ist auch zu entnehmen, als spiele dabei persönliche Eitelkeit und das Streben nach Verherrlichung meiner Person eine Rolle und wolle ich damit den Kultus mit meiner Person fördern.

Darauf habe ich zu antworten: Es ist wahr, in unserer Partei wird innerhalb gewisser Kreise Personenkultus getrieben. Wenn z. B. die Sechse in ihrer obigen Darstellung geschmacklos und doch demagogisch mit Bezug auf mich von Sr. Majestät sprechen und in Bayern in und außerhalb unserer Parteikreise v. Söllmar als König von Bayern gesprochen wird, um seinen Einfluß in Bayern wenn auch in scherzhafter Form zu markieren, so sind das Beispiele für diese Manie. Es ist auch wahr, daß Personenkultus im „Vorwärts“ getrieben wurde und daß namentlich Eisner in diesen Personenkultus z. B. mit mir getrieben hat, bis ich dagegen auftrat.

Der Sachverhalt ist folgender. Die Leser des „Vorwärts“ werden sich erinnern, daß in verflochtenen Jahren aus Anlaß von Reden, die ich bei wichtigen Veranlassungen in Reichstagen gehalten, ich über alle Maßen gelobt wurde. Das geschah besonders anlässlich meiner sogenannten „Kaiserrede“ am 22. Januar 1903. Am folgenden Tage erschien an der Spitze des „Vorwärts“ ein Artikel mit dem sensationellen Ueberschrift: „Eine Rede an die deutsche Nation“. In diesem Artikel, dessen Verfasser wie bei den früheren Eisner war, hieß es in bezug auf meine Rede:

„Das Haus folgte mit großer Aufmerksamkeit den Darlegungen; aber in der Luft lag die Spannung, die des Entscheidenden harrete. Allerlei Gerüchte schwirrten über die Absichten des Präsidenten, man erwartete einen jähen Zusammenstoß. Graf Vassekrem hatte einmal das Präsidium an der Vizepräsidenten Wasing abgetreten, lehnte aber sofort — wider seine Gemüthsart — zurück, um weiter Sache zu halten. Er mußte sich geraume Zeit gedulden. Erst im letzten Viertel der Rede leitete Webel die Erörterung auf die Angelegenheit, auf die das ganze Haus mit fast fieberhafter Spannung wartete.“

Webel sprach über Wilhelm II. und seine rednerischen Angriffe auf die Sozialdemokratie. Im Saale wurde es totenstill. Auf den Tribünen wie auf den Bänken des Bundesrates lauschte man atemlos. Bis zur äußersten Rechten hinüber gab es niemand, der unachtsam oder widerwillig war. Man war wie in der Erstarrung einer immer näher wachsenden Katastrophe. In dem gespannten Schweigen kammten heiß und hell in steigender Gewalt die wie aus dem tiefsten Innern der Zeit emporendsten Worte unseres Redners.

Ein wunderbares Schauspiel. Fast schien es, als ob der Redner nicht nur als Wortführer der Sozialdemokratie seine läuternde gewitternde Anklage erhob, sondern als ob er die geheimsten Gedanken des Bundesrates der deutschen Parteien, ja selbst der Dunkelkammer der Rechten aussprach, die wie erdrückt waren von der unentrinnbaren Gewalt der schlichten, starken, lauternden Wahrheit. Der Genius des lange geknechteten und verflämmlten Deutschland's hatte sich seine Fesseln gesprengt und kündete jubelnd, daß das deutsche Volk doch nicht ganz in seige Sklaverei und würdelose Lüge gesunken sei. Im Wortführer des deutschen Proletariats ward die Kultur der Nation endlich lebendig.

Wenn Worte Wunder wirken könnten, so würde mit dieser Rede Webel's die Entwicklung der inneren Verhältnisse sich freier, reiner und glücklicher gestalten. Das schlimmste, widrigste Elend unserer in ihrer Unwahrhaftigkeit und geistigen Armeligkeit ersinkenden Zustände würde wenigstens beseitigt sein, der unermessliche Kampf der Klassen würde edler und würdiger ausgefochten werden können, der Geist des offiziellen Deutschland's würde nicht Jahrhunderte hinter der lebenden Gegenwart und der drängenden Zukunft stehen und leuchten. Indessen so überschwingliche Hoffnungen darf niemand hegen; doch wie immer auch die Wirkungen sein mögen, diese Stunde ist nicht mehr verlierbar und ganz ohne Frucht kann sie nicht bleiben.

Webel's Rede wird vor dem deutschen Namen wieder Achtung werden. Man wird erkennen, daß nicht alles verrückt und verkommen sei, erstickt in militärischem Dreck und streberischer Feigheit. Diese Worte waren in Wirklichkeit eine nationale Tat, und die deutsche Sozialdemokratie wird mit Stolz diesen Versuch der Reinigung als nicht das geringste ihrer Verdienste in Anspruch nehmen. Als Partei des Vaterlandes haben die Vaterlandslosen, die Glenden gesprochen — des Vaterlandes, in dem der Geist der Menschheit ringt.

Webel hatte verzichtet, auf die besondere Krupp-Affäre einzugehen. Aber er ließ es sich nicht nehmen, die Reden von Dresden und Essen zu erörtern. Und der Präsident magte es nicht mehr, unseren Kämpfer in den Arm zu fassen. Ohne Unterbrechung konnte Webel seine gewaltige Anklage, die ein weithin hallender Wehruf war, vollenden. Und indem er all die trüben Legenden, die über die Sozialdemokratie gesprochen werden, klug und sicher zerstückte, veränderte er in stolzen Protest das Recht und den Sieg der Wahrheit. Als er zum Schluß mit zornig bebenden Worten den nichtswürdigen Whyanthinismus der herrschenden Klassen geißelte, da barg das gebante Schweigen der Feinde vielleicht eine noch größere Zudrängung als der stürmisch aufbrausende Weisheitsjubil der Freunde. Unter den ehrlichen onständigen Gegnern hat es jedenfalls in jenem Augenblick niemand gegeben, der innerlich sich nicht beugte vor der Macht dieser Aufklärung der Gewissen.

Nach Webel's Rede glaubte man in freierer Luft zu atmen. Sie weitete die Lungen und die Herzen. Es wird an den herrschenden Klassen und ihren regierenden Vertretern liegen, ob sie, die Günst der Stunde näher, zu lernen noch fähig sind! — Wir waren schon lange jene Lobeshymnen unter Eisner's Redaktion persönlich unangenehm. Nach jenem Artikel in Nr. 19 vom Jahre 1903 schrieb ich an ihn: „Ich erachte das mir gesendete Lob für eine Uebertreibung, diese Schreibweise über mich verleihe mich peinlich, ich sei auch der Ansicht, daß darüber Mißstimmung

In der Partei entfalte. Ich hätte ihn, künftig eine ähnliche Schreibweise zu unterlassen.

Von da ab änderte sich diese in bezug auf mich. Ich mußte allerdings später noch lesen, daß, als ich in der Wahlagitation im Mai und Juni 1903 zahlreiche Wahlversammlungen in Rheinland und Westfalen abhielt, eine größer als die andere, wieder im „Vorwärts“ meiner in überschwenglicher Weise gedacht wurde. Wer die Verfasser jener Notizen waren, weiß ich nicht.

Als ich dann am 23. September dieses Jahres in Jena über das Thema „politische Massenstreik“ die Schlufrede gehalten hatte, trat kurz danach Eisner an mich heran und sagte: „Genosse Bebel, Sie haben eine ausgezeichnete Rede gehalten, hätten Sie mir nicht verboten, Sie zu loben, morgen würde ich es im „Vorwärts“ tun.“

Das genügt, um zu zeigen, wo der Personenkultus getrieben wurde.

Es kam die Versammlung am 17. Juni dieses Jahres, auf die schon verschiedene Male Bezug genommen wurde. Heute muß ich es sagen, daß ich es war, der jene Programmrede für den „Vorwärts“ hielt, auf die ich in meiner Jenaer Rede ohne Namensnennung anspielte. Eugen Ernst beantragte, diese Rede als Programm zu betrachten und sich mit derselben einverstanden zu erklären. Es war aber nicht die Redaktion, die gegen eine solche Hervorhebung meiner Person Einspruch erhob, sondern ich selbst war es, der bat, es abzulehnen, daß seine Person quasi als Fahnenhalter in den Vordergrund geschoben werde“ (Jenaer Protokoll Seite 189), man möge eine Resolution annehmen.

Und nun war es Gradnauer, der als Redakteur des „Vorwärts“ erklärte, er und seine Kollegen seien damit einverstanden, daß entsprechend dem Antrage Ernst abgelehnt werde.

Ich trage auch keine Schuld, daß in dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 1. Juli dieses Jahres — also 14 Tage nach der Versammlung vom 17. Juni — heißt: „Eine Rundgebung des Weltfriedens“, von „unserm Bebel“ gesprochen wurde. Der Verfasser jenes Artikels war wieder Eisner.

Sollte ich allmählich ein übermäßig entwickeltes Selbstbewußtsein und eine zu hohe Meinung von meiner Person erlangt haben, wie die ehemalige Redaktionsmehrheit behauptet, so darf sie rufen: *Mea culpa, mea maxima culpa!* Es ist meine Schuld, meine große Schuld! Die nummehrige Taktik der Sechser gegen mich ist mir völlig klar. Nachdem sie mich durch Schmeicheleien nicht für sich erobern konnten, sondern in mir für ihr taktisches Verhalten im „Vorwärts“, wie für ihr Bestreben die Berliner Parteigenossen bei jeder ihnen passend erscheinenden Gelegenheit zu dem Parteivorstand im Gegensatz zu bringen, einen entschiedenen und rücksichtslosen Gegner fanden, „wanbelte sich ihre Liebe in Haß“. Nun mußten andere Seiten gegen mich aufgeboten werden und hierfür schien ihnen der Haß im „Vorwärts“ die gewünschte Gelegenheit zu bieten.

Ich begreife das. War doch durch eigene Schuld und Ungeschicklichkeit ihrem Einfluß und demjenigen, die mit ihren Tendenzen einverstanden sind, das einflussreichste Parteiorgan genommen, wodurch sie hofften, allmählich sich die Herrschaft in der Partei zu erringen. Schon lange bestand in diesem Lager gegen mich ein natürlicher Widerwille. Man witterte meinen Einfluß und mein Eingreifen auch dort, wo ich selbst nicht wußte, was geschehen war. Selbst in der jeden Sommer mehrere Monate währenden Abwesenheit bei meinen Angehörigen in der Schweiz entdeckte man eine Zeusele. Ich benutzte den dortigen Aufenthalt ja nur, um neue Vernichtungspläne gegen gewisse Leute auszuarbeiten, und stürzte plötzlich und unversehens wie Felsen aus dem Busch über meine unglücklichen Gegner her, um sie auf dem Altar meiner Herrschaft zu opfern. Wer über die Stimmung und Meinung meiner Gegner weitere Studien machen will, empfehle ich den fleißigen Besuch des Cafés im Westen in Charlottenburg. Dort versammelt sich der dem Parteivorstand und mir besonders feindlich gesinnte Klotz, um in der Nachbarschaft der gespielten Ohren von Gegnern und bürgerlichen Journalisten sein Herz auszuschütten.

Ich weiß auch nicht erst seit gestern, daß ich gewissen Personen in jenem Lager, das in der Partei das revisionistische heißt, ein Dorn im Auge bin, und mehr als einer der in jenem Lager weilt, hegt den frommen Wunsch, es möge mir und noch diesem und jenem recht bald das Schicksal Lieblincks beschieden sein. „Sind erst die paar Alten gestorben, dann werfen wir die Masselbände zur Partei hinaus.“

Man kann sich eben bei dem einen und dem andern in jenen Kreisen die Partei nicht anders vorstellen, als ein Schaferde — eine Anschauung, die auch der Auffassung der Sechser von meinem persönlichen Einfluß zugrunde liegt. Das ist die gleiche Ansicht, die bürgerliche Ideologen haben. Diese können sich auch die Partei nicht anders als eine Schaferde vorstellen, die gedankenlos gewissen Leitbälgen folgt. Verschwinden diese, so brauchen sich die neuen Leitbälgen nur an die Spitze zu drängen und die Partei folgt willig und kritiklos ihnen. Dann folgen Organe, wie der Parteivorstand und die Pressekommision wie Schafe dem Willen eines einzelnen, obgleich der Vorstand das von den Vertretern der Partei auf den Parteitag gewählte Organ und die Pressekommision das der Berliner Parteigenossen ist, wie leicht muß es dann sein, mit der großen Masse der Parteigenossen umzuspringen und sie zu führen.

Die Eisner und Genossen haben sich nun ganz enthüllt. Sie ahnten nicht, daß, indem sie Parteivorstand und Pressekommision als Marionetten in meiner Hand darzustellen suchten, sie neben der nichts-würdigen Verleumdung dieser Organe auch die schwerste Verleumdung gegen die Vertreter der Partei auf dem Parteitag und in letzter Instanz gegen die Berliner und die gesamte Partei aussprachen, die solche Dampfmänner zu ihren Vertrauenspersonen wählte.

Mich, den man verbrennen will, macht man zu einer Art Halb-gott auf Kosten derjenigen, für deren Interessen einzutreten die Sechser vorführen. Ich zweifle nicht, daß die Partei zu gegebener Zeit den Sechser die passende Antwort gibt.

Schöneberg-Berlin, den 6. November 1905.

A. Bebel.

Wahlrechts-Sonntag in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 5. November geschrieben: Immer gewaltiger schwillt die Bewegung für die Wahlreform an, und immer deutlicher wird es, daß Oesterreich nun endlich der Notwendigkeit der Zeit den Zoll zahlen muß. Die über alle Maßen mächtige Demonstration, welche die Wiener Arbeiter heute vor dem Parlament veranstaltet haben — wohl die größte Volksversammlung, die jemals in Europa getagt hat — die Kundgebungen, die heute in allen größeren Städten der Monarchie erschollen: sie zeigen, daß hier eine unüberwindliche Kraft vordringt, der keine Macht im Staate mehr Einhalt gebieten kann. Und zu welchem Punkte sich der große Endkampf um das gleiche Recht entwickelt hat, zeigen die unsäglich traurigen Vorgänge in Prag, wo heute zwischen dem Volke und der Polizei eine förmliche Schlacht getobt hat, die neben vielen Verwundeten auch zwei Tote opfer gekostet hat. Einen zweiten Sonntag dieser Art hält die österreichische „Ruhe“ nicht aus; Herr v. Gautsch wird sich, in seinem und des von ihm verwalteten Staates Interesse, beeilen müssen, den Volksmassen über seine Absichten reinen Wein einzuschütten.

Die eine Seite der Aufgabe, die das Proletariat in diesem geschichtlichen Kampfe zu leisten hat: den Herrschenden die Ueberzeugung von der Unerläßlichkeit der Wahlreform einzupflanzen, die wäre also vollendet. Man kann nicht bestreiten, daß sie rasch gelöst wurde; während bis vor zwei Monaten jedermann im Staate die Forderung der Arbeiter bagatelisieren zu können glaubte, bestreitet heute die Notwendigkeit niemand;

im Feuerschein der Revolution wirken Lehren ganz anders als in den Zeiten, wo sich der Staat vor jeder Gefährdung bewahrt glaubt. Nun tritt an die Arbeiterschaft die zweite Aufgabe heran: Die Zeit für die Reform zu bestimmen. Unzweifelhaft hat die Regierung die Absicht, der Reform keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen, aber ebenso deutlich tritt ihre Absicht hervor, die Sache jetzt mit einem platonischen Versprechen zu erledigen, den Gescheiterten aber erst einem neugewählten Hause vorzulegen. Diesen feinen und natürlich von allen Ruchgebern des Privilegs wärmstens empfohlenen Plan zu durchkreuzen, ist nun der Punkt, wo die eigentliche Leistung des Proletariats einsetzen muß. Daß man in Oesterreich platonische Zustimmung leicht erhält ist bekannt; aber sie zum Werke zu gestalten ist erst und war immer die schwere Sache. Mit Argumenten der Vernunft wird sie nicht bewilligt werden; der Massenstreik rückt also, trotz der beschwichtigenden Zusagen der Regierung, in immer deutlichere Nähe. Ausgesprochen wird der Kampf unter allen Umständen werden.

Wahlrechts-Demonstrationen.

Wien, 5. November 1905.

Auf die blutige Donnerstagnacht ist nicht minder ergreifend und gewaltig und ebenso deutlich in seiner stilleren Sprache der feierliche Frieden dieses Sonntags gefolgt. Ein unergleichlicher, unergleichlicher Sonntagvormittag war es, der — getaucht in Wärme und Glanz und Sonnenfreudigkeit, wie sie der Spätherbst selten gibt — dem Volke von Wien gehörte.

Dies Volk will seine Lebenslust erlärmpfen — so hat Dr. Adler das gleiche Wahlrecht genannt — und da duldet es, wenn die Führer rufen, keinen Aufrechten länger in den dampfen Stuben der Massenquartiere. Um 9 Uhr morgens brechen die Scharen aus den entferntesten Arbeitervierteln aus. Aus Favoriten, aus Dittling, aus Brigittenau, aus Floridsdorf marschieren die Jüge hinaus in die innere Stadt. Und die Bataillone wachsen mit jedem Schritt, den sie tun. Aus jeder Haustür strömt es heraus und reißt sich ein. Bald beherrschen die immer dichter werdenden Reihen das Straßenbild. Die Trottoire reichen nicht mehr aus, die Masse flutet aus den Fahrbahnen hinaus. Dem Zug zur Ringstraße sind bestimmte Pforten angewiesen, und durch diese Straßen ergießen sich zwischen 10 und 1/11 Uhr die Menschenströme auf den Teil der Ringstraße, der für die Zusammenkunft bestimmt ist.

Nüchtern Besonnenheit und bewundernswürdige Disziplin beherrscht diesen Aufmarsch. Da ist kein Drängen und Stößen, nicht die Rohheit des Pöbels in Seidenhüten, der seine Schaulust befriedigen will. Mit kaum erhobener Stimme geben die Vertrauensleute ihre Anweisungen. Liebendwürdige Heiterkeit, die den besten Teil des Wiener Temperaments ausmacht, liegt in der Luft. Die Polizei wird gar nicht beachtet. O, sie ist heute von einer Höflichkeit und Zuvorkommenheit, diese Wiener Polizei, daß man ihr gar nicht die Sabelkaten der Wutnacht zutrauen möchte. „Bitte köstlich, hier herum, meine Herrschaften“, das ist die durch die letzte Dienst-anweisung vorgeschriebene Sprache der Wiener Schutzmansschaft — für diesen Tag. Freilich, soweit ist sie noch nicht wie ihre Petersburger Kollegen. Sie salutiert noch nicht vor den roten Bannern, die vielen anrückenden Arbeiterzügen vorangetragen werden, aber sie macht auch keinen Versuch, die Entfaltung der internationalen Fahnen mit ihren Aufschriften in Deutsch und Tschechisch: Heraus mit dem gleichen Wahlrecht! zu verhindern.

Mit eifriger Sorge hütet die Polizei nur die Hofburg und die Grenzen des von der Parteileitung abgestimmten Riesenvorstellungsfeldes in der Ringstraße. Hier sind dreifache Gärten von Säulenreihen quer über die Straße gezogen. Dahinter stehen die Pferde der berittenen Schutzmansschaft und scharen mit den Hufen in dem starrten Reie der Reitallee. Aber sie werden nichts zu tun bekommen, sie und die Reiter, die — die Hand am Jügel — neben den Pferden stehen. Die Hofburg steht voller Polizisten, der Weg durch sie ist gesperrt. Und „für alle Fälle“ hält man in der Alfergrundtaste eine Regiment Vosniaken bereit. —

Inzwischen ist es halb elf geworden, und der Aufmarsch ist beendet. Jeder andere Verkehr hat aufgehört, kein Straßenbahnwagen durchschneidet mehr die wogenden Massen, für die das Parlamentsgebäude den natürlichen Mittelpunkt bildet. Von seinem hochliegenden Tore aus, zu dem die in Marmor gefasste Zufahrtsstraße in sanfter Windung von beiden Seiten emporsührt, läßt sich das kolossale Heerlager der Wiener Sozialdemokratie am besten übersehen. In einer Tiefe von mehr als 60 Metern breitet es sich rechts und links vom Museum bis zur Volkikirche fast einen Kilometer lang aus. Man blickt herab auf dieses Menschenmeer und wagt nicht zu schätzen, wie viele es sein mögen. Sind es achtzigtausend, sind es hunderttausend oder sind es noch viel mehr? Es ist ein unermesslicher Wald schwarzer Hüte, hier und da unterbrochen durch einen bunten Flecken; von den äußersten Rändern dieses Waldes schimmern wie kleine silberne Flecken die im Sonnenlicht glänzenden Helme der Säulenreihen herüber. Ueber diesem Walde aber leuchtet an hundert Stellen das glühende Rot der Fahnen, die von kräftigen Arbeiterhänden gehalten werden. Und schon wird, wie es der Kunstmann Wiens gebietet, für den würdigen Schmuck des Platzes gefolgt. Der schon winterlich mit Brettern eingedeckte Monumentalbrunnen vor dem Parlamentsgebäude, der die Riesenskulptur der Pallas Athene trägt, enthält als Umrandung ein breites Band mit der Aufschrift: Hoch das gleiche Wahlrecht! Die mächtigen Kandelaber mit ihren weißen Milchgloden vor den Rampen sind im Nu mit roten Fahnen bestückt.

Nun leiten wir fühne Wärschen die hohen Postamente hinaus, auf denen die Riesensäulen der Roffebändiger stehen. Es sind dieselben Gruppen, die sich in Berlin vor dem alten Schlosse erheben und die der achtundvierziger Volkswitz den „gehämmten Fortschritt“ und den „geforderten Rückschritt“ getauft hat. Hier aber erhalten beide Roffebändiger das Sinnbild unanfechtbarer Vordringens, die rote Fahne, in die Hand gedrückt. Nun braust der Jubel auf, die Mägen werden geschwenkt und Hochrufe auf die internationale Sozialdemokratie ertönen. Aber noch stürmischer soll der Jubel werden. Da stehen zwei riesige eiserne Flaggentruhen, die an den Tagen der Parlamentsstimmung die schwarze Fahne tragen. Heute sind sie leer und scheinbar überflüssig. Aber schon ist der Eisenkraft durchschnitten, an dem die Flaggen emporgleiten, eine rote Fahne wird an dem Ende des Drahtes angebumden, man zieht, zieht und es gelingt: Langsam und stolz gleitet das rote Banner empor und weht triumphierend von der höchsten Spitze. Am zweiten Mast glückt der gleiche Versuch. Hier sind es eine deutsche und eine tschechische Fahne, die brüderlich vereint emporschlattern. Das ist wie das Zeichen zu einem einzigen Jubelschrei, der sich links und rechts fortplant und bis an die Mauern des Burg-Theaters und der Hofburg schlägt. Das „Lied der Arbeit“ und „die rote Fahne“ wird angestimmt und braust in ungeheuren Massenchor empor. Dann wieder erklingen Hochrufe auf die russische Revolution, die Freiheit und das Wahlrecht. Mit einem Male wird es still. Was ist? Ein Redner spricht, es ist Säuhmeier, dem Sech und Neumann folgen. Die Häupter werden entblößt, während die Redner sprechen, und die begeisterten Gesichter der Tausende glänzen im Sonnenchein auf. Was der Redner sagt, kann nur eine kleine Minderheit hören, aber sie alle wissen ja, was er sagen muß, und wenn er geredet, dann bricht es orkanartig aus: Her mit dem gleichen Wahlrecht! Wieder mit allen Volksbeträgern! Wer wagt es, der Volksgewalt sich zu widersetzen?!

Völliglich um halb zwölf, wie es vorher bestimmt war, erfolgt der Aufmarsch. Er geschieht in der gleichen Ordnung wie der Jüngst. Kein Zusammenstoß erfolgt, das Volk verhält sich, seinen Köpfen auch nur ein erbitertes Wort zuzurufen. Durch die letzten Reihen der Abziehenden aber marschiert — es ist zwölf Uhr geworden — schwarze Federbüsche auf den Helmen, in weißen Mänteln mit roten Aufschlägen, goldene Partisanen in der Hand, die kaiserliche Burgwache, ein mittelalterliches Geipent in der hellen Mittagstunde. — Umgeben von den zurückgebliebenen, lustig flatternden roten Fahnen erhebt sich die weiße Riesengestalt der Athene, der wahr-

haften Göttin der Weisheit. Sinnender Klugheit voll, doch auch entschlossen zu kühner Tat prüft sie die Lanze, die sie in der Linken hält. Auf ihrer ausgebreiteten Rechten aber trägt sie schon die Götin des Sieges.

Straßenkämpfe in Prag.

Zwei Blutopfer.

Prag, 5. November. (Eig. Ber.) Einem brutalen und feigen Ueberfall, den die Polizei gestern auf die Arbeiter verübt hat, ist heute die Fortsetzung gefolgt. Blut floß in den Straßen Prags. Es wurde auf die Demonstranten nicht nur mit Säbeln eingehauen, es wurde aus Revolvern auf sie geschossen. Durch die Schläge der Polizeisäbel und die Schüsse der Polizeirevolver sind nicht nur ein halbes Hundert Menschen verletzt, es sind auch zwei Menschen getötet worden!

Der Vormittag fing ganz friedlich an. Nach 10 Uhr kamen die Genossen aus den einzelnen Bezirken mit roten Fahnen auf den größten Platz Prags, den Wenzelsplatz angetrückt. Sie begrüßten einander mit Hoch!-Rufen und sangen Arbeiterlieder. Auf der Rampe vor dem Nationalmuseum stehen drei hohe Mastbäume, von denen bald rote Fahnen herniederflatterten. Die Statue der Böhemia, die vor der Rampe steht, ward mit roten Fahnen und mit einer phrygischen Mütze geschmückt. Von verschiedenen Punkten aus hielten die Genossen Czernak, Dr. Soukup, Evecenz, Havlena, Jaresch u. a. Ansprachen. Ein nationaler Arbeiter erklärte im Namen seiner Partei, daß diese sich der Rundgebung der Sozialdemokratie anschließen und solidarisch mit ihr den Kampf für das gleiche Wahlrecht führen wolle. In der Menge befanden sich weit über 1000 Studenten, die meisten mit roten Keilen im Anopfloch. Die Zahl der Teilnehmer an der Demonstration wird auf 40 000 bis 50 000 geschätzt.

Der Aufmarsch vollzog sich in größter Ordnung. Polizei war nirgends zu sehen. Erst am Graben, als sich schon die Menge in mehrere kleine Trupps aufgelöst hatte, kam es zu einem Zusammenstoß. Auf welche Weise, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Als die Hofschauspieler Genossen am „Deutschen Hause“ vorbeizogen, soll aus dem zweiten Stock ein Schuß gefallen sein. Fast in demselben Augenblick stürzte sich die Polizei auf die Genossen. Es entstand ein heftiges Gedränge und eine Panik. Von allen Seiten drängten die Demonstranten auf den Graben. Es kam zu einer Schlägerei, bei der die Polizei auch Revolver schüsse abfeuerte.

Der Hauptzusammenstoß ereignete sich zwischen 12 und 1 Uhr, aber auch später gab es fortwährend Kämpfe auf dem Wenzelsplatz, wobei die Polizisten mehrere Male mit Revolvern schossen. Zahllos sind die Verwundungen. Wenn man die unbedeutenden Kontusionen nicht mitrechnet, werden bisher mehr als fünfzig Verwundete — darunter 20 Schwerverletzte — gezählt. Außerdem wurden, wie ich schon sagte, zwei Menschen getötet. Einem 16-jährigen Fleischhauersechling wurde durch einen Säbelhieb der Kopf gespalten, ein junger Mann, der entweder Student oder Handlungsgehilfe gewesen sein soll, wurde durch einen Revolverhieb getötet. An zehn Personen wurden dem Gerichte gefesselt eingeliefert. Unter den Verhafteten ist auch der Redakteur des „Pravo Lidu“, Genosse Erba.

Später rückte Kavallerie und Infanterie aus, die die Straßen säubern sollten. Auf dem Wenzelsplatz provozierte die Stadarmarie in ungläublicher Weise. Wer stehen blieb, wurde mit Gewehrkolben bearbeitet oder verhaftet. Die Folge dieser Provokationen waren stets neue Ansammlungen. Bei mehreren der Verhafteten sollen Waffen gefunden worden sein. Unter den Verwundeten sind zahlreiche Kinder sowie bürgerliche Frauen. Mehrere Dragoner und berittene Polizisten stürzten bei der Attacke von den Pferden herab. Hier herrscht große Erregung. Die Nachmittags-Vorstellung im tschechischen National-Theater wurde abgebrochen, als die Nachricht von den blutigen Ereignissen kam. Die Abendvorstellung wurde zum Zeichen der Trauer abgesagt!

Die Studenten hielten eine Versammlung ab, in der sie beschloßen, vom Minister des Innern die Amnestiegebung des Polizeidirektors Krizawa zu fordern. Sollte dem Verlangen nicht entsprochen werden, so wollen sie den Studentenstreik proklamieren. —

Kundgebungen in der Provinz.

Wien, 5. November. Gewaltige Demonstrationen fanden heute außer in Wien und Prag in Brünn, Graz, Lemberg sowie in allen Industriestädten Niederösterreichs statt. In Brünn zählte die Massendemonstration wenigstens 20 000 Menschen. Ueberall ward die leidenschaftliche Erbitterung sichtbar. Trotz vieler Zwischenfälle blieb aber, außer in Prag, die äußere Ruhe ungestört.

Daß unsere Berichterstattung nicht etwa unvorsichtig mit den Zahlenangaben operierten, geht daraus hervor, daß die korrespondenten bürgerlicher Blätter, („Berliner Tageblatt“, „Der Montag“ und andere mehr) die Zahl der Teilnehmer an der Wiener Demonstration auf 100 000, an der Prager auf 50 000 schätzen. Daß wir der Wiener Polizei kein Unrecht taten, als wir ihr brutales Verhalten in der Sonnabend-Nummer geblühend brandmarkten, wird durch einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ in der letzten Sonntag-Nummer bewiesen. Derselbe G. Berichterstattung gerißt das Verhalten der Wiener Polizei mit blutiger Ironie. Er erklärt, daß die Herren Konstabler „ohne jegliche weitere Provokation“ vom Leder zogen und „in einer Art von Verrat die Gelegenheit ausnützten, einmal unbarmherzig auf Wehrlose einzudreschen“. —

Aus der Partei.

Was die Genossen im Lande sagen!

Das Vorgehen verschiedener Parteiblätter gegen den Parteivorstand, das natürlich den jubelnden Beifall der bürgerlichen Presse findet, fordert immer mehr Proteste aus Genossentreisen heraus. So haben jetzt, wie die Genossen in Magdeburg, auch die Adner Genossen Stellung gegen ihr Parteiblatt genommen. Die „N. Bz.“ veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die Pressekommision der „Rheinischen Zeitung“, in Gemeinschaft mit den Parteisekretären für Köln und den Oberrhein und dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins für Köln Stadt und Land nehmen eine entschiedene Stellung gegen die Schreibweise der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ in Sachen des „Vorwärts“-Konflikts. Die Genossen sind einstimmig der Meinung, daß die Redaktion ein vorschnelles Urteil zugunsten der sechs Redakteure gefällt hat, ohne die Denkschrift des Parteivorstandes abzuwarten. Die Genossen legen Wert darauf, öffentlich zu erklären, daß diese Schreibweise als persönliche Meinung der Redaktion aufzufassen sei; eine solche hätte aber aus Zweckmäßigkeitsgründen erst gegeben werden dürfen, wenn beide Teile ganz gesprochen hätten.“

Eine Stimme aus Arbeiterkreisen.

Nachdem in der Angelegenheit der ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure unsere Presse ausführlich zu Worte gekommen ist, geben wir auch einem Arbeiter zu den Vorgängen das Wort. Einem Artikel, der der „Dreiner Bürgerzeit.“ aus Arbeiterkreisen zugegangen ist, entnehmen wir folgendes:

Unter dem lodernen Feuerschein der russischen Revolution stehen wir, jeder Kern in uns gespannt in Erwartung, ob das russische

Profektariat steigt und — die fünf „er“ und das eine „i“, sechs rabiate Redakteure, sollen in dieser Woche die deutsche Sozialdemokratie in Atem gehalten haben. Hoffentlich verewigt diese Situation nicht Th. Th. Heine im „Simplicissimus“.

Meldet sich denn niemand, der dieses Ende mit Schreden in der „Vorwärts“-Redaktion voranschaut? Mühte es nicht schließlich so kommen? Die sechs „Vorwärts“-Redakteure ernten jetzt die Früchte ihrer prinzipiellen Verwahrlosung, in die sie sich hineingeritten haben. Die Sache ist doch kurz die: Der „Vorwärts“ war und ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Als solches hatte er die Grundzüge der Partei zu vertreten, zu verbreiten, in allen seinen Äußerungen seine Leser darüber aufzuklären. Die Dresdener Resolution macht mit dem sogenannten Revisionismus reinen Tisch. Nach Dresden war es daher die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit aller Redakteure des Zentralorgans, die in Dresden erneuerten Grundzüge der Partei zu vertreten. Konnten sie das nicht von wegen ihrer anders lautenden Ueberzeugung, so mußten sie als ehrliche Kerle dem Parteivorstande erklären: „Lieber Parteivorstand, non possumus!“ Damit hätten sie sich die Achtung aller redlich Denkenden erworben. Statt dessen lavierten sie. Sie verzapften im „Vorwärts“ ihren Sozialismus, nicht den der Partei, wie die „Völkische Zeitung“ auch sagt: „... denn der „Vorwärts“ hat über Dresden eigentlich immer mit einem gewissen Mißbehagen geurteilt, für die Dresdener Resolution hatte er stets eine gewisse spöttisch-überlegene Miene bereit.“ Sie prüften also auf Dresden und revidierten weiter an den Parteigrundzügen so gut und so schlecht wie es eben fertig brachten.

Darüber haben zwischen „Vorwärts“-Redaktion, Parteivorstand und den Berliner Kolonialkongress endlose Verhandlungen stattgefunden, viele Beschlüsse wurden gefaßt — die sechs revidierten ruhig weiter. Sie äußerten frei ihre Meinung, versuchten auch krampfhaft nachzuweisen, daß ihre Meinung die der Partei sei, wenn es auch nicht wahr war. Schließlich waren es denn nach Jena die Berliner Parteigenossen, die den Parteivorstand antrieben, die Redaktion des „Vorwärts“ mit eisernem Besen auszusagen. Welchen Zweck hätte es dann noch gehabt, mit diesen Leuten noch weiter zu verhandeln? Die Aufhebung der Jenaer Beschlüsse dahingehend, daß durch dieselben der „Vorwärts“-Redaktion recht gegeben wurde, kennzeichnet doch die sechs, die die ganze Partei zum besten halten wollten. Mit solchen Leuten verhandelt, heißt doch: sich lächerlich machen.

Wenn sie nun der weitesten Öffentlichkeit ihre Trauerlieder greinen, dann kann man sie menschlich bedauern; parteigenössisch ist das unverständlich. Sie haben sich an die Kontrollkommission und dann nach Rammheim zu wenden. Bis dahin haben sie ruhig Glied an Glied mit uns zu kämpfen gegen den gemeinfeindlichen Feind. Selbst dann, wenn sie das Gefühl haben, es sei ihnen Unrecht geschehen, dürfen sie durch ihre mytose Verteidigung in der weiten Öffentlichkeit, den Gegnern zum Sandhalm, nicht die Partei schädigen. Um sie das, dann üben sie Parteiverrat. Haben sie das Bewußtsein, es sei ihnen Unrecht geschehen und stellen sie dennoch ihre persönlichen Interessen hinter diejenigen der Partei, dann wird solche Opferfähigkeit sie heben. Wir andere aber wollen dertweil nicht den Atem anhalten über das, was die sechs machen. Das eine Auge auf Rußland, das andere auf die deutsche Regierung, unsere Waffen im Anschlag. Den ganzen Mann der Reaktion entgegen. Das sei das Resultat dieser Woche. Rr.

„Heil dem Jaren“. Wie allerorts wurde auch im Solderholz für die russische Revolutionäre gesammelt. Jemand ein Spitzel hatte den Genossen Lopy zur Anzeige gebracht. Das Schöffengericht in Höhe hatte den Staatsverbrecher abzurufen. Eine Regierungspolizeiverordnung aus alter Zeit bot die gewünschte Handhabe. Das Urteil lautete auf 10 Mark Geldstrafe. Solche Staatsaktionen können den im Blute wadenden „Friedens“-Jaren nicht mehr retten.

Noch ein roter Stadtrat. Genosse Badermeister Geißler genießt in so hohem Grade das Vertrauen der Stadtverordneten in Penning, daß er an Stelle des auscheidenden Bürgerlichen Stadtrats Vadosen, der sich sehr um die Wiederwahl bemühte, zum Stadtrat erhoben wurde. Genosse Geißler wird sein Amt am 1. Januar 1906 antreten.

Genosse Keesfort tritt an Stelle des Genossen Dierreiter in die Redaktion der „Pfalz. Post“ ein.

Stadtverordnetenwahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Eilenburg erhielten die Genossen Schimanski 253, Burchardt 250 und Maute 203 Stimmen; gewählt wurde ein Bürgerlicher, welcher 332 Stimmen erhielt. Unsere drei Genossen kommen mit einem Bürgerlichen, der 197 Stimmen auf sich vereinigte, in die Stichwahl. Wir können also zwei Mandate erobern. — Bei der Gemeinderatswahl in Reustadt (Orla) siegte die Liste der Reichstreuen mit 355 bis 409 Stimmen, unsere Genossen erhielten 143 bis 240 Stimmen.

Wahlkompromiß. Unsere Stützpunkt-Genossen haben ein feiner beständiges Kompromiß mit der Volkspartei, das im vorigen Jahre infolge unserer schlechteren Erfahrungen in die Brüche ging, jetzt wieder erneuert, um eine entsprechende Zahl Stadtverordnetenmandate zu erlangen. Hoffentlich wiederholen sich die schlechten Erfahrungen nicht. Wir dürfen wohl erwarten, daß das Kompromiß der prinzipiellen Agitation keinen Abdruck tut.

Im Staate der Auch-Rechtsgarantien.

In den Tagen vor der Landtagswahl hatten die Genossen von Rheinfelden (Bezirksamt Säckingen) Flugblätter verteilt. Nachträglich behaupteten einige Bürgermeister, sie hätten keine Plüschreplare erhalten. (Zunächst haben sie solche richtig erhalten.) Daraufhin wurde der Leiter der Bewegung in Rheinfelden und noch ein Genosse von der Arbeit hinweg verhaftet und von den Gendarmen durch acht Ortschaften nach Säckingen transportiert. Das Gefuch, auf eigene Kosten nach Säckingen fahren zu dürfen, lehnte der Gendarm ab.

Zum Parteisekretär für die Provinz Schleswig-Holstein wurde der Genosse F. Variels, Mitglied der Hamburger Bürgerkassette, gewählt.

Die Kommunal-Wahlen.

20. Kommunal-Wahlbezirk. Am Sonntag fand für diesen Bezirk in der „Alhambra“ eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Paul Singer über „Unsere kommunalen Forderungen“ sprach. Redner erinnerte einleitend an die Zeit, wo es noch keine Sozialdemokraten im roten Hause gab. Damals herrschte träge Spießbürgerliche in dem müßigen Stadtparlament, und die Bevölkerung zeigte keinerlei Interesse an den prosaischen Beratungen. Erst als von der Berliner Arbeiterkassette einige sozialdemokratische Reden in den bürgerlichen Karpentenschicht gelehrt wurden, änderte sich das Bild. Die liberalen „Väter unserer guten Stadt“ wurden dann bald etwas unkonst aus ihrem Sitzungssaal ausgespart. Es kam Leben in die Rinde und die sonst leeren Zuhörertribünen füllten sich. Für diese „Aufklärung“ suchte sich das liberale Gros dann dadurch zu entschuldigen, daß es alle Anregungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten anfänglich mit Hohn und Spott übergoß. Je stärker aber die sozialdemokratische Fraktion wurde, desto größer wurde auch ihr Einfluß und die liberale Mehrheit mußte sich nach und nach wohl oder übel zu einigen Reformen bequemen. Dabei verfuhr sie allerdings stets nach echt liberaler Manier, die Forderungen der Sozialdemokraten zuerst niederzuschreiben und niederzuschreiben, um sie hernach doch ganz oder teilweise zu erfüllen und dadurch den Anschein zu erwecken, als sei die Einführung kommunaler Verbesserungen allein ihr eigenes

Werk. Genau nach diesem Rezept arbeiten die Herren auch bei den Kommunalwahlen in ihren Flugblättern. Sie zählen gewissenhaft alles auf, was die Stadtverwaltung in der letzten Zeit auf kommunalpolitischen Gebieten geleistet habe, verschweigen dabei aber absichtlich, daß dies erst alles auf das unausgesprochene Drängen der Sozialdemokraten hin geschehen ist. Hätte, so bemerkt der Referent, die sozialdemokratische Fraktion den liberalen Bloß nicht stets und ständig angegriffen und angetrieben, so würden heute in der Gemeinde noch fast dieselben Zustände herrschen, wie vor 30 Jahren. Deshalb sei es auch weiter nichts wie plumper Wahlschwindel, wenn sich die Liberalen heute mit den Brüsten, was sie angeblich alles im Interesse der Bevölkerung geschaffen haben. In vollendeter Hengeselei gehen sie mit den Einrichtungen, die ihnen von den Sozialdemokraten erst abgetrotzt werden mußten, kreiben, um jetzt Stimmenfang zu treiben. Wenn sie sich dabei gleichzeitig um die Stimmen der Konserverativen, Antisemiten und Ultramontanen bewerben, so könne das der Sozialdemokratie nur recht sein, denn der Arbeiterkassette komme dadurch am besten zum Bewußtsein, daß sie das ganze Bürgertum als eine reaktionäre Masse gegen sich habe, und jeder Wahlsieg ersehe sie daher auch um so viel wertvoller, weil er aus eigener Kraft gewonnen sei. Nachdem der Redner dann die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der sozialdemokratischen und liberalen Kommunalpolitik skizziert und das Verhalten der liberalen Mehrheit auf den einzelnen Gebieten kommunaler Tätigkeit gezeigelt hatte, ging er noch kurz auf einen Passus in einem liberalen Flugblatt ein, durch welchen der gegenwärtige Konflikt in der „Vorwärts“-Redaktion zum liberalen Stimmenfang ausgeschaltet wird. Redner bemerkte dazu, er denke natürlich gar nicht daran, einem oder dem anderen antwortenden Gegner zu Gefallen die ganze Konfliktgeschichte zu entrollen. Das sei vielmehr eine Angelegenheit, die lediglich uns Sozialdemokraten selbst angehe und die von den Parteigenossen auch selbst untereinander ausgemacht würde. Die Herren Liberalen möchten nur gefälligst vor ihrer eigenen Tür stehen, das sei ihnen viel dienlicher, als sich ihre Spießbürgerköpfe um sozialdemokratische Parteibedinge zu zerbrechen. Uebrigens würde die ganze Angelegenheit von uns ja auch im vollsten Lichte der Öffentlichkeit behandelt. Redner spricht dann aber die Ueberzeugung aus, daß kein Parteigenosse, er möge über diese Sache ein Urteil haben wie er wolle, seine Parteipflicht derartig verraten dürfe, um etwa aus Mitleid mit der Wahl fernzubleiben oder einen Gegner zu wählen. Jeder Genosse müsse zeigen, daß die liberale Spekulation, unlautere Vorteile aus Parteifissionen zu ziehen, eine gründlich verfehlte sei. (Lebhafte Beifall.)

Der Kandidat des Kreises, Genosse Waldeck Manasse, ergänzte in einer kurzen Ansprache noch die Ausführungen des Sängers in einigen Punkten und erwähnte die Anwesenden ebenfalls, nicht der Person wegen, sondern um der großen sozialdemokratischen Parteiliche willst am Wahltage ihre Schuldigkeit zu tun. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. In der Aufsichtsrats-Sitzung am Sonntag wurde seitens des Vorstandes über das Ergebnis des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1904 bis zum 30. Juni 1905 Bericht erstattet. Nach Abzug von Handlungskosten, Steuern, Obligationen und Abschreibungen im Betrage von 1.202.140 Mark stehen 10.954.676,65 Mark (im Vorjahre 8.566.622,93 Mark) zur Verfügung. Der auf den 11. Dezember er. einzuberufende ordentliche Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (im Vorjahre 9 Prozent) vorgeschlagen werden. Außer den nach bisheriger Gepflogenheiten bemessenen Abschreibungen wird Rückstellung einer Million Mark für den Bau des Geschäftshauses beantragt. Die Umsätze in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres zuzüglich der vorliegenden Aufträge belaufen sich auf 142 Millionen gegen 120 Millionen im Vorjahre. Zur Vermehrung der Betriebsmittel wird der Generalversammlung ein Antrag des Vorstandes zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Demzufolge das Gesellschaftskapital um nom. 14 Mill. Mark, also auf 100 Millionen erhöht werden soll.

Reugründungen im Oktober 1905. Im abgelaufenen Monat Oktober hat die Gründertätigkeit in Deutschland wieder eine Höhe erreicht, die diejenige des Vormonats September und gar erst des Oktober 1904 weit in den Schatten stellt. Wie der „Internat. Volkswirt“ zusammenstellt, wurden nach Ausweis des Zentral-Handelsregisters im Oktober 24 Aktiengesellschaften errichtet mit 4.033.000 Mark Nominalkapital gegen 10 Gesellschaften mit 16,19 Millionen Mark im Vormonat und gar nur 7 Gesellschaften mit 3,02 Millionen Mark Nominalkapital im Oktober 1904. Das Gesamtgründungsergebnis der abgelaufenen 10 Monate beläuft sich mithin auf 161 Reugründungen mit 308.186.000 Mark Nominalkapital gegen 125 bzw. 92, 98, 108, 261 und 364 Gesellschaften mit 161 bzw. 329, 115, 172, 840 und 544 Millionen Mark Aktienkapital in den vollen Jahren 1904 bis 1909.

A. Niederrheinische Montanwerke, Halle a. S. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates wurde vom Vorstande über die Geschäftslage und die Betriebsergebnisse des 1. Semesters des laufenden Geschäftsjahres Bericht erstattet. Danach herrschte in allen Zweigen ein lebhafter Geschäftsgang, der sich in den letzten Monaten bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit steigerte. So daß der Warenausgang trotz der niedrigeren Preise für die Mineralöle und Paraffinprodukte den Betrag des Vorjahres um 265.318 Mark überstieg und der Betriebserlös dem des Vorjahres ungefähr gleichkommt. Der Geschäftsgang des 2. Semesters zeigte bisher gleiche Lebhaftigkeit. Als Dividende konnten deshalb nicht weniger als 11 1/2 Prozent für 1904/5 festgelegt werden.

Kohlenversorgung Berlins. In den Monaten Januar bis September 1905 betrug die Zufuhr von Steinkohlen, Koks und Bricketts insgesamt 1.720.938 Tonnen. Dem Ueberschuß nach verteilt sich diese Menge wie folgt: englische 526.723 Tonnen, westfälische 141.733 Tonnen, sächsische 3964 Tonnen, oberschlesische 884.599 Tonnen, niederschlesische 163.919 Tonnen, zusammen 1.720.938 Tonnen. Die Zufuhr von Braunkohlen und Bricketts erreichte in derselben Zeit die Höhe von 866.430 Tonnen. Dessen Ursprung war: böhmische 17.109 Tonnen, preussische und sächsische Bricketts 842.440 Tonnen, preussische und sächsische Kohlen 681 Tonnen, zusammen 866.430 Tonnen.

Deutsches Gühröhren-Syndikat. Gegenüber anderweitigen, von uns nicht wiedergegebenen Meldungen über Verhandlungen zwecks Verlängerung des Gühröhren-Syndikats schreibt dem „Verl. Tageblatt“ die Zeitung des Syndikats: „Bisher sind die Verhandlungen wegen Verlängerung unseres Syndikats noch nicht aufgenommen worden, weil es nicht für erforderlich gehalten wurde. Schon jetzt, also noch etwa fünf Monate vor Ablauf des Vertrages, zu verhandeln. Wir glauben sagen zu dürfen, daß eine allgemeine grundsätzliche Geneigtheit zur Verlängerung vorhanden ist, und können unserer Ansicht dahin Ausdruck geben, daß sie auch erfolgen wird.“

Neue Vereinigung in der Legirindustrie. Die dem Verein Deutscher Wollkämmer und Kammarwäpner angehörigen Strickgarnspinnereien haben laut „Konf.“ einheitliche Verkaufs- und Lieferungsbedingungen für handelsfertig aufgemachte Strickgarne aufgestellt, die für alle vom 1. November ab getätigten Abschlüsse gelten. Die Konvention richtet sich angeblich besonders gegen die Mißstände im Zahlungsverkehr.

Zur Lage der chemischen Industrie Deutschlands im Jahre 1904. In der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, welche am 22. September in Heidelberg stattgefunden hat, erstattete der Generalsekretär des Vereins einen ausführlichen Bericht über die Lage der chemischen Industrie im Jahre 1904.

Die Zahl der in der chemischen Industrie Beschäftigten Vollarbeiter hat sich in 1904 von 169.950 auf 177.461 erhöht. Die Zahl der Betriebe in der Vereinigungsgesellschaft der chemischen Industrie stieg von 7747 auf 8004 und die Summe der Löhne aller versicherten Personen von 174,6 Mill. auf 185,1 Mill. Mark, so daß auf den Kopf ein Jahreseinkommen von 1029,25 M. gegen 1019,65 M. im Vorjahre und 1009,67 M. im Jahre 1902 entfiel. Der auswärtige Warenverkehr an Rohstoffen und Fabrikaten der chemischen Industrie zeigt gleichfalls eine erhebliche Steigerung der gewerblichen Tätigkeit, da die Einfuhr, die im Betrage von 378 Millionen Mark zu zwei Dritteln aus Rohstoffen und einem Drittel aus Halbfabrikaten bestand, sich um 30 Millionen Mark = 7,1 Proz. erhöhte, während die Ausfuhr in Höhe von 474 Millionen Mark um 24 Millionen Mark = 5,1 Proz. stieg. Der Preis der Rohstoffe ist gegen das Vorjahr gestiegen, der der Fertigfabrikate dagegen um etwa 1,2 Prozent zurückgegangen. Trotzdem ist infolge der lebhafteren Geschäftstätigkeit und der größeren Produktion die Rentabilität der Fabriken fast durchweg eine günstigere geworden. Aus den Bilanzen von 143 Aktiengesellschaften mit einem eingezahlten Aktienkapital von 447,01 Millionen Mark, 88,88 Millionen Mark Obligationen und 127,59 Millionen Mark Reserven, also einem gesamten Betriebskapital von 663,48 Millionen Mark, ist ersichtlich, daß an Obligationen und Dividenden 62,20 Millionen Mark gezahlt worden sind. Das ergibt einen Durchschnittsertrag von 9,37 Proz. gegen 8,56 Proz. im Vorjahr. Damit hat die Rentabilität beinahe den Höchststand von 1889 wieder erreicht.

Aus der Frauenbewegung.

Aus Göteborg wird uns geschrieben: Die schwedischen Frauen sind ebenso wie die deutschen wegen der reglementierten Prostitution heftig erbittert.

Gewöhnlich ist es Armut und Not, wodurch die Frau der Prostitution in die Arme getrieben wird. Meist sind es auch die Töchter der Arbeiterklasse, die von den Ausschweifungen der Männer getroffen werden, darum sollte die ganze Arbeiterklasse sich gegen die Reglementierung erheben. Es sind die Töchter der Arbeiterklasse, die von den Männern der Oberklasse geschändet und geopfert werden. Mit welchem Recht wird nur die Frau, nicht aber auch der Mann wegen Unflittlichkeiten gebrandmarkt? Viele der unglücklichen Frauen würden sich bald wieder aufheben, wenn sie nicht so gut wie gänzlich aus der Gesellschaft ausgeschlossen wären. Geizhalsen als Opfer für die Männer der Oberklasse bleiben die einmal Geheirateten meist für immer verloren. Alle Frauen und die ganze Arbeiterklasse sollten sich wider solche Brutalität und Unmenschlichkeit erheben. Wir sollten nicht länger ertragen, daß man mit ungerechten Gesetzen und der Religion Frauen und Arbeiter unterdrückt und ausbeutet. Alle zusammen müssen wir uns erheben, eine kräftige Agitation gegen die reglementierte Prostitution entfalten.

Wir haben erkannt, daß wir nur bei den Sozialisten Gerechtigkeit und Hilfe finden. Wir Frauen sind entsetzt, darum wenden wir uns an die Männer der Arbeiterklasse mit der Bitte um Hilfe gegen die Abscheulichkeiten der Männer der Oberklasse.

Mit Verehrung und Hochachtung
Viele schwedische gebildete, verheiratete Frauen.

Versammlungen.

Der Verband der Rürschner Bergbau und Umgegend hielt am Mittwoch im Alten Schützenhause eine Generalversammlung ab. Der Kassierer Mich. a. L. gab den Kassenbericht vom 2. und 3. Quartal. Demnach betragen die Einnahmen 4041,95 M., die Ausgaben 8795,08 M. Die Abrechnung vom Streit gab der Geschäftsführer Alb. Regge. Es belaufen sich die Gesamtausgaben auf 22.178,08 M., an Streifenunterstützung wurden gezahlt 21.890,50 M.; die Reifenunterstützung betrug 388 M. An Darlehen wurden gegeben 244 M. Die Druckkosten zum Streit kosteten 140,25 M., der Anstieg während des Streiks 15,38 M. Außerdem bemerkte Regge, daß die Rechnung für Inzerate beim „Vorwärts“ noch nicht beglichen ist. Von der Streifenunterstützung entfallen 1196,50 M. an Unorganisierte. Die Gesamteinnahmen betragen 22.209,85 M. Das Verbandsvermögen betrug 6820 M., auf Listen wurden gesammelt 2551,70 M., durch Solidarität vom Kartell 9300 M. Verbleibt ein Ueberschuß von 81,77 M. Zur prozentualen Streifensteuer und Beitragserhöhung wurde nach lebhafter Diskussion von Storkmann und Frihe folgender Antrag eingebracht und von der Majorität genehmigt: „In Erwägung, daß beide Vorschläge, prozentuale Streifensteuer, Beitragserhöhung, zu wenig Zustimmung finden, sehen wir uns gezwungen, die Debatte abzubrechen, um bei gegebener Zeit damit wiederzukommen.“ Das Verhalten des Zentralvorsitzenden Schubert während der Bewegung wurde von Schäfer, Grandel und Regge scharf kritisiert und folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß nach einem Bericht des Deutschen Rürschnerverbandes (Zahlstelle Hamburg) in Nr. 13 „Der Rürschner“ vom 1. Juli der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Rürschner, Ernst Schubert, unsere Forderungen bezüglich des Arbeitsnachweises als „unförmig“ bezeichnete, obwohl die Zahlstelle Berlin selber an der Bewegung beteiligt war, erklärt die heute, am 25. Oktober 1905, tagende Generalversammlung eine derartige Handlungsweise während der Bewegung als direkten Verrat, in der Absicht verübt, unserer Organisation eine Niederlage zu bereiten.“

Nachdem noch aufgeführt worden war, in die Wahlvereine einzutreten, damit ein jeder sein Teil zum Siege unserer Kandidaten bei der Stadtverordnetenwahl am 8. November beitrage, erfolgte Schluß der Versammlung.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle und kein Ende. In dem Eisenbahnunfall bei Aelterbach wird amtlich gemeldet: Schnellzug 141 Reg.—Frankfurt a. M. stieß bei der Einfahrt in den Bahnhof Aelterbach heute vormittag kurz nach 11 Uhr auf den ausfahrenden Güterzug 7615. Beide Lokomotiven und zwei Personenzüge wurden schwer beschädigt. Außer dem Lokomotivpersonal trugen folgende vier Reisende Verletzungen davon: Emanuel Müller-Mainz, Schützlerstraße 40; Moritz Jädeck-Mainz, Wallstraße 11; Ludwig Grün-Mainz, Rauerdamm, August Wagner-Oberstein. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Der Betrieb wird durch Umsteigen an der Unfallstelle voll aufrecht erhalten. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt, daß die Halls-Stellung des Ausfahrtsignals für den Güterzug, welches ursprünglich auf „Halter“ gezogen, dann aber wegen des durchfahrenden Schnellzuges wieder auf „Dali“ gestellt worden war, von dem Lokomotivführer des Güterzuges zu spät bemerkt wurde.

Stuttgart, 4. November. Aus bis jetzt unbekannter Ursache entgleiste heute abend 9 Uhr ein Wagen eines Güterzuges im Rosensteintunnel zwischen Stuttgart und Cannstatt und legte sich quer über das Gleis. Menschen sind nicht verunglückt, doch entstand eine Störung im Bahnverkehr zwischen Stuttgart und Cannstatt, so daß die Züge eine mehr als einstündige Verspätung erlitten.

Wüstet einer wohnsinnigen Frau. In der Nacht zum Montag erschoß die sei. eigenen Fahren nebenstehende Frau des Lehrers König in Hamburg-Horn ihre in einem Nebenzimmer schlafende Lante und verlegte ihren Mann schwer, aber nicht lebensgefährlich. Der Wahnwahnige wurde von den Nachbarn der noch mit einigen Schüssen geladene Revolver entrisen, worauf sie der Zrenanstalt zugeführt wurde.

Eingegangene Druckschriften.

Statistikenergebnisse durch natürliche Mittel von Dr. A. Köhner. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Ernst Schweninger. Preis 1,50 M., geb. 2 M. Verlag: Krüger u. Co., Leipzig.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Schöneberg. 06/11
Mittwoch, 8. November, abds. 8 1/2 Uhr, in Weimanns Klubhaus,
Hauptstraße 5/6.

Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiter-Verbandes. Referent: Kollege Stein-Rürnberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Achtung!

Arbeitervereiner-Verein Berlin.

Donnerstag, den 9. November 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal III.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Spezial-Nervenarztes Herrn Dr. Fröhlich: „Welchen Einfluss kann ein Unfall resp. eine Verletzung auf das Nervensystem des Menschen ausüben?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 53/12

Gäste willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. J. A. F. Stöckel, Grimmstr. 27.
NB. Sämtliche Beiträge in der sozialen Gesetzgebung sind hiermit besonders eingeladen.

Achtung! Holzarbeiter Achtung!

Rixdorf.

Donnerstag, den 9. November 1905, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße 151-152:

Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung.

Vortrag des Bauvorstehers Kollegen Raith-München. 06/10
Alle Holzarbeiter müssen am Platze sein. Der Einberufer.

Holzarbeiter Charlottenburgs.

Donnerstag, den 9. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiter-Verbandes. Referent: Kollege Ernst Bauer, Magdeburg. 2. Ausstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftsamt. 3. Normierung der Vorstandsmittelglieder zur Innungs-Frankenkasse. 4. Verschiedenes. Kollegen erscheint zahlreich in der Versammlung. 06/10
Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Die neugeschaffenen Zahlstellen, in denen jeden Sonntag abends von 6-8 Uhr Beiträge entgegengenommen werden, befinden sich:

Osten.

F. Drake, Demmestr. 9, I.
E. Bartels, Zisterbergstr. 6, III.

P. Dietrich, Charlottenburg, Schulstr. 3, IV.

E. Kretschmann, Schöneberg, Rühlstr. 19, II.

Norden.

A. Schultz, Oberbergerstr. 28, III.
A. Wolke, Restaurant, Gartenstr. 90 (alle Tage).

Südwesten.

Müller, Restaurant, Jorkstr. 62 (alle Tage).

Nordwesten.

C. Brunotta, Rathenowerstr. 69, bei Schulz (nur Montags 6-8).

P. Winkler, Weißensee, Charlottenburgerstr. 142 (Sonntags vormittags 10-11).

Keinwahrnehmung von Mitgliedern finden hier ebenfalls statt. Ohne Mitgliedsbuch werden keine Beiträge angenommen. Der Vorstand.

Sonnabend, den 11. November,

in E. Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:

Herbstfest.

Zur Aufführung gelangt u. a.:

In der Hafenschänke.

Kolonial-, Gegenwarts-, Land- u. Wasserkomödie.

Billetts: Damen 50 Pf., Herren 75 Pf. (inkl. Tanz) sind zu haben bei O. Mischbach (Bureau der Bildhauer), Engel-Platz 15, III; F. Weiland, Eisenbahnstr. 9, III; H. Noack, Restaurant, Rastauerstr. 12, in obigen Zahlstellen sowie in der Generalversammlung am 9. November im Gewerkschaftshaus, Saal I. Das Veräußerungskomitee. (21/9)

Entzückende Neuheit für den Christbaum!

Weihnachts-Glocken-Geläut,
das großartigste für den Christbaum

erregt überall die größte Bewunderung, unsterblich vergebende Illusion. Nach Anzünden der Kerzen ertönt ein Geläut in drei Tonarten, man glaubt unwillkürlich ein in der Ferne ertönendes Glocken-Geläut zu hören, und gibt so dem heiligen Christfest ein überaus feierliches Gepräge. Auch mit Ständer zum Stellen auf den Tisch eingerichtet, daher auch nach dem Feste als reizender Himmelschmuck zu benutzen. Nur bei uns zu haben. Patentamtlich geschützt. Per Stück 1,30 M. (Porto 20 Pf. extra, bei 2 und mehr Stück 50 Pf. Porto extra). Bei Vorbestellung auch in Dreifachpackung.

Sei zwei u. mehr Stück geben eine wunderschöne Dekoration gratis.

Weihnachts-Katalog
aber elegante Festgeschenke sowie Christbaumschmuck, Spielwaren, Puppen usw. versenden gratis und franko.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Keltisches Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private.
Garantie für gutes Funktionieren.

Achtung! Oeffentliche Kommunalwähler - Versammlungen Achtung!

Dienstag, den 7. November 1905, abends 8 1/2 Uhr:

1. Kommunal-Wahlbezirk bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35, Referent: Stadtverordneter Dr. Karl Liebknecht.
6. " " " bei Zühlke, Dennewitzstraße 13, Referent: Stadtverordneter S. Schubert.
7. " " " bei Gohmann, Kreuzbergstraße 48, Referent: Stadtverordneter V. Bruns.
15. " " " im Lokal „Südost“ (Glewe), Waldemarstraße 75, Referent: Stadtverordneter A. Stadthagen.
16. " " " in Voigts Rittersälen, Ritterstraße 75, Referent: Genosse Dr. J. Zabel.
19. " " " im Fürstenhof, Köpenickerstraße 137/138, Referenten: Die Stadtv. G. Schulz und Kofke und Genosse A. Fröhlich.
20. " " " im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, Referent: Stadtverordneter W. Pfannkuch.
21. " " " in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21, Referent: Stadtverordneter Dr. Wehl.
26. " " " im Glysium, Landsberger Allee 40/41, Referent: Stadtverordneter S. Heimann.
27. " " " im Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain, Referent: Stadtverordneter Ad. Hoffmann.
30. " " " bei Leydecker, Sophienstraße 34, Referent: Stadtverordneter Paul Singer.
38. " " " in den Humboldt-Sälen, Sussitenstraße 40, Referent: Stadtverordneter R. Augustin.
40. " " " im Saale der Berl. Hofbrauerei, Abt. II (fr. Norddeutsche), Chaussee-straße 58, Referent: Stadtverordneter S. Borgmann.
46. " " " in Funkes Gesellschaftshaus, Triftstraße 41, Referent: Stadtverordneter Fritz Zubeil.

Tages-Ordnung:

1. Die Sünden des Freisinns. 2. Freie Aussprache.

Mittwoch, den 8. November, abends 9 Uhr:

13 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Kommunal-Wahlbezirk bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35.
3. " " " im Bürgergarten, Lindenstr. 105.
6. " " " bei Zühlke, Dennewitzstr. 13.
7. " " " bei Gohmann, Kreuzbergstr. 48.
15. " " " im Lokal „Südost“, Waldemarstr. 75.
16. u. 19. " " " im Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96.
20. u. 21. " " " in Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.
26. " " " im Glysium, Landsberger Allee 40/41.
27. " " " in Schulz' Festsälen, Belforterstr. 15.
30. " " " in Borussia-Sälen, Ackerstr. 6/7.
33. " " " in Berolina-Festsälen, Schönhauser Allee 28.
38. " " " im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
40. u. 46. " " " in Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung: Verkündung des Wahlergebnisses.

Zahlreichen Besuch erwarten 209/15* Die Einberufer.

Orts = Krankenkasse in Friedenau. Bekanntmachung.

Infolge Ausscheidens einiger Vertreter hat für die Wahlperiode 1905/06 eine Ergänzungswahl der Vertreter zur Generalversammlung zu erfolgen. Es sind nach § 49, 50 des Statuts zu wählen:

Selbst der Arbeitgeber: zwei Vertreter; ferner der Arbeitnehmer: fünf Vertreter. 276/15

Die Wahlen finden statt im Gasthaus „Gesellschaftshaus“, Rheinstr. 14.

Für die Arbeitgeber: Mittwoch, den 15. November, von 7-8 Uhr abends.

Für die Arbeitnehmer: Mittwoch, den 15. November, von 8-9 Uhr abends.

Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel vorgenommen. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedskarten zwecks Legitimation mitzubringen. Auf den Stimmzetteln sind die Vertreter als solche deutlich zu bezeichnen.

Im übrigen wird auf die Bestimmungen der §§ 49, 50 des erwähnten Statuts verwiesen.

Friedenau, den 3. November 1905.
Der Vorstand.
Herrn Schölzel, W. Stalle, Vorsitzender. Schriftführer.

Achtung! Oeffentliche Versammlung Achtung!

Mittwoch, den 8. November 1905, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Paul Litfin, Demeler-Strasse Nr. 67:

aller in Berlin beschäftigten Parteigenossen aus dem Wahlkreise Frankfurt-Lebus.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung über den Senaer Parteitag. Referent: Genosse Dr. K. Braun. 2. Berichterstattung von der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg. Referent: S. Faber-Brandenburg. 3. Verschiedenes. 250/5
Der Obmann.

Stempel-Fabrik von 17072*

Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142.
Bietet schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammensetzen einzelner Wörter oder ganzer Sätze von 1.50 M. an

Saal zum Sonnabend, den 18. November sowie Sonnabende und Sonntage im Dezember noch frei. Kommandantenstr. 72.

Die **Aussperrung** der Dresdener Zigarettenarbeiter hat die **Gründung der Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft** notwendig gemacht. 4868L*

Keine Unternehmerprofite! Nur Handarbeit. Vorzüglichste Qualität.

In allen Zigarrengeschäften zu haben. Beste 2 Pf. und 3 Pf.-Zigarette.

Fabriklokal: Berlin SO., Köpenickerstr. 20a. Amt IV, 9400.

Die Opfer der Millionen-Erbis vor Gericht.

Ein umfangreicher Meineidsprozess nahm gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I seinen Anfang. Angeklagt sind die unverehelichte Helene Gröseling aus Tempelhof, der Diener Karl Voigt aus Sulzbach bei Saarbrücken und die Portiersfrau Pauline Tscherner in Berlin. Die Angeklagten haben in der Voruntersuchung zugegeben, daß sie absichtlich falsche Eide geleistet haben und dazu durch Ueberredung einer Frau von Zimmermann gezwungen worden sind. Auf Befragen des Vorsitzenden wiederholten sie dies Zugeständnis. Die Angeklagte Gröseling hat sich wegen zweier Meineide zu verantworten; den einen soll sie am 21. November 1901 in der Disziplinaruntersuchung wider den Landgerichtsrat Ehmdé, den zweiten am 23. Juni 1902 vor dem Amtsgericht Charlottenburg geleistet haben. Voigt soll in der Untersuchungsphase gegen den Landgerichtsrat Ehmdé wegen Betruges am 17. März 1902 vor dem Untersuchungsrichter Faltsch beschworen und am 27. März 1903 eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben haben. Der Angeklagte Tscherner wird ein falscher Eid zum Vorwurf gemacht.

Der sehr reiche frühere Fabrikbesitzer und sächsische Geheim-Kammerrentier v. Zimmermann verheiratete sich im Alter von 69 Jahren im Jahre 1889 mit der 29 Jahre alten geschiedenen Frau Rosa Schiemann, geborenen Scholz, die ihm seit dem im Jahre 1888 erfolgten Tode seiner Ehefrau die Wirtschaft geführt hatte. In der Familie — sie wohnte Lennéstraße — verkehrte der damalige Landrichter, jetzige Landgerichtsrat Ehmdé, der den v. Zimmermannschen Eheleuten mit Rat und Tat zur Seite stand, werden sollte, entwarf, und in dem Testament des Herrn v. Zimmermann, namentlich auch den Erbvertrag, durch den die Ehefrau sicher gestellt wurde zum Testamentvollstrecker ernannt wurde. Der Geheim-Kammerrentier v. Zimmermann starb am 2. Juli 1901 im Alter von 81 Jahren. Schon einige Zeit vor dem Tode hatte sich das Verhältnis des Landrichters Ehmdé zu dem v. Zimmermannschen Ehepaar ungünstig gestaltet. Nach dem Tode gestaltete sich das Verhältnis zu Frau v. Zimmermann noch schlechter. Nach der Darstellung des Landgerichtsrats Ehmdé ist die Aenderung darauf zurückzuführen, daß Frau v. Zimmermann einige Jahre vor dem Tode ihres Mannes die Bekanntschaft des Magnetopaten „Professor“ Willy Reichel gemacht hatte, der zu ihr in intimere Beziehungen getreten sein soll. Am 8. August 1901 ging bei dem Präsidenten des Kammergerichts eine anonyme Anzeige wider den Landrichter Ehmdé ein, in der diesem schwere Vorwürfe über die Art und Weise gemacht wurden, wie er den alten Herrn v. Zimmermann zum Abschluß des Erbvertrages mit ihm über die Testamentvollstreckung bewogen haben sollte. Einige Zeit später erkrankte Frau v. Zimmermann gegen den Landrichter Ehmdé eine

Anzeige wegen Betruges.

Auf Grund der aufgestellten Behauptungen wurde gegen den Landrichter Ehmdé von dem Disziplinarssenat des Kammergerichts die Einleitung der Disziplinaruntersuchung unter gleichzeitiger Suspendierung von seinem Amte beschloffen und die Voruntersuchung wegen angeblichen Betruges, Bedrohung, Nötigung usw. eröffnet. In der Disziplinaruntersuchung handelte es sich zunächst um angebliche Bedrohungen der Frau v. Zimmermann durch Landrichter Ehmdé. Es wurde behauptet, daß er von der Frau Geld gefordert und, als dies verweigert wurde, eine turbulente Szene verursacht habe. Er habe sogar einen Revolver aus der Rocktasche gezogen und

Frau v. Zimmermann bedroht.

laut um Hilfe rufend.

hinabgelaufen sei. Die Frau hatte sich zur Bekräftigung ihrer Darstellung bezüglich der Bedrohung auf das Zeugnis ihrer damaligen „Stütze“ Fräulein Schüller berufen und trat dann mit einer eidesstattlichen Versicherung ihres damaligen Dienstmädchens, der Angestellten Helene Gröseling hervor, in der behauptet wurde, daß auch diese drei- bis viermal entsetzliche Hilferufe der Frau Geheimrat gehört habe, und daß dieses immer nur geschehen sei, wenn der Landrichter Ehmdé bei Frau v. Zimmermann war. Sie (die Gröseling) habe jedesmal nachher mit Fräulein Schüller darüber gesprochen, und diese habe ihr darauf erzählt, der Landrichter Ehmdé bedrohe jedesmal das Leben der Frau Geheimrat. Helene Gröseling wurde darauf am 9. November 1901 als Zeugin vernommen und bestätigte unter ihrem Eide, daß sie während der Anwesenheit des Herrn Ehmdé wiederholt Hilferufe der Frau Geheimrat gehört habe. Fräulein Schüller sei bei einem solchen Vorfall zu ihr gekommen und habe ihr gesagt, daß Ehmdé die Frau v. Zimmermann mit dem Revolver bedroht habe.

Küher der auf die Bedrohung bezüglichen eidesstattlichen Versicherung hatte Frau v. Zimmermann noch zwei weitere eidesstattliche Versicherungen der Angeklagten Gröseling überreicht, die sich auf das Verhältnis der Frau v. Zimmermann zu dem Magnetopaten Reichel und das Verhalten einer Frau Schwarzbart bezogen, die Material zum Gunsten des Landrichters Ehmdé zu sammeln suchte. Die Angeklagte Gröseling erklärte in ihren eidesstattlichen Versicherungen die Behauptung, daß Frau v. Zimmermann schon zu Lebzeiten ihres Ehemannes in intimen Beziehungen zu Reichel gestanden, für einfachen Klatsch. Sie habe nie den Reichel mit der Frau zusammen gesehen und nie gemerkt, daß er sich in den Zimmern der ersten Etage, wo die Frau Geheimrat wohnte, aufgehalten habe. Als dann der Untersuchungsbeamte einen Termin zur Oribesichtigung in dem Hause Lennéstraße 8 anordnete, haben Frau v. Zimmermann, die „Stütze“ Fräulein Schüller und die Angeklagte Gröseling die bei der Bedrohung mit dem Revolver von ihnen selbst und den anderen Personen eingenommenen Standorte bezeichnet. Ferner hat sich die Gröseling ganz ausführlich darüber ausgelassen.

Die Angeklagte Gröseling gibt jetzt unumwunden zu, daß sowohl ihre eidesstattlichen Versicherungen, als auch ihre eidlichen Aussagen falsch sind. Sie seien von ihr auf Anstiften der Frau v. Zimmermann wider besseres Wissen gemacht worden. Die eidesstattlichen Versicherungen habe sie auf Verlangen der Frau v. Zimmermann, die sie zu sich bestellt habe, nach deren Angaben niedergeschrieben. Dabei seien Fräulein Schüller und der „Professor“ Reichel zugegen gewesen, und alle drei hätten sie fortgesetzt bedrängt, die Versicherungen niederzuschreiben. Alles, was sie über die Bedrohung der Frau v. Zimmermann durch Ehmdé ausgesagt habe, sei un wahr; sie habe alle darauf bezüglichen Angaben

nur auf Anstiftung und nach Anweisung der Frau v. Zimmermann gemacht. Unwahr sei auch das, was sie über das Verhältnis der Frau v. Zimmermann zu dem „Professor“ Reichel ausgesagt habe. In Wahrheit habe sie wiederholt bemerkt, daß beide ein intimes Verhältnis unterhielten. Vor ihrer ersten Vernehmung habe ihr Frau v. Zimmermann eine goldene Uhr nebst Kette und mehrere Kleider geschenkt.

Gegen Frau v. Zimmermann und Reichel kann ein Verfahren wegen Anstiftung zum Meineide nicht durchgeführt werden, da beide Deutschland und überheim

Europa verlassen

haben und sich in Santa Catharina in Südamerika aufhalten sollen. Der zweite Angeklagte, Diener Karl Voigt, war vom April bis August 1901 als Diener im v. Zimmermannschen Hause gewesen. Dann ist er in die Dienste des Professor Reichel getreten. Frau v. Zimmermann gab Verfügungen, wie er sich vor Gericht zu verhalten habe und Voigt machte dann auch nach dieser Instruktion wahrheitswidrige Aussagen vor Gericht und beschwor sie. Er sagte aus: er wisse, daß Herr v. Zimmermann der Martha Schüller jenen

Brief übergeben und zu ihr gesagt habe: „Hier, Fräulein, ist der Brief, von dem wir gesprochen haben. Tragen Sie ihn nach meinem Tode zur Exzellenz!“ Voigt war so schwach, auch nach dem Diktat der Frau v. Z. einen Brief an Frau Tscherner zu schreiben und ihr darin mitzuteilen, daß er selbst gesehen habe, wie der alte Herr v. Zimmermann dem Fräulein Schüller einen Brief übergeben und ihr die Besorgung gegeben habe, ihn nach seinem Tode an eine hohe Person abzugeben. Als der Brief des Angeklagten Voigt bei der Angeklagten Frau Tscherner ankam, hatte sich dort die Martha Schüller eingefunden und nahm den Brief, den der Portier Tscherner verbrennen wollte, an sich, indem sie sagte, den Brief müsse Frau v. Zimmermann erhalten. Frau v. Z. überreichte dann den Brief dem Untersuchungsrichter und daraufhin wurde der Angeklagte Voigt zu seiner nochmaligen Vernehmung als Zeuge vorgeladen. Dabei hat dann Voigt unter seinem Eide in größter Ausführlichkeit wahrheitswidrig den angeblichen Vorgang erzählt usw. Voigt gibt zu, wahrheitswidrig nur das bekundet zu haben, was ihm Frau v. Zimmermann geheißen habe. Er sei der Ueberredung seiner früheren Dienstherrin unterlegen. Diese habe einen unheimlichen Einfluß geltend zu machen verstanden und es auch an Drohungen nicht fehlen lassen, indem sie wiederholt gesagt habe: sie werde jeben, der etwas gegen sie ausfagen würde, ins Zuchthaus bringen. Der Angeklagte Voigt drückt sogar in verblühter Weise die Vermutung aus, daß die Frau v. Zimmermann

unter dem hypnotischen Einfluß

des „Professor“ Reichel gefanden und daß dieser auch ihn selbst hypnotisiert haben könnte. Die Angeklagte Gröseling bestätigt auch ihrerseits, daß Frau v. Zimmermann ein so bestimmtes Wesen gehabt und so drohend aufgetreten sei, daß man ihr gegenüber völlig willenlos

gewesen sei. Ihr selbst habe Frau v. Z. unmittelbar vor den Terminen immer noch genau eingebläut, was sie zu sagen habe und ihr Wein vorgelegt, den sie auf ihr Geheiß immer austrinken mußte. Als sie sich einmal geweigert, eine ihr von Frau v. Z. vorgelegte Aussage zu machen, habe ihr Frau v. Z. gedroht: „Sie haben nun schon einmal einen falschen Eid geleistet und würde von ihr ohne weiteres angezeigt werden, wenn sie ihr nicht Folge leistete.“ — Frau v. Zimmermann hat nach dem Tode ihres Mannes verschiedenen Angestellten und auch den Tschernerischen Eheleuten wiederholt gesagt, sie würden aus der Erbschaft etwas bekommen, den Tschernerischen Eheleuten hat sie auch eine Pension und die Ueberlassung von Möbeln in Aussicht gestellt. Erfüllt sind diese Versprechungen aber nicht. Erst im Mai v. J. erhielt der Portier Tscherner von Frau v. Zimmermann aus Los Angeles die ihm angeblich testamentarisch zugesagte Summe von 600 M. überandt. Der Angeklagte Voigt erhielt, wie schon erwähnt, 500 M. Die Angeklagte Gröseling hat bisher Geld nicht bekommen. Sie hat in ihren Aussagen in der Voruntersuchung u. a. behauptet, daß sie auf dem Wege nach dem Charlottenburger Amtsgericht von der Frau v. Zimmermann und der Frau Tscherner begleitet worden sei und beide in der Straßenbahn noch im hintersten Tone ihr immer wieder dorerzählt haben, was sie ausfagen solle. Als sie zu Frau Tscherner gesagt: „Sie wissen noch nicht, was Sie tun und ob Sie nicht doch lieber die reine Wahrheit sagen werde, habe ihr Frau Tscherner geantwortet: „Das tun Sie um Gotteswillen nicht, sondern bleiben Sie bei Ihren bisherigen Aussagen, sonst liegen wir alle brin!“

Der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Roth gibt ein anschauliches Bild aller der Rationationen, die zu diesem Wirrsal auf Frau von Zimmermann zurückzuführen waren. Ins Rollen ist das Rad gekommen durch den andrönnen Brief, in welchem dem Kammergerichtspräsidenten mitgeteilt wurde, daß Landgerichtsrat Ehmdé unter allerlei Vorspiegelungen es verstanden habe, sich von dem inzwischen verstorbenen Geheimrat von Zimmermann, der ein ungeheures Millionenvermögen hinterlassen, zum Testamentvollstrecker einzusetzen und sich dafür eine lokale Provision ausfuchen zu lassen. Im Anschluß an diesen Brief sei Frau von Zimmermann bei dem Vertreter des Landgerichtspräsidenten erschienen und habe schwere Anschuldigungen gegen den Landgerichtsrat Ehmdé erhoben, der einen Arrest gegen sie erwirkt, ihr

mit dem Irrenhause und mit Erschießen gedroht

und von ihr verlangt habe, seine Frau zu werden. Auf Grund dieser Angaben sei dann die Disziplinaruntersuchung gegen den Landgerichtsrat Ehmdé eingeleitet worden. Das Verfahren (schwebe zur Zeit noch. Die jetzigen Angeklagten haben schließlich ein ganz umfassendes Geständnis abgelegt, daß sie unbedauertweise Meineide geleistet haben und durch die Ueberredungskünste, Versprechungen und Drohungen der Frau von Zimmermann dazu verleitet worden seien. Geheim-Kammerrentier von Zimmermann habe, als er im Alter von 81 Jahren starb,

etwa 14 Millionen Mark hinterlassen

und soll ein sehr bedeutender Industrieller gewesen sein. Er besaß Kinder aus erster Ehe und heiratete seine Witwenspartnerin, die ihn in etwa zehnjähriger Ehe recht liebevoll gepflegt haben soll. Frau von Zimmermann sei eine sehr gewandte Dame, mit großer Energie des Willens, die sehr überzeugend und bestimmt sprache und sich von dem, was sie durchsetzen will, durch nichts abbringen lasse. Nach dem Eindruck, den der Zeuge von dieser Frau gewonnen, verstand sie es sehr geschickt, durch raffinierte Versprechungen andere Leute zu verführen. Er ist überzeugt, daß Frau von Zimmermann in raffinierter Weise die Leute systematisch verführt habe. Als der Verdacht rege werden mußte, daß sie Zeugen beeinflusse habe Frau von Zimmermann die Behauptungen der betreffenden Zeugen sofort ins Gegenteil umgedreht und sie als völlig unglaubwürdig hinzustellen sich bemüht. Als sie merkte, daß das E unter ihr zusammenbrechen würde,

ist sie verschwunden.

Es ist ein Steckbrief wegen Meineides und Verleitung zum Meineide hinter ihr erlassen worden, sie hat es aber verstanden, sich nach Santa Catharina in Sicherheit zu bringen,

von wo eine Auslieferung wegen Meineides nicht erfolgt.

Sie lebt dort mit einem Manne zusammen, der sich Koszof von Zimmermann nennt und offenbar mit dem Reichel identisch ist. Auch Fräulein Schüller soll dort wohnen. Frau von Zimmermann sei zweifellos eine Person, die es versteht, mit allen möglichen Wegen jemand zu umgarnen.

Gerichtsrat Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärt, die Angeklagte Gröseling sei nicht geisteskrank, aber wohl mehr lenkbar und beeinflusbar, als man es sonst bei vollwertigen Menschen zu sehen gewohnt sei. Eine ganze Reihe von Fragen des Verteidigers des Angeklagten Voigt, Rechtsanwalt Dr. Jungst, bezieht sich auf die etwaige Beeinflussung des Voigt durch Hypnotismus und ob die

hypnotische Beeinflussung eines Menschen

möglich sei, ohne daß dieser etwas merkt. Medizinalrat Dr. Hoffmann gibt letzteres zu, sieht aber den posthypnotischen Aufträgen etwas skeptisch gegenüber; solche posthypnotischen Aufträge hätten doch auch immer eine zeitliche Grenze und es sei doch nicht anzunehmen, daß hier davon die Rede sein könne, da ja doch die Tat des Voigt erst lange nach seiner Trennung von Reichel ausgeübt worden sei und er nicht einfach einen posthypnotischen Auftrag ausgeführt sondern sich anfänglich geweigert habe, das zu tun, was man von ihm verlangte. Nachdem der Verteidiger noch darauf hingewiesen, daß Voigt glänzende Zeugnisse über seine Tätigkeit und seinen Charakter aufzuweisen habe, wird die Beweisaufnahme geschlossen und die Sitzung auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Fabrikarbeiter, einberufen vom Verband baugewerblicher Hilfsarbeiter, welche Sonntag in den Insel-Festhallen tagte, hatte als Hauptpunkt auf der Tagesordnung: „Die Affäre Rietsch-Jöllmann und die Stellung der Kolonnenführer im allgemeinen“. Referent war dazu Karl Seidemann. Bei der „Affäre Rietsch-Jöllmann“ handelte es sich darum, daß die Fabrikarbeiten auf dem Bau Wilmersdorferstraße 75 zu Charlottenburg durch das Verhalten des Vorarbeiters und Kolonnenführers Jöllmann von dem Fabrikunternehmer Valentin (Vertragsfirma) auf den Fabrikunternehmer Rietsch (Nichtvertragsfirma) übergegangen waren. Der Zweigvereinsvorstand veröffentlichte darüber im „Vorwärts“ vom 24. Oktober eine Annonce. Es wurde die Speere über den Bau verhängt. Auch wurden gegen Herrn Rietsch Vorwürfe in der Annonce erhoben. Da Herr Rietsch, statt einer Einladung zu der Versammlung am Sonntag zu folgen, in einem Rohrpostbrief mitgeteilt hatte, er habe Klage wegen Beleidigung und Schadenersatz angestrengt, so vertrieß Seidemann als Referent in der Sache im wesentlichen auf die demnächstige Erledigung der Angelegenheit vor Gericht. Er meint, seine Behauptungen beweisen zu können. Daraus ging Redner auf die Frage der Stellung der Kolonnenführer oder Vorarbeiter im allgemeinen ein. Der Arbeitschaden sei die Extrabehaltung der Kolonnenführer. So bilde sich eine Art Zwischenarbeitgeberum heraus zwischen dem Bauunternehmer und dem Arbeiter. Das müsse aber verhindert werden, und es werde am besten verhindert durch Abschaffung der Extrabehaltung der Kolonnenführer. Für besondere Versammlungen sei ja im Tarif eine Entschädigung des Arbeiters durch den Unternehmer vorgezehen. Wenn der als Kolonnenführer fungierende Mitarbeiter nicht als Kolonnenführer extra bezahlt werde, dann werde es auch aufhören, daß immer dieselben Personen den Kolonnenführer machten. Und es würde auch die Praxis des Gewergerichts erschüttert, wo nach schon jetzt dem Kolonnenführer eine Arbeitgeberstellung eingeräumt werde, weil er „die Leute annehme“. Das Gewergericht habe sogar schon entschieden, daß sich Kolonnenmitglieder an den Kolonnenführer zu halten hätten, wenn er das vom Unternehmer gegebene Geld nicht richtig verteilte. — Die Versammlung stimmte dem Redner zu. Im Laufe der Debatte verteidigte sich Jöllmann, indem er unter anderem meinte, bei der Vertragsfirma Valentin kämen auch mancherlei Differenzen vor. Eine solche Differenz habe ihn veranlaßt, die Arbeit für Rietsch weiter zu machen. — Ein Vertreter der Firma Valentin teilte mit, daß Jöllmann zu ihm gelangt habe, er würde am Dienstag den Bau für Rietsch fertig machen, der hätte ihm 50 Mark versprochen. — Seidemann sah im Schlußwort sein Urteil über Vorkommnisse, wie auf dem Bau in der Wilmersdorferstraße, dahin zusammen, daß bei Differenzen mit einer Vertragsfirma auf jeden Fall erst unter Hinzuziehung der Verhandlung ein Ausgleichsverfahren gemacht werden müsse. Das hätte auch Jöllmann nicht unterlassen dürfen, zumal er damals noch Mitglied der Organisation gewesen sei. Erst wenn ein Einigungsversuch scheitere, hätte er von der Firma Valentin weggehen dürfen. In der Diskussion war hervorgehoben worden, daß bei Rietsch niedrigere Preise gezahlt würden wie bei Valentin.

Die Versammlung erledigte nachher noch eine Reihe Verbandsangelegenheiten.

Ortskrankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.

General-Versammlung

am Dienstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Weigel, Ecke Lürichs- und Goethestraße.

Tages-Ordnung:

- 1. Empfang von 3 Vorstandsmittgliedern; 2. Arbeitnehmer, 1. Arbeitgeber. 2. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 3. Beschlußenes.

NB. Einladung legitimiert. Der Vorstand. K. U. Budde.

Bierdruckapparate

Zusatzrichtungen, von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen (Zusatzungen gestellt) Reparatur-Werkstatt. Amtliche Prüfungsstelle für Reduktionsventile aller Systeme. Ferd. Krüger & Sohn, Berlin O. Gr. Frankfurterstr. 130. Fernspr. Amt VII. Nr. 1478.

Artus-Hof

Parlbergstr. 26. Stöckerstr. 18. Salla von 100—1200 Ver. Neben den gebrühten Vereinen zur Verfügung. Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Gr. Theater-Vorstellung. Jeden Montag: Quartettfänger und humoristische Soiree. Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf in Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Greif-Apothek, Bernauerstr. 33. In Breslau: 3612L* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 48

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer, n. u. Mariannen-Straße 2. Vereins-Kränze, Salmen- u. Blumen- Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Dr. Schünemann,

Spezial-Arzt für (1870) Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Seydolzstr. 9, blüht am Spittelmarkt. Besuchtags 1/12—1/3, 1/6—1/8, Sonntags 10—12.

Opel-Metordroschen

9000 Mark 12/14 HP. 2 Pol. Stahlrahmen, Nognetzführung, Modell 1905, Lieferbar in 8-10 Wochen, in eleganter und vorchriftsmäßiger Ausführung, günstige Konditionen.

Opel Garage, Paulstraße 20f.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako. Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4465L* Amt 4. 3014.

Jenensia-Räder Brennbabor-Räder

Teillzahlung! Zwei Jahre Garantie mit Sozial-Räder 65.—, Sozial-Luxus-, Preislauf, 99. 100.—, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Nummern „23“ zu achten.

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Joseffi Cigaretten Erstklassige deutsche Fabrikate.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 7. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Gaiasvorstellung, Cop-pella. (Anf. 8 Uhr.)
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Neues. Ein Sommernachtstraum. Weiten. La Traviata.
Deutsches. Das Käthchen von Heilbronn.
Berliner. Andalosia.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Nora.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Ein Wintermärchen.
Leffing. Eiga.
Central. Die Gelfa.
Reichens. Der Bräutigam.
Kleines. Das vierte Gebot.
Trionon. Der letzte Troubadour.
Kunstspielhaus. Der Familien-tag.
Thalia. Bis früh um fünf!
Carl Weiß. In Berlin ist was los.
Luft. Der Weichenfresser.
Deutsches-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Metropol. Auf - ins Metropol!
Kaisa. Das Opferlamm.
Apollo. Frau Luna. - Spezialitäten.

Walhalla. In Lebensgefahr.
Herrfeld. Der Familien-tag.
Wintergarten. Anne Dancrey.
Dier. - Spezialitäten.
Golies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. - Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachts-sonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Zuletzt eröffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.
Charlottenstraße 90/92.
Andalosia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Gubli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch, Donnerstag, Sonntag:
Kiwito.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Mittwoch: **Hidalla.**

Zentral-Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
Biedersteiner des Hrn. Mia Werber.
Zum 1166. Male: **Geisha.**
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Weichenfresser.
Mittwoch zum erstenmal: Hamlet.
Donnerstag: Simson.
Freitag: Faust.
Sonnabend: Der Mann im Monde.
Sonntag nach: Weichenfresser.
Abends: Hamlet.
Montag: Simson.

Trionon-Theater.
Zum sechstenmal:
Der letzte Troubadour.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfse und Pierre Jéber.
Deutsch von Alfred Galm.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die heilige Sache.

Apollo-Theater.
Täglich: Die Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Attraktionen des **November-Programms** mit **Mlle. Deberio** Chantouse fantastique.
8 Uhr:
Frau Luna
von Paul Lincke.
Sonntag, 12. Nov., nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft u. Spezialitäten.
Bedeutend ermäßigte Preise!

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Wolfher und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der Adelsarr.“

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 118.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters **Die Maschinenbauer von Berlin.**
Große Feste mit Gesang in 3 Abteilungen von H. Braun.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze:
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.)
In Vorbereitung: Die eisernen Maske.
Kasseneröffnung:
Großer Sonder-Abend.
Kunzert, Theater u. Spezialitäten.
Nach der Vorstellung: Freitanz.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsplätzen gültig.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Zum 4. Male die Novität:
Familiengtag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levermann, Caria Mutzbauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohli-Hahn, Joseph Achingler, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neuterl, Rich. Goltz, Max Zilzer, Fritz Ruß, Hugo Obblin, Bernh. Foerster, Paul Hieron, Albert Blumenreich.
Berne:
Donat Herrfeld als „Esau Prellstein“.
Anton Herrfeld als „Winkelkonsulent Schostak“.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr (Theaterkass.).

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende !! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Feste mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Gattungen, Feiern- und Zigarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfest keine Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag: Gollspiel des Löwe-Ensembles.
Die Räuber.
Trauerspiel von Schiller.
Morgen Mittwoch:
Das Stiftungsfest.
Sonnt. Mont. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Sattlicher Schwank in 3 Akten von F. Konef und F. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachts-sonne.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Die Porzellanfabrikation.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Kometen und Sternschnuppen.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Original Nürnberger Sänger.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Mittwoch, den 8. November, nachmittags 3 1/2 Uhr: Santa Wolfsburg.
Kleine Preise, Barfett 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zum letztenmal:
Preziosa.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von F. A. Holt.
Musik von C. M. v. Weber.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Kommoß oder: Ein alter Geiger.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Große Ringkampfkonzurrenz
Heute ringen:
Emil Bau (Weißalen) gegen Hein (Berlin).
Eberle (Deutschland) gegen Miedbach (Sachsen).
Franco (Italien) gegen Nitschke (Berlin).
Max Schwartz (Berlin) gegen Kor-natzki (Polen).
Aachner (Bayern) gegen Bernard (Frankreich).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Große Opernparodie v. H. Reiter.
Die Damen der Halle.
Operette v. Jacques Offenbach.
Beginn 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Passage-Theater.
Das durchaus neue Programm bringt an der Spitze die glänzendsten Humoristen d. deutschen Variétébühne:
Bozena Bradsky, mit ihrer entzückenden Duncan-Parodie.
Paul Jülich, den unermüdlichen Humoristen.
Mize Friese, die reizende Wiener Soubrette!
Kuscherdem:
14 Spezialitäten von allerersten Range.
Anfang: 8 Uhr.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Zum 4. Male die Novität:
Familiengtag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levermann, Caria Mutzbauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohli-Hahn, Joseph Achingler, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neuterl, Rich. Goltz, Max Zilzer, Fritz Ruß, Hugo Obblin, Bernh. Foerster, Paul Hieron, Albert Blumenreich.
Berne:
Donat Herrfeld als „Esau Prellstein“.
Anton Herrfeld als „Winkelkonsulent Schostak“.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr (Theaterkass.).

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende !! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Feste mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Gattungen, Feiern- und Zigarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfest keine Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag: Gollspiel des Löwe-Ensembles.
Die Räuber.
Trauerspiel von Schiller.
Morgen Mittwoch:
Das Stiftungsfest.
Sonnt. Mont. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Sattlicher Schwank in 3 Akten von F. Konef und F. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende !! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Feste mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Gattungen, Feiern- und Zigarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfest keine Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag: Gollspiel des Löwe-Ensembles.
Die Räuber.
Trauerspiel von Schiller.
Morgen Mittwoch:
Das Stiftungsfest.
Sonnt. Mont. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Nora.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Weichenfresser.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weichenfresser.

Colosseum Dresdenerstraße 97.
Die besten deutschen Komiker und Soubretten in noch nie dagewesener Vereinigung.
Littke Carlson, Martin Bendix, Walter Gährmann, Hugo Hochgemuth, Oskar Fürst, The Marcollys, Les Amados, Fanny Behrens, Trudy Truth, Paulette van Roy, Wally Walborg, Lucia Ravello, Miß Robin, 16 humorist. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonn- und Festtage 7 Uhr.
Jeden Sonntag nachm 3 Uhr jeder Platz 40 Pf., ein Kind frei.
Im Konzertsaal 2 Kapellen bis 1 Uhr nachts.
Schrammeln mit Sängern und Ungar. Magyaren-Kapelle.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präglte 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung, u. a.:
Neu! Miß Francis die Reifenkönigin.
Neu! Willi Halé der Mann mit dem Wunder-Globus.
Neu! The Wally Hoste Trio. Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart! Die 9 heiligen Chunchusen Das einen halben Saltomortale schlagende Pferd. Die phän. Frères John u. Louis Boller. Neu! La Pesée Romaine. Die ausgezeichnete Javanertruppe. Sämtliche Spezialitäten sowie Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Zum Schluß: Einzig dastehend. Erfolg! Der Tag des Englischen Derby.

Passage-Theater.
Das durchaus neue Programm bringt an der Spitze die glänzendsten Humoristen d. deutschen Variétébühne:
Bozena Bradsky, mit ihrer entzückenden Duncan-Parodie.
Paul Jülich, den unermüdlichen Humoristen.
Mize Friese, die reizende Wiener Soubrette!
Kuscherdem:
14 Spezialitäten von allerersten Range.
Anfang: 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Sattlicher Schwank in 3 Akten von F. Konef und F. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende !! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Feste mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Gattungen, Feiern- und Zigarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfest keine Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag: Gollspiel des Löwe-Ensembles.
Die Räuber.
Trauerspiel von Schiller.
Morgen Mittwoch:
Das Stiftungsfest.
Sonnt. Mont. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Sattlicher Schwank in 3 Akten von F. Konef und F. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende !! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Feste mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Gattungen, Feiern- und Zigarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfest keine Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag: Gollspiel des Löwe-Ensembles.
Die Räuber.
Trauerspiel von Schiller.
Morgen Mittwoch:
Das Stiftungsfest.
Sonnt. Mont. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Sattlicher Schwank in 3 Akten von F. Konef und F. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende !! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Feste mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Gattungen, Feiern- und Zigarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfest keine Vorstellung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse **Ludwig Köhn** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Garnison-Kirchhofes, Dofenheide, Eingang Sieboldstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Charlottenburg. (Anschläger).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Ludwig Köhn** am 3. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Kirchhofes, Dofenheide, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
134/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands Köpenick.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Rudolf Kupsch** durch Unfall plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichshagenerstr. 1, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
2025 Die Ortsverwaltung.

Köpenick-Ober-Schöneweide. Nachruf.
Ganz plötzlich verstarb unser Kollege und Mitarbeiter **Rudolf Kupsch** als Opfer seines Berufes. Wir verlieren in ihm einen treuen und fleißigen Mitarbeiter, der stets für seine Kollegen im wirtschaftlichen Kampfe seine Pflicht erfüllte. Wir werden ihm in unserem Herzen ein ehrendes Andenken bewahren.
49662
Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kupferdrahtzieherei Kabelwerk Oberspree der A. E. G.
Die Beerdigung findet am 7. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Köpenick, Friedrichshagenerstr. 1, aus statt.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Som 1. bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

Otto Pritzkowski Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Die drei lebenden gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch Skelett-Mensch Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 55.
Allabendlich kolossaler Beifall!
Direktor
Wiener Finkler, Gustav Behrens.
Berliner Droschkensführer:
Alfred Kowich.
Elektr. Straßenbahn:
Willy Zandl.
Oky Marietta, die beste Zirkusmentaldivinistin (5 Instrumente) sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

Böhm. Brauhaus Landsberger Allee.
Heute sowie jeden Dienstag:
Soiree der **Fritz Steidl-Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Eintritt 50 Pf.

Köpenick. Sozialdemokrat. Wahlverein.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Rudolf Kupsch** infolge Unfalles gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichshagenerstr. 1, aus statt.
Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. (Sektion der Putzer.)
Unseren sowie den Mitgliedern des Gelangvereins der Putzer zur Nachricht, daß unser Mitglied **August Paritschke** plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Reichenbergerstr. 27, aus nach dem hiesigen Friedhofe zu Friedrichshöhe aus statt.
134/19
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verbandsektion.
H. A.: H. Neumann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bäcker **Karl Pietsch** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Brig aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
154/4 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 5. November, mittags 1 1/2 Uhr, entließ infolge eines Herzschlags mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Schwager, der Fassdenputzer **August Paritschke** im 56. Lebensjahre.
Dies seligen Heilgedächtnis mit der Bitte um stille Teilnahme an **Wwe. Marie Paritschke geb. Schulz, Paul Paritschke, Helene Stoll geb. Baxilische, Richard Stoll.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Reichenbergerstr. 27, aus nach dem hiesigen Friedhofe zu Friedrichshöhe aus statt.

Allen Bekannten hiermit zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Schwester und Schwägerin **Anna Sypniewski geb. Schulz,** am Sonnabend, d. 4. d. M., nachmittags 2 Uhr, ihren schweren Leiden erlegen ist.
Dertrauerndes Gatte **Max Sypniewski** nebst Geschwistern.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 7. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Stephanstr. 40, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Mutter **Johanna Klamm** im 71. Jahre gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes aus statt.
49642
Otto Klamm.

Am Sonnabend, den 4. Novbr. 1905, verstarb nach kurzem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Schwester und Schwägerin **Klara Jahnke geb. Müller.**
Dies zeigt tiefbedrückt an
Oskar Jahnke.
Wilhelmshagen, Nov. 1905.

Dankagung.
Für die mir so zahlreich bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, des Sanitätsführers **Paul Pils** sage ich im Namen der trauernden Hinterbliebenen den herzlichsten Dank; besonders meinen Kollegen vom Metallarbeiter-Verband, sowie den Genossen der Straße 102 und 403 des jetzigen Wahlkreises.
2495
Wwe. Pauline Pils

Portieren

Spezialität!
(ca. 200 Genre.)
Einzelne Garnituren
spottbillig. 4896L*
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)
grat. u. franko.
Toppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstrasse 158 Berlin S.

Selowsky's
„Bolero“
feinste

2 Pfg.-
Zigarette.

Gesetzlich geschützt!
Nur Handarbeit!

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. S. mittags 10-12, 2-4.

Weihnachts-Prämie für unsere Leser!

Wir sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:
Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prachtausgabe
zwei Bände, elegant in Halbleinen gebunden, Groß-Verikon-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch
zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.- Mark** abzugeben.
Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.
Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksdichter erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu bedenken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition **Lindenstraße 69** im Laden und durch sämtliche Partexpeditionen.
Weiter empfehlen wir, und zwar ebenfalls zu einem Ausnahmepreise, das Buch:

Gesundheitsschutz

in Staat, Gemeinde und Familie.
Herausgegeben unter Mitwirkung von Medizinern und Sachgelehrten von **Emmanuel Warm**. Mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.
Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Begleiter in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännlichen Presse gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.
Der Preis beträgt nur **4.- Mark** statt früher **6.70 Mark**.

Expedition des **„Vorwärts“**, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

Jacob Golde

Spez.-Wäschegeschäft
Arbeiter-Berufskleidung
119 Gr. Frankfurterstr. 119
10 % Rabatt.
Über 40 Jahre im Osten Berlins!

Eine Mark

möbentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige 4057L*
Herren-Moden
Bestellung n. Maß, tadell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für **Herren-Bekleidung.**
Sein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1
direkt am Bahnhof.

Rester-Geschäft

Das älteste des S.-O. von 4462*
Wilh. Mühlbach
empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Göttinger zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Irren Sie sich nicht, achten Sie auf Hausnummern!

Amerikanische Verkaufshallen



Herren-, Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Berufskleidung.

Hauptgeschäft: Berlin, Rosenthalerstr. 53, Ecke Weinmeisterstr.
Filiale I.: Frankfurter Allee 186, Ecke Weichselstr. nahe Ringbahnhof.

Es ist Ihr eigener Vorteil

wenn Sie vor Einkauf von Herren und Knaben-Garderoben erst unser enormes Lager besichtigen, unsere Qualitäten, Auswahl, Preise prüfen.
Unser Unternehmen steht auf der Höhe der Zeit.
Unser einzig dastehendes Serien-System schützt Sie vor Übervorteilung und ist für jedermann strengste Reellität gewährleistet.
Unsere Konfektion ist erstklassig und aus erprobten Qualitäten hergestellt.
Unsere Erfolge veranlassen uns auch fernerhin unsere wertige Kundschaft aufs reellste zu bedienen.
Unsere Preise sind streng fest und auf jedem Etikett mit deutlichen Zahlen gedruckt.

Wir führen als Beispiel an:

Serie 310	Herren-Winter-Palet auf Plaidfutter, glatt und gemusterte Stoffe	M. 16,-	Serie 900	Herren-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter	M. 5,90
Serie 313	Herren-Winter-Palet auf Plaidfutter mit englischen Karos	19,50	Serie 926	Herren-Winter-Joppe, prima Double auf Plaidfutter	7,10
Serie 319	Herren-Winter-Palet auf Plaidfutter, neueste Muster	28,50	Serie 941	Jünglings-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter	5,-
Serie 957	Jünglings-Winter-Palet auf Plaidfutter in viel. neuesten Dessins	15,-	Serie 940	Knaben-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter	4,25
			Serie 243	Herren-Winter-Anzug, neueste Dessins	16,50
			Serie 309	Herren-Winter-Anzug in vornehmsten Karos	25,50

Konkurrenzlos!
Beim Einkauf eines Herren-Paletots oder Anzuges **gratis** ein Pelz-Unterbeinkleid.

Beachten Sie die in unseren 14 Schaufenstern ausgelegten Serien und Preise!

Preisermäßigung 10 Pf. Brennspritus 10 Pf. Preisermäßigung

= pro Liter = „Marke Herold“ = pro Liter =
Original-Literflaschen mit Patentverschluß.
Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind!
30 Pf. pro Literflasche ca. **90** Vol. % exkl. Glas
33 Pf. pro Literflasche ca. **95** Vol. % exkl. Glas
In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.
Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129.
Die Schönsten 49229*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend. Speziell Bauanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzerstr. 129.
Hochbahstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Dris- u. Hüls-Krankentassen
Berlin O.,
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Velotten, angenehm und weich am Körper. 44622*

Das größte Brot für 50 Pf.

Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in **Albrechts Bäckereien:**
Oranienstr. 135, Kranzstraße 19, Goldensteinstr. 28, Zandkerstr. 2, Markthalle Pöcherstr., Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Zentrale: Boghagenerstr. 13.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorräthig.

M. Schulmeister

Schneidermeister
Berlin SO., Dresdener-straße 4,
am Kottbuser Tor.
Spezial-Haus
feiner
Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß.



Elegante Winter-Paletots von Mk. **18** 50 an
Jackett-Anzüge **17** 50
Rock-Anzüge **26** -
Gehrock-Anzüge **32** 50
Loden-Joppen **6** -
Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.

Blutarmut

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den **Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,** trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt 1/2 Stunde **vor** jeder Hauptmahlzeit zu genießen. Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschem. Dr. C. Bischoff. Käufl. in Apotheken, Drogen- u. Delikatesgeschäften 48281*

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 261. Dienstag, den 7. November 1905.

Inserate Sechsgelbte Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

Der Wahlabend in Berlin fällt morgen der Stadtverordnetenwahlen wegen aus und wird über acht Tage stattfinden

Partei-Angelegenheiten.

Adlershof. Am Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die Wahlabend der Bezirke statt. Auch werden dort die Parteitagprotokolle an die Mitglieder verteilt.

Groß-Dickersfelde. Mittwoch, den 8. November, abends 8 Uhr im Reichsheim Städtchen: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung, Diskussions.

Da infolge der jüngsten Ereignisse in der Partei die Diskussion, aller Voraussicht nach lange währen wird, beginnt die Versammlung pünktlich im großen Saal. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Parteipflicht. Heute abend Verbreitung von Handzetteln. Die Parteigenossen wollen sich ihren Bezirksführern zur Verfügung stellen.

Treptow. Der Wahlverein hält am Mittwoch, den 8. November, bei Bernke, Eisenstraße (Kernbahn), seine Versammlung ab. Genosse Ludwig Hoffmann wird über: „Die Entstehung des Lebens und die Religion“ einen Vortrag halten. Die Genossen werden um zahlreichem Besuch gebeten.

Wilhelmsruh. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Diskussionsabend bei Barth (früher Willmerodt).

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.

Die vorgeschlagenen Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Schöneberg haben wieder einmal Zeugnis davon abgelegt, zu welcher Rechtlosigkeit die Arbeiterklasse unter dem elenden Dreiklassenwahlrecht verurteilt ist. Wie bekannt, hatte die Sozialdemokratie am vergangenen Donnerstag in vier von den fünf zur Wahl stehenden Bezirken den Sieg davongetragen, während die bürgerlichen Kandidaten teilweise ganz erheblich mit ihrer Stimmenzahl im Rückstande blieben. Wenn aber auch ein Gewinn von vier Mandaten auf unserer Seite zu verzeichnen ist, wird in der Stadtverordneten-Versammlung wohl kaum eine Verstärkung unserer Fraktion, die bisher aus sieben Parteigenossen besteht, gerechnet werden können. Neu eintreten wird im Stadtparlament zunächst nur unser im 5. Bezirk als Mieter gewählter Genosse Däumig und zwar an Stelle des zu Ende dieses Jahres ausscheidenden Genossen Rasch, der der Stadtverordneten-Versammlung seit der Stadtverordnetenwahl in Schöneberg angehört hat. Die übrigen drei Mandate werden unsere Parteigenossen nicht in der Lage sein, behaupten zu können, sondern diese müssen als Privilegium den Hausbesitzern ausgeliefert werden, weil unsere Genossen in Schöneberg in bezug auf parteigenössliche Hausbesitzer ganz besonders arm sind. Nur ein Hausbesitzermandat konnte bisher von der Arbeiterklasse besetzt werden und es wird auch diesmal kaum anders kommen, so daß schließlich die Bezirke den in der Minorität geliebten Kandidaten der bürgerlichen Parteien überlassen werden müssen. Diese Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse sollte eigentlich einem jeden dem Befreiungskampfe des Proletariats noch Fernstehenden die Augen öffnen und zur Pflicht machen, Schulter an Schulter mit seinen Genossen den Kampf gegen die politische Entrechtung zu führen.

Was bei diesen Wahlen noch ganz besonders aufgefallen ist, das war die durch Auslosung seitens des Magistrats vorgenommene Verteilung der Hausbesitzermandate in der dritten Abteilung. Durch gemeinsamen Beschluß ist seinerzeit bestimmt worden, daß in jedem Bezirk nach Möglichkeit ein Hausbesitzer und ein Mieter gewählt werden solle.

Trotz dieses Beschlusses und trotzdem vor zwei Jahren, wo die Verhältnisse genau so lagen, nach diesem Beschlusse gehandelt wurde, ist bei dieser Wahl davon abgewichen. Wir wollen zunächst auf die Gründe, die den Magistrat zu diesem Schritt vielleicht bewogen haben, nicht eingehen, das kann an anderer Stelle geschehen. Auch wird an anderer Stelle darüber Auskunft gegeben werden müssen, wieviel Mandate mit Hausbesitzern gegenwärtig besetzt sind; denn nach den bisherigen Feststellungen waren es immer eine oder zwei als notwendig, und unseres Wissens nach hat sich auch in dieser Beziehung in der letzten Zeit nichts geändert. Die Wahl im 8. Bezirk bietet unseren Genossen Gelegenheit, diese Fragen einmal zu klären.

Unsere Erfolge bei den letzten Wahlen haben unsere Gegner aus dem Häuschen gebracht. Dabei versiegte sich die „Germania“ zu der Behauptung, daß unsere Erfolge nur dadurch erzielt seien, daß die Katholiken nicht in Aktion getreten seien. Diese Behauptung ist irrig. Die „Germania“ braucht nur einen Blick in die Wählerlisten zu werfen und sie wird finden, daß eine große Anzahl ihrer Schäflein getreu gegen den Sozialdemokraten und für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt haben. Die „Germania“ erinnert sich wohl auch noch der vor kaum einem halben Jahre stattgefundenen Nachwahl im 4. Bezirk. Damals waren die Katholiken doch ganz besonders scharf gemacht worden, für den bürgerlichen Kandidaten zu stimmen und trotzdem hatte sich dieser eine Schlappe geholt. Es muß doch wohl an etwas anderem liegen.

Die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung sind fast durchweg zugunsten der Kandidaten des Hausbesitzervereins ausgefallen. Nur der Kandidat des Wahlvereins ist mit einer geringen Stimmenzahl dem vom Mittelstandswahlverein aufgestellten Mittelstandswahlvereins unterlegen. Es sind gewählt außer letztgenanntem die Herren Gansow, Arndt, Klingenberg (neu), v. Janssenberg, Leffig, Valentin Fröhlich, Aubig und Veugebrodt. — Der Architekt Ritsche, der dem Herrn v. Janssenberg gegenübergestellt war, hat sich nun auch zu seinen früheren Durchfällen in der dritten Abteilung einen solchen in der zweiten Abteilung geholt.

Zur Fleischsteuerung. Der Beamtenverein der Stadtgemeinde Schöneberg hat in seiner letzten außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, mit Rücksicht auf die sich fast täglich steigenden Preissteigerungen der Nahrungsmittel usw. eine Petition an die städtischen Körperschaften einzubringen, die folgende drei Wünsche enthält: 1. Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses vom 1. April 1906 ab. 2. Gewährung einer Steuererleichterung. 3. Festsetzung des Einkommensgehaltes der einzelnen Beamtenklassen auf die nächsthöchste Stufe.

Köpenick.

Verhaftung einer fünfköpfigen Einbrecherbande. Die Anwohner der östlichen Vororte und Villen-Kolonien, die in den letzten Wochen durch das gefährliche Treiben einer weitverzweigten Einbrecherbande fortgesetzt beunruhigt wurden, dürfen seit gestern wieder frei aufatmen. In der Nacht zum gestrigen Sonntag ist es der Köpenicker Polizei gelungen, die Einbrecher unschädlich zu machen. Der Gendarm Klaus, der mit den Ermittlungen über die Urheber der Einbrüche in der Herberge und in der Nacht zum gestrigen Sonntag begab sich der Gendarm in Begleitung noch eines Polizeibeamten nach derselben. Als die Beamten den Aufenthaltsraum betraten, versuchten fünf der Insassen zu entweichen. Dies gelang ihnen jedoch nicht, sie wurden festgenommen und nach der Polizei geführt. Dort stellte sich dann heraus, daß man die richtigen ergriffen hatte. Die Verhafteten waren die Mitglieder jener gefährlichen Einbrecherbande. Es waren der Arbeiter Paul Bredt aus Freienwalde, der Schmiedegeselle Tieg aus Spandau, der Former Franz Spermann aus Peitz, der Eisenhebel Albert Perichel aus Köpenick und der Dreher Wilhelm Ziel aus Peitzsdorf. Von Köpenick aus war die Bande zur Ausführung der Einbrüche in die Kolonien in den Nachtstunden losgegangen. In einzelnen Villen hatten sie sich heimlich niedergelassen und die Deute wurde am Tage nach Berlin geschafft und hier „verpackt“. Auch in Köpenick wurde ein Teil der gestohlenen Gegenstände an den Mann gebracht. Es steht jetzt noch die Verhaftung von zwei weiteren Mitgliedern der Bande aus, die jedoch auch bald erfolgen dürfte. Unter anderem sind dem Konto der Verhafteten auch die Einbrüche in die Kolonien in den Kolonien Hefenwinkel und Hirschgarten zuzurechnen. Die Diebesgesellen wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Western nachmittag wurde als sechstes Mitglied der Bande der 40 Jahre alte Hausdiener der Herberge zur Deimat Franz Bischoff verhaftet. Für den gestrigen Abend hatte die Bande einen größeren Diebeszug nach Hefenwinkel geplant, doch durch die vorzeitige Verhaftung ist derselbe zu nichte geworden.

Zwei öffentliche Versammlungen, die in den Sälen von Kunte und Köpnick stattfanden, beschäftigten sich mit den Stadtverordnetenwahlen. Im Saale von Kunte referierte der Redakteur Genosse Düwoll über: Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Stadtparlament.

Der Referent legte in eingehender Weise die Forderungen der Sozialdemokratie an kommunalpolitischem Gebiete dar. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Piefer, Trompler und Lenz.

Im Saale von Köpnick, Bicheldorferstraße, sprach Gen. Kohler Berlin ebenfalls über obiges Thema. Er zeigte an verschiedenen Beispielen, wie notwendig unsere Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen sei. Zum Schluß widerlegte der Referent die idyllischen Behauptungen eines gegnerischen Flugblattes und forderte die Anwesenden auf, nicht nur zu wählen, sondern auch noch die Pflügen aufzuräumen und zur Beteiligung zu veranlassen. In der Diskussion gab der Kandidat des 7. Bezirkes, Genosse Piefer, einen kurzen Überblick von der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Stadtverordneten und wies zurück, daß die Sozialdemokraten die Bezirkseinteilung für die dritte Abteilung beantragt hätten, wie es im Flugblatt der Gegner behauptet wird.

Treptow.

Ein großer Feuersbrand brachte heute die Bevölkerung des Südoftens in große Aufregung. Gegen 1/1 saßen plötzlich Anwohner des Görtzer Ufers heile Flammen aus dem obersten Stock der Salomonischen Lederfabrik schlagen. Die Arbeiter der Firma, es handelt sich um zirka 150, waren gerade im Speisesaal, so daß kein Menschenleben in Gefahr kam. Die Berliner Wehr sowohl wie die Treptower und Hirschorfer hatten 1 1/2 Stunden zu tun, um die danebenliegenden Kohlenplätze von Stevenson und das Refektorium der Firma Salomon zu schützen. Das Feuer wurde gestoppt durch Fette und Dese, mit denen die Leder bearbeitet werden. Das oberste Stockwerk brannte vollständig aus, die ganze Gegend war verqualmt. Es sind der Firma große Posten ganz und halbfertiger Leder verbrannt. Wie man hört, kam das Feuer im Trockenraum durch Entzündung der Transmissionen aus. Da die Firma in Hirsdorf noch eine Fabrik hat, wird der Betrieb aufrechtgehalten sein.

Steglitz.

Die Steglitzer Gewerkschaftskommission hat zum 28. November d. J. (Totensonntag) im Restaurant Wirtenswälden einen Unterhaltungsabend arrangiert unter Mitwirkung des Berliner Ill-Trio und der Herren Mannig, Randow (Hörner). Die Musikaufführungen finden unter Leitung des Dirigenten Pagel.

Die Genossen werden ersucht, sich vorher mit Programmen zu versehen, da Abendlässe nicht stattfinden.

Spandau.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl sind die Kandidaten der Gegner gewählt worden. Die einzelnen Stimmenzahlen sind die folgenden: Im ersten Bezirk erhielt Genosse Sage 57 Stimmen, der Gegner 425; im vierten Bezirk Genosse Lenz 225, die Gegner 221, 300 und 357; im fünften Bezirk entfielen auf Genossen Piefer 302, auf die Gegner 304 Stimmen. Die Arbeiter der Staatsbetriebe waren beurlaubt, um ihr Wahlrecht im Sinne der Gegner auszuüben, ist doch die Wahl eine öffentliche. Der Lohnausfall wird ihnen vergütet.

Potsdam.

Der sozialdemokratische Wahlverein zu Potsdam nahm in seiner am Mittwoch abgehaltenen Versammlung zunächst 11 neue Mitglieder auf und genehmigte dann den Klassenbericht des Genossen Werner. Hierauf wurde in eine Besprechung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eingetreten. Genosse Staab führte dazu aus, daß es dringend notwendig sei, diesmal eine bessere Agitation zu entfalten, als es vor zwei Jahren zu unserem Schaden der Fall gewesen sei. Denn es wäre endlich an der Zeit, mit aller Kraft danach zu streben, daß auch die Arbeiterklasse die ihr längst gebührende Vertretung im Potsdamer Stadtparlament erhalte. Das sei um so notwendiger, als ja die letzten Ereignisse in unserer städtischen Verwaltung gezeigt hätten, daß die übergroße

Mehrheit der jetzigen Stadtverordneten-Versammlung die sozialen Aufgaben und Pflichten vollständig vernachlässige. Und wie sehr die „Herren im Rathaus“ die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zur Richtschnur ihres Handelns machten, das zeigten deutlich die Vorkommnisse bei der Verstädtlichung der Straßenbahn, die standhafte Behandlung der Fleischnotfrage und die von uns beantragte Aufhebung der Schlachtsteuer, die ja gerade die minderbemittelte Bevölkerung am härtesten treffe. Es sei daher nur ein auf die Dummheit und Kenglichkeit berechneter Wahlschritt, wenn die konservativen Bezirksvereine den Sieg ausstellen, die „Politik“ solle nicht ins Rathaus gebracht werden. Denn das, was die Stadtverordneten-Versammlung zum Schaden der städtischen Gesamtinteressen jetzt treibe, sei die nackte Klassenpolitik, die zugunsten der bestehenden Kreise mit allen Mitteln arbeite. Welche Korruption in den sogenannten „patriotischen“ und „staatsverhaltenden“ Gesellschaftsklassen, aus denen die jetzigen Gemeindevertreter doch meistens stammen, herrsche, das habe ja der Submissionsfandal der hiesigen Steinscheer-Jungnung bewiesen, die auf Kosten der Steuerzahler jahrelang eine höchst „einnehmende“ Unternehmungslust ausgedehnt habe. Auch betrefft der städtischen Selbstverwaltung herrsche ja bei den Vätern der Stadt eine eigentümliche Auffassung, wie der Verlauf unserer Straßenbahnfrage sie nicht besser resp. schlechter dastehen konnte. Daß solche Leute nichts für die berechtigten Wünsche und minimalen Forderungen der wertvollen Bevölkerung der Arbeiterklasse übrig haben, sei ja erklärlich. Darum sei es aber auch die unabwiesbare Pflicht besonders der organisierten Arbeiterklasse, energisch in den Wahlkampf einzutreten, um den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zum Siege zu verhelfen. Das werde der Förderung einer modernen und unabhängigen kommunalpolitischen Entwicklung der zweiten Reichsstadt zu bedeutendem Vorteil gereichen. — Nach kurzer und zustimmender Debatte zu diesen Ausführungen des Vortrags wurde die vorgeschlagene Kandidatenliste einer kritischen Erörterung unterzogen und die definitive Aufstellung der Kandidaten dem Vorstande überlassen. Die Veröffentlichung derselben wird demnächst im zweiten Wahlflugblatt erfolgen.

Im Anschluß an die Parteitag-Diskussion wurde dann auch der Konflikt im „Vorwärts“ einer ausführlichen Besprechung unterzogen. Während aber der Genosse Staab und mit ihm die Mehrheit der Versammlung mit dem Vorgehen des Parteivorstandes resp. der Berliner Presskommission gegen die ausgedehnten sechs Redakteure einverstanden war, konnte sich der Genosse Pruschinski resp. die Minderheit der Anwesenden nicht ohne weiteres dazu verstehen, daß dies die einzige und beste Lösung des bedauerlichen Konfliktes gewesen sei. Eine Resolution, die der Genosse Kernke beantragte, und die sich mit derjenigen des Kreisbeschlusses von Teltow-Deestow-Storkow deckte, gelangte nicht zur Abstimmung.

Den Schluß der gut besuchten Versammlung bildete der Bericht der Bibliothek-Kommission, die von einigen Zuwendungen und Neuerungen Mitteilung machte.

Bossen.

In der letzten ordentlichen Generalversammlung wurden zunächst zehn Mitglieder aufgenommen und dann der Klassenbericht gegeben. Den Einnahmen von 54,58 M. stehen 38,79 M. Ausgabe gegenüber, so daß ein Kassendefizit von 15,79 M. verbleibt. Dann erbatte der Vorsitzende den Bericht für das verlossene Geschäftsjahr; er schloß mit einem Appell, sich immer fester zusammenzuschließen. Bericht wurde die schwache Beteiligung an der Flugblatt-Verbreitung. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, außer dem 2. Vorsitzenden, der nicht anwesend war. Es fungieren: K a l o w als 1. Vorsitzender, Bogt als Beisitzer, Saupé als Kassierer und Maurer als Schriftführer. Zum 2. Vorsitzenden wurde Genosse G r e u t l i c h gewählt. Die Stadtverordneten-Wahl betreffend, wurde der Vorstand beauftragt, sich nach einem geeigneten Kandidaten umzusehen und in der in Kürze stattfindenden Wählerversammlung bekannt zu geben.

Berliner Nachrichten.

Zur Stadtverordneten-Wahl.

Stadtverordnetenwahlen und Kontrollversammlungen.

Die Militärbehörde will sich immer noch nicht dazu bequemen, die Herbst-Kontrollversammlungen so anzusetzen, daß die Tage der Stadtverordnetenwahl frei bleiben. Der einzelne Wähler wird ja für seine Person nicht viel dadurch beeinträchtigt; denn das Wahlrecht des Reservisten oder Landwehrmannes ist unbeschränkt und ruht auch am Tage seiner Kontrollversammlung nicht. Das Wahlrecht ruht nur für Personen des Soldatenstandes, solange sie sich bei der Fahne befinden. Der Reservist und der Landwehrmann dürfen ihr Wahlrecht ausüben — auch dann, wenn sie am Tage der Wahl Kontrollversammlungen haben. Dem zu einer Kontrollversammlung einberufenen Reservisten oder Landwehrmann ist es auch unabwehrlich, nach seiner Ueberzeugung einen Sozialdemokraten zu wählen.

Verwehrt ist ihm aber an diesem Tage ein anderes staatsbürgerliches Recht, das uns Sozialdemokraten nicht minder wichtig und wertvoll ist, als die bloße Abgabe unserer Stimme. Verwehrt ist ihm am Tage seiner Kontrollversammlung die Agitation für die Sozialdemokratie, also auch die Teilnahme an den Wahlarbeiten zugunsten der sozialdemokratischen Wahlkandidaten. Selbst wenn, wie diesmal, am Tage der Stadtverordnetenwahlen dritter Abteilung nur für die jüngeren, noch nicht wahlberechtigten Jahrgänge Kontrollversammlungen angelegt sind, so bleibt es doch noch eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte dieser Reservisten, daß sie nicht für den Rest des Tages sich ihren Parteigenossen zur Verfügung stellen dürfen. Nach einer älteren Verordnung, die das Kriegsministerium vor einigen Jahren wieder in Erinnerung gebracht hat, ist es den Unteroffizieren und Mannschaften sowie den zu Übungen eingezogenen oder zur Kontrollversammlung einberufenen Personen des Curiaanstandes

Verboden: an Versammlungen, Festlichkeiten usw. teilzunehmen die nicht dienstlich erlaubt worden sind; sozialdemokratische Gefinnung erkennbar zu betätigen, z. B. auch durch Gesänge, Ausrufe usw.; sozialdemokratische Schriften bei sich zu tragen oder zu verbreiten.

Die Reservisten und Landwehrmänner stehen am Tage ihrer Kontrollversammlung unter dem Militär-Strafgesetzbuch — und zwar bis zum Ablauf des Tages, also bis Mitternacht, nicht nur für die Stunden der Kontrollversammlung. Am Wahltage muß also auf die Mitarbeit der zur Kontrollversammlung einberufenen Parteigenossen verzichtet werden. Andere Genossen mögen sich um so zahlreicher zur Verfügung stellen und um so rühriger sich an den Wahlarbeiten beteiligen, damit am Abend des 8. November die Berliner Sozialdemokratie auf einen Tag neuer Siege zurückblicken kann.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen!

Die „alleinigen“ Kandidaten des „Liberalismus“, die für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen gegen die Sozialdemokratie in die Schranken treten wollen, sind nun bald vollständig beisammen. Die „Freie Deutsche Presse“ veröffentlicht eine Uebersicht in der von den sechzehn Wahlbezirken dritter Abteilung, die diesmal zu wählen haben, dreizehn mit liberalen Kandidaten aufgeführt sind. Nur drei, der 15., 38. und 46. Bezirk, sind noch ohne Freisinnskandidaten. Doch wird wahrscheinlich dort noch am letzten Tage ein Kandidat austauschen, der die Reste der Liberalen um sich sammeln soll.

Die „Freie Deutsche Presse“ ermahnt die „liberale Bürgerchaft“ Berlins, Mann für Mann an den Stadtverordneten-Wahlen teilzunehmen und die namhaft gemachten „Kandidaten aller freisinnigen Wähler“ gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Gemeinlich werden da die Männer aus dem Gefolge der „Kommunen, Cassel, Rosenow und Ullstein“, allen wahrhaft liberal gesinnten Bürgern Berlins als „liberale Vertreter“ empfohlen. Vor einigen Jahren eiferte Herr Ullsteins „Berliner Zeitung“ heftig gegen den „Vorwärts“, weil wir den gesamten Freisinn der Berliner Stadtverordneten-Versammlung über einen Namen geschoren hatten. Inzwischen hat Herr Ullstein samt sechs Gefinnungsfreunden sich von der „Neuen Linken“ des Herrn Rosenow getrennt und die „Sozial-fortschrittliche Gruppe“ gegründet. Aber selbst jetzt trägt das genannte Organ des mientwegten Kommunal-freisinn keine Bedenken, den neugeborenen „Sozial-fortschrittler“, der im 7. Wahlbezirk wieder kandidiert, als „liberalen“ genau so warm und dringend zu empfehlen wie Herrn Rosenow und seine Leute, wie die ganze Clique aus Cassels Fraktion, wie die reaktionäre Sippe, die Herr Rosenow anführt. Sogar Herr Kallmann, der vor etlichen Jahren — gleich dem damals noch in der Stadtverordneten-Versammlung sitzenden Vertreter der antisemitischen Bürgerpartei — dem Brotwuchererprotest der Stadtverordnetenversammlung sich nicht anschloß, wird von der „Fr. Deutschen Presse“ als „liberaler Vertreter“ angepriesen. Und auf der anderen Seite sehen wir in derselben Liste den Mann, der sich noch „sozialer“ als Ullstein gibt, den Zumeister Krenz, der im 6. Wahlbezirk als „Sozial-fortschrittler“ aufgestellt ist. Auch er wird von der wachsenden kommunal-freisinnigen „Fr. Deutschen Presse“ mitempfohlen.

Man sieht, daß das Wort von der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung noch immer Geltung hat, Geltung in vollem Umfange. Das „Berliner Tageblatt“, das vor einigen Tagen gleichfalls das liberale Bürgertum zur Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen und zur Unterstützung der liberalen Kandidaten aufrief, hatte ganz recht mit der Bemerkung, daß vielfach „scharf geprägte sachliche Gegensätze zwischen den bürgerlichen Gruppen des roten Hauses nicht einmal mit scharfer Lupe zu erkennen sind.“ Noch ganz kürzlich haben die „Sozial-fortschrittler“ einschließl. Ullstein in einer für die Arbeiterklasse eminent wichtige Frage unbedenklich mit jener freisinnigen Mehrheit gestimmt, deren arbeiterfeindliches Treiben so oft im „Vorwärts“ gekennzeichnet worden ist. Die ganze Gesellschaft, die da gemeinsam vor die Wähler tritt, verlangt selber, als eine Einheit angesehen und danach behandelt zu werden.

Sie verdienen auch ein und dieselbe Behandlung, einer wie der andere — nach dem Grundsatz „Gleiche Brüder, gleiche Kappen“. Die ganze Gesellschaft verdient, mit Schimpf und Schande aus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hinausgejagt zu werden. Mögen sie sich von den Wählern zweiter und erster Abteilung, den Interessenten des Geldsacks, in das Stadtparlament delegieren lassen, aber in der dritten Abteilung hat kein Liberaler etwas zu suchen. Die dritte Abteilung darf nur die Kandidaten der Sozialdemokratie wählen.

Zu dem Tableau der Wahlbezirke und Wahllokale,

das wir in der Sonnabend-Nummer veröffentlicht haben, ist ergänzend nachzutragen, daß auch die Häuser Landsbergerstraße 101—120a zum 27. Kommunal-Wahlbezirk, I. Teil, gehören. Die Wähler dieser Häuser wählen in Schäfers Bürgerhallen, Landsbergerstr. 108. Kandidat der Sozialdemokratie ist hier Stadtverordneter Adolf Hoffmann.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie

für die Berliner Stadtverordneten-Wahlen am 8. November sind die folgenden:

1. Kommunal-Wahlbezirk: Paul Schulz, Gastwirt, Rauerstr. 11.
3. " " Johann Sassenbach, Geschäftsführer, Engel-Ufer 15.
6. " " Paul Möhring, Lithograph, Plan-Ufer 41.
7. " " Dr. Georg Herzfeld, Kaiserin Augusta-Straße 77.
15. " " Ludwig Tolkendorf, Stadtverordneter, Görlitzerstr. 58.
16. " " Dr. Ignaz Jabel, Dresdenerstr. 109.
19. " " Alexander Frähdlich, Kaufmann, Greifswalderstr. 26/27.
20. " " Waldeck Manasse, Schriftsteller, Friedenstraße 13.
21. " " Fritz Wille, Stadtverordneter, Brunnenstraße 188.
26. " " Hugo Heilmann, Stadtverordneter, Ulmenstraße 6.
27. " " Adolf Hoffmann, Stadtverordneter, Blumenstr. 14.
30. " " Johannes Sassenbach, Geschäftsführer, Engel-Ufer 15.
33. " " Karl Koblenzer, Kassenbeamter, Sonnenburgerstr. 10.
38. " " Karl Mars, Zeitungspediteur, Lygnerstraße 123.
40. " " Dr. Leo Kronz, Brüder-Allee 3.
46. " " August Hinze, Kaufmann, Pantstr. 31 b.

1. Wahlkreis.

Heute Dienstag, abends 7 Uhr, findet Flugblattverbreitung von Weichnath, Grünstr. 21, und Seiler, Neue Friedrichstraße 20, aus statt. Auch die Parteigenossen aus anderen Kreisen, die bisher Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Nur den

an den Wahlarbeiten sich beteiligten, werden gebeten, sich rechtzeitig einzufinden, damit die Verbreitung glatt konstatieren geht.

Vierter Kreis (Öfen).

Heute, Dienstag, den 7. November, abends 6 1/2 Uhr, findet im 20. Kommunalwahlbezirk noch eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen der anderen Bezirke werden hierdurch aufgefordert, an der Verbreitung teilzunehmen, damit dieselbe in kurzer Zeit beendet ist. Treffpunkt abends 6 Uhr bei Ostrowki, Spillingstr. 24.

Die Vertrauensleute.

30. Kommunal-Wahlbezirk (5. und 6. Wahlkreis). Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr präzis: Versammlung bei Lenderer, Sophienstr. 34. Genosse Singer referiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

5. Wahlkreis. 1. und 2. Abteilung. 26. und 27. Wahlbezirk. Die Genossen, welche am Wahltage zur Hilfeleistung bereit sind, werden ersucht, soweit sie für den ganzen Tag frei sind, sich bis 9 Uhr vormittags bei Sachse, Greifswalderstr. 37, und Bordes Festale, Neue Königstr. 7, zu melden.

Berliner Nachrichten.

Der Berliner Kommunal-Freisinn in eigener Verfassung.

Wie wenig Hochachtung für sich und seines Gleichen der Berliner Kommunal-Freisinn hat, das trat wieder einmal recht unverhüllt in der letzten Stadtverordneten-Sitzung zutage. Wurden da zu Anfang der Sitzung unter anderem die Dankreden des jugendlichen Prinzen Eitel Friedrich und seiner Braut verlesen, e h r s t u v o l l stehend hörte die „Freisinn“-Männer der Verlesung zu. Als aber darauf der Brief verlesen wurde, in welchem der Stadtv. Dr. Neumann nach 17-jähriger Tätigkeit die Niederlegung seines Mandats anzeigte, lehnten sich diese Herren und unterhielten sich laut über die wichtigsten Dinge, am lautesten die Herren Leopold Jacobi und Vamberger, obwohl der Scheidende in doppelter Beziehung der Ehre zu, um den christlichen Segen zu ehren, der ungen aus der Versammlung schied und der sich unzweifelhaft große Verdienste um die städtische Verwaltung erworben hat. Die eindrucklichen Worte des Dr. Neumann, die Selbstverwaltung hochzuhalten, wurden überhört von den Auseinandersetzungen „wer in erster Linie berechtigt sei, am Montag am Brandenburger Tor einen krummen Dudel zu machen“.

Ein Zugführer zwischen zwei Jügen verunglückt. Ein bedauerlicher Eisenbahn-Unfall hat sich Sonntag abend auf der Strecke zwischen Baumshuldenweg und Trepow abgepielt. Auf freier Felde mußte dort der von Grünau abgelassene und nach Bestend bestimmte Stadtbahnzug Nr. 318 halten, weil der Rollring, der zuerst in den Bahnhof Trepow einzufahren hat, sich einige Minuten verspätet hatte. Der Zugführer des haltenden Zuges, Wilhelm Wedel aus der Wilhelmstr. 74 zu Lichtenberg, verließ nun sein Dienstabteil und ging auf der linken Seite in der Richtung zur Lokomotive, um zu sehen, ob noch keine Einfahrt signalisiert sei. Noch hatte er die Lokomotive nicht erreicht, als plötzlich ein vom Görlitzer Bahnhof abgelassener Zug heranbrauste. Im selben Augenblick schloß sich auch sein eigener Zug in Bewegung, und bei dem Versuche, dem fremden Zuge auszuweichen, fiel W. zu Boden und geriet mit der linken Hand unter die Räder seines Zuges. Ein Passagier hatte den Vorgang bemerkt und zog sofort die Notbremse. Der Verunglückte lag bestimmungslos mit völlig abgequetschten Fingern und schweren Körperverletzungen da. Man schaffte ihn nach der Unfallstation VIII am Grünen Weg, wo er die ersten Verbände erhielt, und dann nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain.

Ein schwieriges Rettungsmerk vollbrachte gestern am Schiffskanal der Schiffseigner Lindemann, der, mit seinem Fahrzeug auf Durchschlebung wartend, dortselbst vor Anker lag. Am Südufer spielten eine Anzahl Kinder, als plötzlich ein elfjähriger Knabe das Gleichgewicht verlierend die Böschung hinunterstürzte und einen Spiellameraden, der ihn zu halten versuchte, mit sich in die Tiefe riß. Der Unfallsfall war von 2. beobachtet worden, der gerade im Begriffe war, sich nach seinem Fahrzeug zu begeben. Kurz entschlossen sprang der Schiffer in das Wasser und es gelang ihm, den einen Knaben zu retten, bevor derselbe irgend welchen Schaden erlitten hätte. Dann begab sich 2. zum zweitenmal in die kühlen Fluten und brachte auch noch den zweiten Knaben an das Ufer. Dieser hatte zwar schon die Bestimmung verloren, doch hatten die angestellten Wiederbelebungsversuche Erfolg und der Knabe erhob sich soweit, daß er seinen in Charlottenturg wohnenden Eltern zugeführt werden konnte.

Selbstmord aus Furcht vor der Armut. Die 46 Jahre alte Anna Fall aus der Ackerstr. 18 hatte bisher durch die städtische Armenverwaltung Unterstützung erhalten. Als kürzlich der Armenarzt zu Frau F., die an Herzschwäche litt, kam, geriet sie mit ihm in Wortwechsel und soll sich dabei in verletzender Weise gegen den Arzt benommen haben. Der Arzt forderte nun Frau F. auf, sie solle ihn um Verzeihung bitten. Dies tat sie jedoch nicht. Daraufhin reichte der Arzt eine Beschwerde bei der Armenverwaltung ein und am Sonnabend erhielt die Armenempfängerin eine entsprechende Vorladung. Frau F. geriet jetzt in eine solche Angst, daß sie schließlich in ihrer Verzweiflung Hand an sich legte. Während die beiden Schlafburden in der gestrigen Nacht im Nebenzimmer schliefen, erhängte sich die Unglückliche in der Küche an der Tür. Vorher hatte sie alle erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, damit sie an der Ausführung des Selbstmordes nicht gehindert werden konnte. Gestern morgen fand man sie als Leiche vor.

Beim Pfannkuchenbaden hat sich der 18-jährige Wäderegele Max Hoffmann gestern fürchterliche Brandwunden zugezogen. Der junge Mann, der bei einem Wäderegele in der Reinickendorfer-Straße als Gefelle tätig war, war mit dem Baden von Pfannkuchen beschäftigt. Durch eine Unvorsichtigkeit ließ er Feuer, welches er zum Herichten des Gebäudes benutzte, ins Feuer fallen. Die glühende Speihte infolge dessen auf und traf den Gefellen. Im Gesicht, an den Händen und am ganzen Körper hatte der Bedauernswerte so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach Anlegung von Rotverbänden in der Unfallstation in der Lindowertstraße in bedenklichem Zustande nach dem Moabit Krankenhaus überführt werden mußte.

Ein sehr dreifacher Einbruchdiebstahl wurde gestern morgen zwischen 4 und 5 Uhr bei dem Gold- und Uhrentwarenhandler Karl Bulle, Tredowstr. 7, verübt. Die Diebe erbeuteten 8- und 14-karätige Armbänder, goldene Herren- und Damen-Uhren und Ketten sowie Ringe und Spazierstöcke mit silbernen Griffen.

Zwei schwere Automobil-Unfälle werden uns vom gestrigen Tage gemeldet. In rasendem Tempo fuhr morgens gegen 2 Uhr eine neue Automobil-Droschke den Kurfürstendamm hinunter und an der Kreuzung der Joh. Sigismundstraße wurde der Kraftwagen plötzlich stürzend. Er machte eine starke Wendung nach dem Bürgersteig und prallte mit solcher Gewalt gegen den Handlauer einer elektrischen Vogenlampe, daß dieser brach und auf das Gefährt stürzte. Der Chauffeur wurde in weitem Vogen von seinem Sitz auf die Straße hinabgeschleudert und ein im Automobil sitzender Herr durch umherfliegende Glasscheiben derart am Kopfe verletzt, daß er blutüberströmt aus dem Wagen herausgehoben und von den Trümmern befreit werden mußte. Durch einen Heilgehülfen wurde den beiden Verunglückten die erste Hilfe zuteil. Die Ursache an dem folgenschweren Unglücksfall ist angeblich auf Versagen der Bremsvorrichtung zurückzuführen. — Der zweite Unfall ereignete sich gestern in später Abendstunde vor dem Hause Kleiststr. 26. Dort wurde die 20-jährige Pensionärin Anna Broschkiw, die sich auf dem Heimwege nach der Wilhelmstr. 49 befand, hatte, beim Ueber-

schreiten des Fahrdammes von einem vorübergehenden Automobil zu Boden gerissen und überfahren. Mit einem schweren Kniescheibenbruch kam die Verunglückte nach dem Krankenhaus Moabit.

Durch die Rücksichtslosigkeit eines Radfahrers ist gestern früh am Mariannenplatz ein schwerer Unglücksfall herbeigeführt worden. Als die 32 Jahre alte Wäscherin Schellner an der erwähnten Stelle den Fahrdamm passierte, bemerkte sie nicht das Herannahen eines Radfahrers. Anstatt schnell abzuweichen, fuhr der Radler weiter und stieß an die Wäscherin an, so daß diese gegen die Vorderachse geschleudert und auf das Pflaster gemorfen wurde. Die Bedauernswerte erlitt bei dem Sturze einen schweren Schädelbruch und wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus Bethanien eingeliefert.

Horribel kalte. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern (Montag) abend an der Ecke der Zimmer- und Friedrichstraße. Dort lief das vierjährige Töchterchen Elisabeth des Postbeamten Bräumer aus der Zimmerstraße 18 beim Ueberqueren des Fahrdammes direkt in einen Straßenbahnwagen der Linie „R“ und geriet dabei unter die Vorderplattform. Alle Bemühungen, die Kleine aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien, waren ohne Erfolg, weshalb man sofort die Feuerwehralarmierte. Diese hob den Wagen hoch, worauf das Kind hervorgezogen wurde. Es hatte einen Schädelbruch davongetragen und die Kopfhaut hing in Fetzen herab. Nachdem ihm auf der Unfallstation in der Kronenstraße Verbände angelegt waren, wurde es nach der Klinik in der Fiegeistraße geschafft. Den Straßenbahnführer trifft keine Schuld.

Straßensperrung. Die Straße am Sparrplatz von Haus Nr. 20 bis zur Sprengelstraße wird behufs Umflasterung vom 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. — Die Wegeüberführung der Anipodestraße in der Nähe des Ringbahnhofes Weissenhof wird behufs Veränderung des westlichen Widerlagers dieser Ueberführung vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Orgelkonzert. Am Mittwoch, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Margarete Habrecht (Sopran), Fräulein Hedwig Joel (Alt) und Herrn königlichen Kammermusiker Paul Treff (Cello). Der Eintritt ist frei.

Gerichts-Zeitung.

Flugblattverteilung. Zur öffentlichen unentgeltlichen Verteilung von Aufzügen und Bekanntmachungen auf Straßen, Wegen und Plätzen bedarf man nach § 10 des altpreussischen Preßgesetzes in Verbindung mit § 30 des Reichspreßgesetzes der vorgängigen polizeilichen Genehmigung. Wegen Verletzung dieser Vorschrift wurde der Parteigenosse Schilow vom Landgericht Danzig zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hatte als festgestellt erachtet, daß Sch. bei Verbreitung des Westpreussischen Volkskalenders auch einige Exemplare auf öffentlicher Straße abgegeben habe. Eine „Bekanntmachung“ fand es in der Bemerkung auf dem Umschlage: „Dieser Kalender ist Euer Eigentum; kein Gendarm, kein Arbeiter, kein Schullehrer, kein Pastor usw. hat das Recht, ihn Euch wegzunehmen.“ Einen „Ausruf“ erblickte das Landgericht in der Stelle des Kalenders, die etwa lautet: „Schließt Euch unserem Bunde (die Sozialdemokratie ist gemeint) an, sagt den konservativen Herren und dem Zentrum die Heeresfolge auf.“ — Das Urteil wurde gestern vom Kammergericht bestätigt. Der Hinweis, auch ein Arbeitgeber oder Gendarm, dürfe nicht fehlen, dürfte nach allgemeinem Rechtsempfinden selbst für den keine „Bekanntmachung“ sein, der dies wirklich nicht schon vorher wusste. Bei der Leichtigkeit in Kalendern und Flugblättern usw. Aufzügen oder Bekanntmachungen hineinzulegen, läßt sich der Rat nicht dringend genug wiederholen, Flugblätter u. dgl. nicht auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, sondern lediglich in den Häusern zu verbreiten.

Eine Apothekenverordnung des Kultusministeriums für ungültig erklärte das Ober-Verwaltungsgericht aus Anlaß eines Verwaltungsstreits des Apothekers Küster zu Schönhausen a. E. § 41 Abs. III der unter dem 18. Februar 1903 erlassenen Apothekenbetriebs-Ordnung des Kultusministers lautet: „Kein Apothekenbetreiber darf ohne Genehmigung des Regierungspräsidenten länger als drei Monate im Zusammenhange und während eines Jahres nicht mehr als vier Monate in der Leitung der Apotheke vertreten sein.“ Das Oberverwaltungsgericht erklärte in einer dieser Tage ergangenen Entscheidung diese Vorschrift für ungültig, weil sie im Gegenjah zum § 45 der Gewerbeordnung steht, der zeitlich unbeschränkt zuläßt, daß die Befugnisse zum Stehenden Gewerbebetriebe durch Stellvertreter ausgeübt werden können. Nach der Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ist danach ein Apotheker berechtigt, sich in der Leitung seiner Apotheke von einem approbierten Apotheker ohne Beachtung des § 41 Abs. III der Apothekenbetriebsordnung, d. h. ohne zeitliche Begrenzung, vertreten zu lassen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthalen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ia 57—61, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 63—68, Ia 70—80, IIIa 55—63, Hammelfleisch Ia 63—73, Ia 48—58, Schweinefleisch 68—75. Rotwild Pfund 0,75—1,00. Hasen Stck 3,50—3,75, Fein 1,00—3,15. Kaninchen Stck 0,75—1,00. Stammerhühner 0,60—0,90. Rebhühner, junge Ia 0,90 bis 1,16, junge Ia 0,70—0,90, junge keine 0,60—0,90, alte Ia 0,70—0,80, alte IIa 0,60—0,60. Hühner, alte 0,90—1,75, junge 0,75—1,00 das Stück. Tauben, junge 0,40—0,55, alte 0,35—0,40. Enten, junge 2,55, Gänse Ia, 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50 pr. Stck, Ia 0,60—0,62, IIa 0,40—0,58 pr. Pfund. Gänse 00—00 R., Schafe, unfort. 00, Kälber, groß 00—00, mittel 00,00 R. Wägen 00—00 R. Karpen 00—00, Rachs 00,00 R., Schellfische 00 R., Rümber 00 R. pro 100 Pfund. Schottische Bollerlinge (gelesen) 30—38 R. Äpfel, keine, Schot 00,00 R., unfortiert 00 R. Eier, Schod 000. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, IIa 115—122, IIIa 111—114, abfallende 90—110. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, roten 0,00—0,00, kleine 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Biringsboh pr. Schod 4,00—8,00, Weißkaff 6,00—8,00, Rotkaff 4,00—8,00, holl. 10—12 R. Saure Gurken, neu, Schod 2,00.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. November 1905. Ziemlich warm, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und möglichen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Wasserstand am 4. November. Elbe bei Ruffig + 0,19 Meter, bei Dresden — 1,25 Meter, bei Magdeburg + 1,58 Meter. — Unstrut bei Stralburg + 1,50 Meter. — Oder bei Rathbor — Meter, bei Breslau Oberpegel — Meter, bei Breslau Unterpegel — Meter, bei Frankfurt + 1,47 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,78 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Nege bei Wsh — Meter.

Altestes konz. Leihhaus
Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 40 I.
Hobe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer
erste enorm billig!
Kleiderstoffe für Kostüme, Blusen
Auszugstoffe, Raumangene. Eleg.
Kuchenanzüge. H. Waigert,
Bismarckweg, Schradertstr. 7

Leihhaus
Charlottenburg,
Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Antlamer-Straße 2.
Beleihung von Brillanten, Gold- und
Silberachen, Uhren, Büchern, Wäsche,
Kleiderstoffen u. c.
Habe meine Wohnung von der
Thüringerstr. 42 nach
Bergstr. 99/100
Gut Wohntraße, neben der
Vineumfabrik, verlegt. 2312
Franz Leuz, Oebamm

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW